

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2014

Beteiligungsbericht 2014

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Der Oberbürgermeister
Fachdezernat Finanzen
Kämmerei
Beteiligungsmanagement

Vorwort

Die Kommunen sind dem öffentlichen Gemeinwohl verpflichtet, sodass ihre Betätigung sowohl einen öffentlichen Zweck erfüllt als auch der Daseinsvorsorge dient. Als Daseinsvorsorge wird die grundlegende Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen bezeichnet. Hierbei stellen die Vielzahl öffentlicher Aufgaben und die anhaltend knappen Finanzressourcen die Kommunen in Deutschland vor große Herausforderungen. Notwendige Investitionen können aufgrund des eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes nur bedingt durchgeführt werden. Freiwillige Leistungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger sind kaum noch darstellbar. Von besonderer Bedeutung ist daher die Frage der bedarfsgerechten und preiswerten Erfüllung kommunaler Aufgaben, der sich die Kommunen, so auch die Stadt Remscheid, permanent stellen. Aufgabenkritik, Einbeziehung strategischer Partner und die Sondierung von Möglichkeiten sinnvoller kommunaler Zusammenarbeit sind bei der Bewältigung der Problemstellungen feste Kriterien in unserer Stadt.

Die Stadt Remscheid hat daher einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privatrechtlicher Rechtsform, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung wahrgenommen. Das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger optimal und kostengünstig zu gestalten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren, steht dabei im Focus der Bemühungen. Dies hat zur Folge, dass das Beteiligungsportfolio durch kontinuierliche Aufgabenkritik Veränderungen erfährt. So war das Geschäftsjahr 2014 u.a. durch die Weiterentwicklung der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH zur Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH geprägt.

An dieser Stelle gilt mein herzlicher Dank vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Unternehmen und Beteiligungen, die mit ihrer Arbeit im Jahr 2014, neben wirtschaftlichen Erfolgen, insbesondere wertvolle Leistungen und Dienstleistungen für die Remscheider Bürgerinnen und Bürger erbracht haben.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014 macht den Umfang der wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt Remscheid transparent. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht dient er der Öffentlichkeit, den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Unternehmensdaten und Jahresabschlüsse der Jahre 2012 bis 2014 sowie bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur.

Remscheid, im März 2016



Mast-Weisz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorwort	
1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid	9
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen	10
1.3 Wahl der Unternehmensform	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	15
2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick	17
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2014 (tabellarische Darstellung)	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2014 (grafische Darstellung)	19
3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	21
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	37
3.3 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.	54
3.4 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -.....	62
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	67
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung	72
3.7 RW Gesellschaft öffentlich rechtlicher Anteilseigner III mbH	80
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	82
3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH	87
3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG	98
3.11 Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH.....	100
3.12 Sana-Klinikum Remscheid GmbH.....	108
3.13 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	118
3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	120

3.15	RWE Aktiengesellschaft	131
4.	Maßgebliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	133
4.1	EWR GmbH	133
4.2	Park Service Remscheid GmbH	146
4.3	H ₂ O GmbH	156
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid	166
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH	174
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	175
5.	Eigenbetriebe	184
5.1	Technische Betriebe Remscheid	184
6.	Sonstiges	208
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid	208
Anhang	Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen	212
	Anlage 2: Begriffserläuterungen	214
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	218
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz	234

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Bewirtschaftung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 Abs. 1 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 Abs. 2 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlich-rechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbstständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“, sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbstständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind in § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- bei Unternehmen (§107 Abs. 1) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert, die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung in den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung (§107a Abs. 1), wenn die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei Einrichtungen (§107 Abs. 2) ein berechtigtes Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

- d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im Wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2014 organisatorisch im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung und Informationstechnologie zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant ist, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2014 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2014. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2015 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2014 ist die Stadt Remscheid an 15 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 77 Mio. € beteiligt, davon werden 12 als GmbH bzw. gemeinnützige GmbH, 2 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 100,00 und 0,02 v.H. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

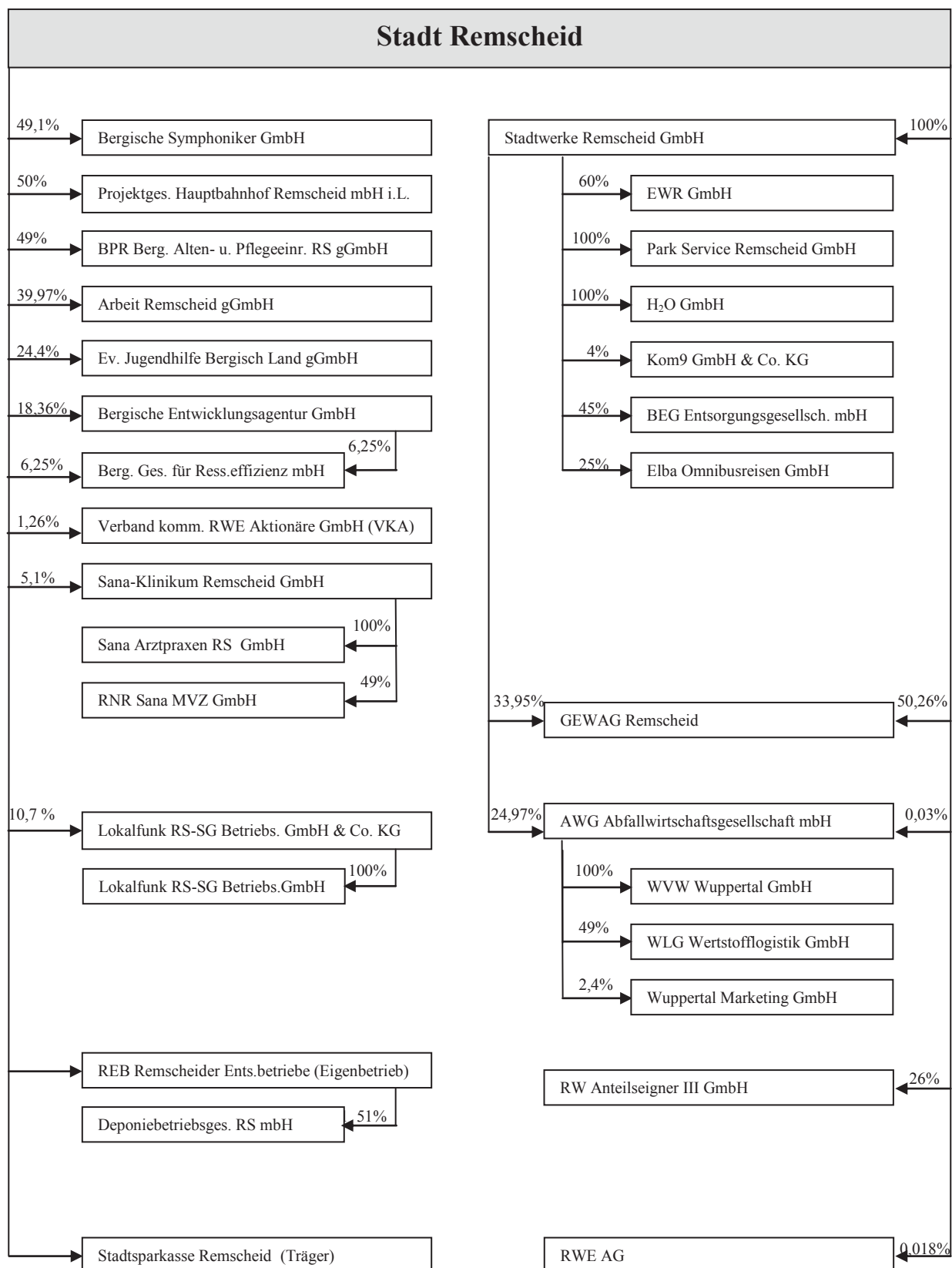
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2014

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in €	Anteil in €	Anteil in %	Anteilseigner
Stadtwerke Remscheid GmbH	74.666.800,00	74.666.800,00	100,00	Stadt Remscheid
<i>Beteiligung an:</i>				
EWR GmbH	17.500.000,00	10.500.000,00	60,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H ₂ O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	5.000.000,00	1.248.475,00	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	255.645,94	63.911,49	25,00	
KOM 9 GmbH & Co. KG	470.000,00	10.000,00	4,00	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	3.525.000,00	1.771.562,09	50,26	Stadt Remscheid
		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
Bergische Symphoniker GmbH	26.000,00	12.766,00	49,10	Stadt Remscheid
		12.766,00	49,10	Beteiligungsges. Stadt Solingen mbH
		468,00	1,80	Stiftung Bergische Symphoniker
Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.	100.000,00	50.000,00	50,00	Stadt Remscheid
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	25.000,00	12.250,00	49,00	Stadt Remscheid
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
Arbeit Remscheid gGmbH	153.100,00	61.200,00	39,97	Stadt Remscheid
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	25.000,00	6.499,00	26,00	Stadt Remscheid
		10.398,00	41,60	STAOG Stadtwerke Oberhausen GmbH
		8.103,00	32,40	Westfälisch-Lippische Vermögens-Verwaltungsgesellschaft mbH

Beteiligung	Grund- /Stammkapital in €	Anteil in €	Anteil in %	Anteilseigner
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	50.000,00	12.200,00 12.200,00 12.800,00 12.800,00	24,40 24,40 25,60 25,60	Stadt Remscheid Walter-Frey-Stiftung Ev. Kirchenkreis Leverkusen Ev. Kirchenkreis Lennep
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	50.100,00	9.200,00 9.200,00 7.950,00 1.250,00 2.550,00 3.600,00 8.850,00 7.500,00	18,36 18,36 15,87 2,49 5,09 7,20 17,66 14,97	Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtsparkasse Remscheid Stadtsparkasse Solingen Stadtsparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
<i>Beteiligung an:</i> Berg. Gesell. für Ressourceneffizienz mbH	25.000,00	1.562,00	6,25	
Berg. Gesell. für Ressourceneffizienz mbH	25.000,00	1.563,00 1.562,00	6,25 6,25	Stadt Remscheid Bergische Entwicklungsagentur 7 weitere Gesellschafter
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	512.000,00	54.784,00 384.000,00 73.216,00	10,70 75,00 14,30	Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges. mbH & Co. KG Stadt Solingen
Sana – Klinikum Remscheid GmbH <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH RNR Sana MVZ GmbH	3.100.000,00	158.100,00 2.941.900,00 25.000,00 12.250,00	5,10 94,90 100,00 49,00	Stadt Remscheid Sana Kliniken AG
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)	127.822,97	1.615,68 126.207,29	1,26 98,74	Stadt Remscheid 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	5.000.000,00	1.525,00 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40	Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
RWE AG	1.574.000.000,00	278.988,80 1.573.721.011,20	0,018 99,982	Stadt Remscheid Weitere Aktionäre
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	250.000,00	127.500,00 122.500,00	51,00 49,00	REB/TBR (Sondervermögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2014 (grafische Darstellung)



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
 Neuenkamper Straße 81-87
 42855 Remscheid
 Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	74.666.800,00	100,00

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften

		Stammkapitalanteil	
		in T€	in %
EWR GmbH		10.500	60,00
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	*1	6.838	5,30
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH		22	22,00
- Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	*1	5.499	4,05
Park Service Remscheid GmbH		100	100,00
H ₂ O GmbH		200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal		1.248	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH		25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal		63	25,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid		11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert		133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH		13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG	*2	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH		50	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH		63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	*3	1.197	33,95
KOM9 GmbH & Co. KG	*1	35.000	4,00
- Thüga AG	*3	85.355	38,41

*1) Kapitalanteil *2) Kommanditkapital, *3) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Vermeidung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Hans-Peter Meinecke		Vorsitzender
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stellvertretener Vorsitzender
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied	
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied	
Burkhard Mast-Weisz (ab 01.07.14)	Oberbürgermeister	
Beate Wilding (bis 30.06.14)	Oberbürgermeisterin	
Waltraud Bodenstedt	Ratsmitglied	
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied	
Susanne Pütz	Ratsmitglied	
Ilona Kunze-Sill	Ratsmitglied	
Sven Wolf	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 31.01.2014 und 08.07.2014 war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Ausschüttung	1.524.998,23	3.597.264,98	1.345.498,94
Umlagen SPNV	206.000,00	206.000,00	197.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter/-innen	238	246	244

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2012	in %	2013	in %	2014	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	18.070	-1,9	17.570	-2,8	16.922	-3,7
	Umsatz T€	13.331	2,6	13.214	-0,9	12.184	-7,8

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

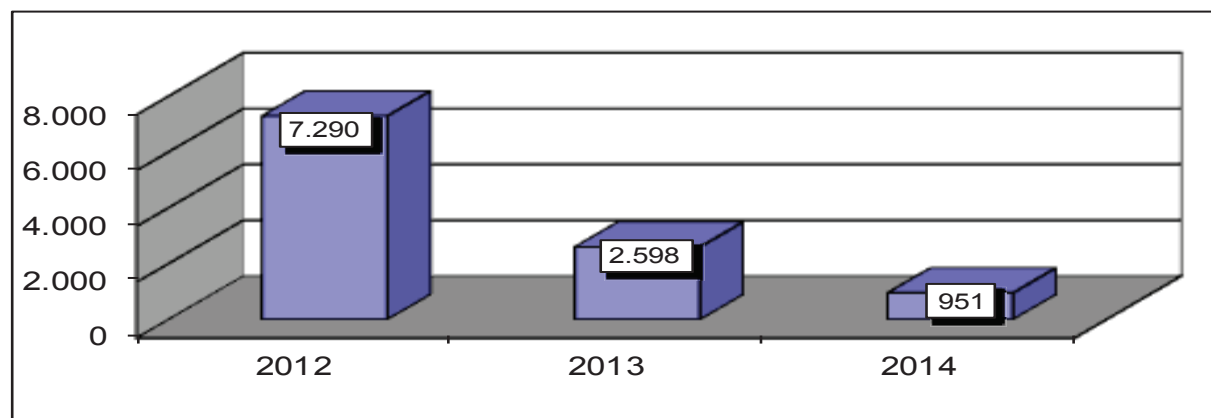
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	172	0,10	121	0,08	156	0,11
Sachanlagen	14.191	8,60	14.001	9,22	13.051	8,87
Finanzanlagen	130.844	79,25	120.618	79,43	120.616	82,00
Anlagevermögen	145.207	87,95	134.740	88,73	133.823	90,98
Vorräte	596	0,36	468	0,31	604	0,41
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	19.120	11,58	16.474	10,85	12.298	8,36
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	178	0,11	170	0,11	361	0,25
Umlaufvermögen	19.894	12,05	17.112	11,27	13.263	9,02
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	165.101	100,00	151.852	100,00	147.086	100,00
Gezeichnetes Kapital	74.667	45,23	74.667	49,17	74.667	50,76
Kapitalrücklage	21.450	12,99	21.450	14,13	21.450	14,58
Gewinnrücklagen	14.598	8,84	2.376	1,56	3.376	2,30
Jahresüberschuss	7.290	4,42	2.598	1,71	952	0,65
Eigenkapital	118.005	71,47	101.091	66,57	100.445	68,29
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.728	1,65	2.640	1,74	2.553	1,74
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	3.589	2,17	3.551	2,34	4.894	3,33
Verbindlichkeiten	40.779	24,70	44.570	29,35	39.194	26,65
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	165.101	100,00	151.852	100,00	147.086	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	13.441	13.280	12.338
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-2	0	56
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.263	2.623	2.249
Erträge aus Gewinnabführung	11.764	9.997	8.240
Erträge aus Beteiligungen	6.824	5.968	4.748
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	24	30	180
Erträge	34.314	31.898	27.811
Materialaufwand	6.930	6.657	6.107
Personalaufwand	11.416	11.419	12.458
Abschreibungen	1.861	1.929	1.928
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.960	2.878	2.576
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	215	78	127
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.497	3.590	3.527
Aufwendungen	26.879	26.551	26.723
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.435	5.347	1.088
Außerordentliche Aufwendungen/Erträge	0	9.178	0
Sonstige Steuern	-145	-1.111	-137
Jahresüberschuss (+)	7.290	13.414	951
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	24.038	0
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	-34.854	0
Bilanzgewinn	7.290	2.598	951

Entwicklung der Jahresergebnisse

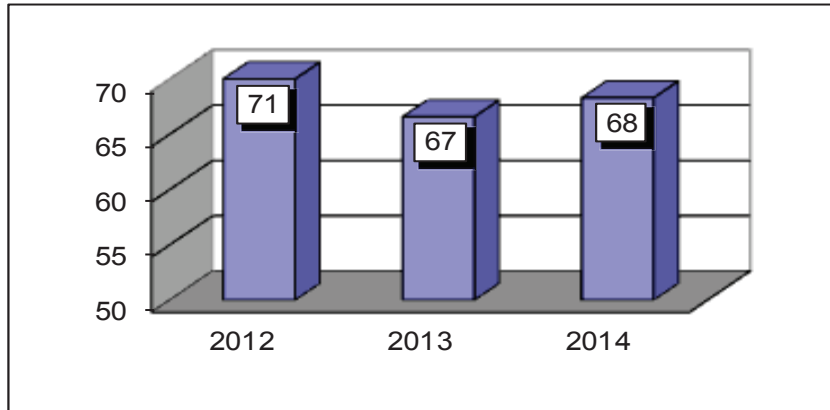
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	7.290	2.598	951



Kennzahlen

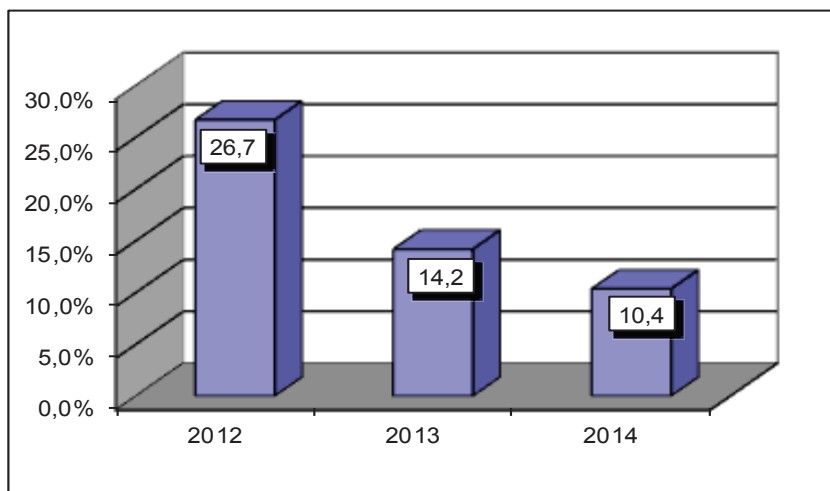
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	118.005	101.092	100.445
Bilanzsumme	165.101	151.853	147.086
% EK	71	67	68



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	7.290	2.598	951
Abschreibungen	1.861	1.929	1.928
	9.151	4.527	2.879
Gesamterträge	34.314	31.898	27.811
Cash-Flow	26,7%	14,2%	10,4%



Zusammengefasster Lagebericht für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern Stadtwerke Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) erbringt im Rahmen ihres operativen Geschäftsfeldes „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“ Verkehrsdienstleistungen in Remscheid und Umland. Die Stadtwerke Remscheid betätigen sich als Konzernmuttergesellschaft mittelbar über ihre zum Konsolidierungskreis gehörenden Beteiligungen an der EWR GmbH, in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energie- und Wasserversorgung sowie Energiedienstleistungen und über die Park Service Remscheid GmbH auf dem Gebiet des ruhenden Verkehrs. Über die ebenfalls zu konsolidierende Beteiligung an der H₂O GmbH, Remscheid, werden öffentliche Bädereinrichtungen im Stadtgebiet unterhalten und betrieben. Zwischen der Konzernmutter und ihren Tochtergesellschaften bestehen über Ergebnisabführungsverträge jeweils körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaften.

Darüber hinaus unterhalten die Stadtwerke weitere mittelbare und unmittelbare Beteiligungen, die den Zweck der Gesellschaft fördern. Die kaufmännische Betriebsführung wird für die zum Konsolidierungskreis gehörenden Gesellschaften von der EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Wie bereits im letzten Lagebericht ausgeführt, wurden mit Wirkung zum 31.12.2013 (24.00 Uhr) die Beteiligungsverhältnisse an SR und der EWR neu geordnet. Ab dem Geschäftsjahr 2014 ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Remscheid die Stadt Remscheid. Die Geschäftsanteile der EWR werden von der Stadtwerke Remscheid GmbH (60 %), der Thüga AG (20 %) und von der RWE Deutschland AG (20 %) gehalten.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

II. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und im Konzern

1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen

Der Konjunkturbericht der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid attestierte der bergischen Wirtschaft zum Jahresbeginn 2014 eine insgesamt gute Verfassung. Der Geschäftslageindex wuchs ausgesprochen deutlich gegenüber dem Herbst 2013. Im Städtevergleich konnte sich Remscheid allerdings nicht verbessern; im Städteranking lag Wuppertal vorn, gefolgt von Solingen und Remscheid. Zum Herbst 2014 berichtete die IHK von einem merklich rauer gewordenen Klima. Eine abgeschwächte Nachfrage zur Jahresmitte sowie die politische Krise in Osteuropa haben die konjunkturelle Dynamik spürbar gebremst. Trotz positiver Tendenzen zum Jahresanfang mussten im vierten Quartal des Jahres spürbare Einschnitte hingenommen werden. Beispielsweise nahmen die Industrieumsätze in Remscheid im Jahr 2014 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % ab, während für den IHK-Bezirk noch ein Plus von 3,2 % ermittelt wurde. Mit dieser Entwicklung bewegte sich Remscheid auf dem Niveau von NRW, das einen Rückgang von 0,9 % verzeichnete.

Der Arbeitsmarkt in der Region verzeichnete trotz schwächelnder wirtschaftlicher Gesamtentwicklung einen durchweg positiven Trend. Im IHK-Bezirk sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2014 gegenüber Dezember 2013 spürbar von 10,4 % auf 9,0 %. In Remscheid

veränderte sich die Quote von 9,0 % auf 8,0 %, die damit nur noch leicht über dem NRW-Landeswert (7,8 %) liegt.

Die insgesamt schwächelnde Konjunkturlage spiegelt sich bei der Remscheider Wirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Die Ertragslage der Stadtwerke Remscheid und ihrer Tochtergesellschaften ist vom wirtschaftlichen Umfeld nicht abzukoppeln und wird je nach Gesellschaft bzw. Geschäftsfeld unterschiedlich stark beeinflusst. Beispielsweise sind die Entwicklungen der Personal- und Treibstoffkosten in der Verkehrswirtschaft der Stadtwerke maßgebliche Einflussfaktoren und rückläufige Industrieumsätze sowie Witterungseinflüsse spiegeln sich im Energieabsatz unserer Tochtergesellschaft wider. Alle Geschäftsfelder des Konzerns haben sich gemeinsam auf einen mehr oder weniger bestimmenden Einflussfaktor einzustellen: Die stetig sinkende bzw. stagnierende Einwohnerzahl Remscheids.

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und im Konzern

Die **Umsatzerlöse der SR** blieben hinter dem Niveau des Vorjahres um etwa 0,9 Mio. € zurück und erreichten eine Gesamtgröße von ca. 12,3 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Zwei Faktoren haben die Erlösentwicklung beeinflusst: Beim Fahrgastaufkommen setzte sich der seit Jahren festzustellende Trend sinkender Fahrgastzahlen deutlicher fort als erwartet. Insbesondere der Bevölkerungsrückgang und die sinkenden Schülerzahlen hinterlassen ihre Spuren. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 16,9 Mio. Fahrgästen rechnerisch um 3,7 % unter dem Stand des Vorjahres. Generell bleibt bei der Entwicklung des Fahrgastaufkommens zu beachten, dass es sich bei den mit Hilfe von verbundeinheitlichen Fahrtenhäufigkeiten ermittelten Zahlen um eine statistische Größe handelt, die nicht das tatsächliche Fahrgastaufkommen in unserem Verkehrsgebiet wiedergeben kann, sondern nur Richtungen aufzeigt. Der Erlösvergleich aus dem VRR-Linienverkehr (kassentechnische Einnahmen) 2014 zu 2013 zeigt trotz der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01. Januar 2014 (im gewichteten VRR-Mittel um 3,8 %) als Folge der Fahrgastrückgänge lediglich ein Einnahmeplus von weniger als 0,1 Mio. €.

Als zweite und entscheidende Einflussgröße drohen aus der noch strittigen Einnahmeaufteilung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) rückwirkende Mehrbelastungen für die Gesellschaft, die für den Zeitraum 2009 bis 2014 mit insgesamt 1,3 Mio. € zu beziffern sind und als ungewisse Verbindlichkeit gegen die Erlöse gebucht wurden. Wir verweisen auf weitere Ausführungen hierzu auf die Ziffer V.1 des Lageberichtes.

Die **Umsatzerlöse im Konzern** der SR sanken gegenüber dem Vorjahr von 172,7 Mio. € auf 170,1 Mio. € (- 1,5 %). Dieser Rückgang ist neben den zuvor beschriebenen Einflüssen aus dem ÖPNV, im Wesentlichen der Umsatzentwicklung bei der EWR geschuldet. Die Außenerlöse nahmen dort - saldiert über alle Sparten - um 1,3 % auf 154,6 Mio. € ab. Bestimmender Auslöser war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, das in unseren Absatzsegmenten Gas und Wärme Mengenverwerfungen historischen Ausmaßes hinterlassen und für deutliche Umsatzeinbußen gesorgt hat. Neben den Einbrüchen auf der Gas- und Wärmeseite verzeichnete die Strom- und Wassersparte der EWR auf der Absatzseite im angestammten Netzgebiet insgesamt ebenfalls eine rückläufige Entwicklung. Lediglich die Strombelieferung von Individualkunden in fremden Netzgebieten konnte mit mehr als + 31 % erneut stark zulegen. In der Wasserversorgung setzte sich im Zuge stagnierender Einwohnerzahlen in Remscheid der Trend rückläufiger, um Sondereffekte bereinigter Wassermengen fort.

Bei unserer Sauna- und Bädergesellschaft, der H₂O GmbH, erreicht die Summe der **Gesamterlöse** und **sonstigen betrieblichen Erträge** beider Betriebsstätten, also einschließlich Pachteinnahmen aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich, trotz gesunkener Besucherzahlen mit rund 4,6 Mio. € den Vorjahreswert. Wie in 2013 werden hiervon etwa 4,2 Mio. € und somit rund 97 % der Gesamterlöse durch das Sauna- und Badeparadies bestritten. Damit wird einmal mehr die herausragende Stellung dieser Einrichtung bestätigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden in beiden Einrichtungen, dem Sportbad und dem Sauna- und Badeparadies, insgesamt rund 627.900 Gäste gezählt und damit etwa 29.000 Besucher oder 4,4 % weniger als im Vorjahr. Die stabile Umsatzlage ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass trotz Gästerückgang die in der Saunalandschaft im Oktober 2013 vorgenommene Preisanpassung im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre volle Wirkung entfalten konnte und ab März 2014 eine moderate Preiserhöhung in der Wasserlandschaft zum Tragen kam. Darüber hinaus haben „Wanderbewegungen“ von den kürzeren zu den preislich höheren Aufenthaltszeiten die Umsatzentwicklung gestützt.

Das operative Geschäft der PSR ist grundsätzlich als positiv zu beurteilen. Allerdings wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Unterschlagungsfall festgestellt, der auch zurückliegende Jahre umfasst. Gegen den Tatverdächtigen, einen zwischenzeitlich ausgeschiedenen Mitarbeiter, wurde Strafanzeige gestellt. Parallel wurden die zivilrechtlichen Ansprüche über das Arbeitsgericht geltend gemacht. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sowie das arbeitsgerichtliche Verfahren dauern zum Zeitpunkt der Berichterstattung an.

Die Gesamterlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen haben wir um die in 2014 unterschlagenen Erlöse, die ausschließlich den Kurzparkerbereich betreffen, gekürzt und dem neutralen Ergebnis zugeordnet. Die so bereinigten Gesamterlöse überschritten im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Wert von knapp 1,1 Mio. € erneut die Millionengrenze. Damit wurde die korrespondierende Vorjahresgröße um 4,5 % überschritten. Ab August 2014 wurde diese positive Entwicklung durch eine moderate Taktanpassung für Kurzparker in zwei Parkhäusern der PSR gestützt. Einmal mehr erhalten wir die Bestätigung, dass das neue Pachtobjekt an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid - Vertragsbeginn ist der 1. Januar 2013 - einen wichtigen Beitrag zur Erlös- und Ergebnisverbesserung leistet.

Die **betrieblichen Aufwendungen der Stadtwerke Remscheid** - etwa 23,1 Mio. € gegenüber 23,5 Mio. € im Vorjahr - werden insbesondere durch Material- und Personalkosten, die Abschreibungen sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Größte Einzelposten beim **Materialaufwand** sind mit ca. 2,3 Mio. € die Treibstoffkosten zum Betrieb der Busflotte, die im Wesentlichen durch günstigere Einstandspreise gegenüber 2013 um gut 6 % geringer ausgefallen sind. Die ebenfalls dem Materialaufwand zuzurechnenden Fremdfahrleistungen bewegen sich mit ca. 1,7 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die **Personalkosten** der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke. Auf diese Kostengröße entfielen rund 12,4 Mio. € gegenüber 11,4 Mio. € im Jahr zuvor. Dieser Anstieg resultiert ausschließlich aus der Aufstockung der Rückstellung für die mittelbare Versorgungsverpflichtung gegenüber Mitarbeitern, die sich aus einer drohenden Unterdeckung der Finanzierung über die kommunale Zusatzversorgungskasse ergeben kann.

Zum 31.12.2014 beschäftigten die SR (konzernweit in Klammern) 244 (552) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 2 (8) Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des

Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende um 3 (10) verringert und auf 233 (511) Personen eingestellt. Zum Bilanzstichtag befanden sich 8 junge Menschen (+ 1) im Verkehrsbetrieb der SR (24 im Konzern) in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen - einer Ausbildungsquote bei SR von nahezu 11 %.

Die **Abschreibungen** und **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verliefen planmäßig und fließen insgesamt mit etwa 4,5 Mio. € gegenüber 4,8 Mio. € im Vorjahr in die Ergebnisrechnung der Stadtwerke ein.

Auf Ebene des **Konzerns** sind die **betrieblichen Aufwendungen** über alle Aufwandsarten per Saldo von ca. 175,7 Mio. € um 1,5 Mio. € oder 0,9 % auf 174,2 Mio. € gesunken. Diese Minderraufwendungen sind im Saldo das Ergebnis geringerer Material- und Sachaufwendungen gegenüber um 1,4 Mio. € (+ 4,6 %) konzernweit gestiegener Personalkosten - im Wesentlichen wie geschildert rückstellungsbedingt, die mit insgesamt 31,6 Mio. € an den betrieblichen Aufwendungen beteiligt sind. Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen beanspruchen rund 26,3 Mio. € und fallen damit gegenüber dem letzten Geschäftsjahr um 5,7 % niedriger aus.

Die Stadtwerke Remscheid haben im Geschäftsjahr 2014 ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von etwa 1,1 Mio. € (5,3 Mio. € i. Vj.) erwirtschaftet. Der Vergleich zum Vorjahr ist nur eingeschränkt möglich, weil im Jahr 2013 der auf die RWE Deutschland AG entfallende Gewinnanteil (ca. 1,6 Mio. €) im abgeführten EWR-Ergebnis noch enthalten ist. Gegenüber unserer im ursprünglichen Wirtschaftsplan 2014 gesetzte Zielmarke fällt das Ergebnis um 0,8 Mio. € besser aus.

Neben den Erträgen aus der Gewinnabführung der EWR, den Erträgen aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen wie AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG), BEG, ELBA und Kom9, trug auch der Verkehrsbetrieb durch einen geringeren Betriebsverlust (ca. - 0,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr) zum Gesamtergebnis der Stadtwerke Remscheid bei.

Nach Abzug der Ertragsteuern sowie sonstigen Steuern weist die Gesellschaft einen **Bilanzgewinn** in Höhe von gerundet 1,0 Mio. € gegenüber 2,6 Mio. € im Vorjahr aus. Dieser Gewinn ist bereits um die Ausgleichszahlungen an die Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga AG und die RWE Deutschland AG gemindert. Unter Berücksichtigung notwendiger Rückstellungsbildungen und den extremen Witterungseinwirkungen auf das Gasgeschäft der EWR, ist dieses Ergebnis durchaus sehr zufriedenstellend.

Der **Konzernbilanzgewinn** der Stadtwerke Remscheid ist wie in Vorjahren gleichlautend mit dem Bilanzgewinn aus dem Einzelabschluss der Gesellschaft.

3. Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft und im Konzern

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist Bestandteil der kaufmännischen Serviceleistungen der EWR und darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätsslage ist jederzeit über die konzernweite Liquiditätssteuerung gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügten die Stadtwerke über flüssige Mittel in Höhe von 0,4 Mio. € (0,2 Mio. i. Vj.) und der Konzern über 9,9 Mio. € (8,2 Mio. € i. Vj.)

Wie bereits im Vorjahr bestanden bei den Stadtwerken zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres keine langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im Konzern wurden langfristige Darlehen von Kreditinstituten planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvo-

lumen von ca. 11,7 Mio. € (9,9 Mio. € i. Vj.). Im Bestand ist ein neues Darlehen bei der EWR mit 3 Mio. € enthalten, das im Wege einer Kooperation mit der Stadtsparkasse Remscheid aufgenommen und über einen für interessierte Privatkunden als festverzinsliche Geldanlage aufgelegten „Sparkassenbrief EWR-Energieinitiative“ innerhalb weniger Tage refinanziert wurde. Die Verbindlichkeiten im Konzern gegenüber Kreditinstituten machen 6 % der Bilanzsumme aus.

Im Jahr 2013 wurden bei den Stadtwerken **Investitionen** in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von rund 1,4 Mio. € (2,3 Mio. € i. Vj.) getätigt. Mit diesem Volumen blieb die Gesellschaft um 0,4 Mio. € unter dem revidierten Planansatz. Der Löwenanteil der Ausgaben entfiel mit knapp 1,2 Mio. € auf den Verkehrsbetrieb für die Ersatzbeschaffung von fünf Standard-Linienbussen.

Der Konzern verausgabte im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt rund 10,2 Mio. € (Vj. 11,2 Mio. €) für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Hiervon entfielen gerundet 14 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 77 % auf die EWR und 9 % auf die H₂O. Die PSR verausgabte nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel. Im Bereich der Finanzanlagen wurden zusätzlich 0,7 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) für die Beteiligung der EWR an Green GECCO eingesetzt. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die fremdbeschaffte und vorhandene Liquidität im Konzern zurückgegriffen werden. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit im Konzern beläuft sich auf 10 Mio. € (Vj. 29,9 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Stadtwerke 91,0 % der Bilanzsumme gegenüber 88,7 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein. Auf Konzernebene sind es 84,3 % im Vergleich zum Vorjahreswert von 82,9 %.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass die Bilanzsumme der Stadtwerke Remscheid um ca. 4,8 Mio. € auf etwa 147,1 Mio. € gesunken ist. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 100,4 Mio. € (Vj. 101,1 Mio. €) oder etwa 68 % (Vj. 67 %) der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung der Stadtwerke setzen wir - getrennt nach Verkehrswirtschaft und Unternehmensbeteiligungen - spartenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite in differenzierte Erfolgsrechnungen mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Verkehrseinnahmen gegliedert nach Tickettarifen und Fahrgastzahlen, Betriebskosten im Fahrtrieb und Werkstattbereich einschließlich Kostendeckungsgrad sowie Erträge und Kosten je beförderte Person. Darüber hinaus stehen die jährlichen Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung im Fokus. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Dieses Berichtswesen und zugleich Steuerungsinstrument kommt konzernweit zum Einsatz und findet in den Stadtwerke-Konzernunternehmen auf die jeweiligen Belange abgestellt mit der gleichen Methodik Anwendung. Zum dritten Mal in Folge wurden der SR und EWR das Creditreform Bonitätszertifikat „CrefoZert“ verliehen und damit den Gesellschaften erneut eine sehr gute Bonität bescheinigt. Basis ist eine Analyse der Creditreform Rating AG, deren Neutralität und Objektivität durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zertifiziert wurde.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt (somit auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz im Betrieb unserer Omnibusse) sowie unserer Mitarbeiter. Die Pünktlichkeit unserer Busflotte im ÖPNV als wichtiger Bestandteil unserer Serviceleistungen wird stetig und regelmäßig im Liniennetz analysiert und optimiert. Wie im Jahr zuvor lagen im Berichtsjahr wieder über 96 % aller Abfahrten im Pünktlichkeitsbereich zwischen 0 und 5 Minuten, ein vergleichsweise sehr guter Wert.

Die Stadtwerke Remscheid und die EWR haben das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Bereits seit 1996 verfügen wir über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Die Zertifizierung muss alle drei Jahre erneuert werden; zuletzt geschah dies mit sehr gutem Ergebnis im November 2013. Im Rahmen des alljährlichen Umweltaudits im Herbst 2014 wurde die erteilte Zertifizierung uneingeschränkt bestätigt.

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nur 3 meldepflichtige Arbeitsunfälle gegenüber noch 10 im Vorjahr. Im Konzern verzeichneten wir mit 12 sowohl meldepflichtigen, als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen in Summe 6 weniger als im Jahr zuvor. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltage sanken ebenfalls sehr deutlich von 337 auf 204 Tage.

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind sowohl bei den Stadtwerken als auch im Konzern keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

IV. Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2014 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2015 bis 2018, erwarten wir für das Jahr 2015 einen **Bilanzgewinn** für die **Stadtwerke** - deckungsgleich mit dem **Konzernbilanzgewinn** - in Höhe von 0,5 Mio. € gegenüber gerundet 1,0 Mio. € im Berichtsjahr. Für den Prognosezeitraum 2016 bis 2018 rechnen wir mit einem mittleren korrespondierenden Jahresergebnis von knapp 0,4 Mio. €. Diese Ergebnisse verstehen sich nach Verlustverrechnung aus der Verkehrswirtschaft und dem Bäderbetrieb sowie den Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Gesellschafter der EWR, der Thüga AG und RWE Deutschland AG.

Mit dieser Prognose bewegen wir uns tendenziell unter der Ergebnislage des Berichtsjahres. Diese Entwicklung überrascht nicht und es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Gesellschaft und ihrer Tochterunternehmen, diese Ziele zu erreichen. In den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres sehen wir im Remscheider Verkehrsgebiet erneut sinkende Fahrgastzahlen von - 3,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und somit den Trend der letzten Jahre leider bestätigt. In der logischen Konsequenz steigen - trotz der VRR-Tarifpreiserhöhungen zum 01. Januar 2015 im Mittel von 3,8 % - die Einnahmen aus dem VRR/VRS-Linienverkehr nur um 1,6 % gegenüber dem ersten Quartal 2014. Stagnierende Einwohner- und Schülerzahlen und nicht zuletzt die zeitweise auch im ersten Quartal gesperrte Regionalbahnlinie über die Müngstener Brücke - verbunden mit einer wenig attraktiven Anbindung an die Schiene - tragen leider zu dieser Entwicklung bei.

Ein wichtiges Ertragsselement für die Stadtwerke Remscheid - gepaart mit Erträgen aus weiteren Finanzbeteiligungen - stellt die Beteiligung an Kom9 und somit an der Thüga AG dar. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Gesamtergebnis der Gesellschaft. Die für 2015 prognostizierte Dividende erfüllt unsere Erwartungen.

Laut IHK-Konjunkturbericht präsentiert sich die bergische Wirtschaft zum Jahresanfang 2015 zwar insgesamt in einer soliden Verfassung, allerdings zeigen die bergischen Großstädte ein uneinheitliches Bild. Remscheid fällt im Städteranking immer noch deutlich ab. Absatzwirtschaftlich können wir bei unserer Energieversorgungsstochter **EWR** jedoch im angelaufenen neuen Geschäftsjahr im Gegensatz zum Vergleichszeitraum des letzten Jahres, insbesondere in der Gasversorgung, die unter den historischen milden Temperaturen besonders gelitten hat, eine durchaus erfreuliche Entwicklung konstatieren. Die gesamten Gasliefermengen im eigenen und fremden Netzgebiet zeigen gegenüber unserer Planungsrechnung für das erste Quartal einen Zuwachs von 5,5 % und im Ist/Ist-Vergleich sogar ein Plus von mehr als 18 %. Der Wärmeabsatz folgt in seiner Entwicklung tendenziell der Gassparte.

Die vergleichsweise deutlich niedrigeren Temperaturen bescheren uns im ersten Quartal 2015 auf der Absatzseite eine solide Grundlage für den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres.

Das angelaufene neue Geschäftsjahr der **H₂O GmbH** spiegelt hinsichtlich Besucherströme und Umsatzentwicklung sowohl im Ist/Ist- als auch Plan/Ist-Vergleich nicht unsere Erwartungen wider. Allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2015 gezogen werden.

Bei der in der Parkraumbewirtschaftung tätigen **PSR** rechnen wir wieder mit einer stabilen Ertragslage und gehen von einem positiven Jahresergebnis für 2015 aus. Das angelaufene neue Geschäftsjahr zeigt in den ersten drei Monaten hinsichtlich der Einnahmeentwicklung insgesamt eine über unserer Planung und den Vorjahreswerten liegende positive Tendenz. Auch für diese Gesellschaft gilt, dass wir zum Berichtszeitpunkt noch keine Gesamteinschätzung auf das Jahres 2015 geben können.

Im Jahr 2015 wird das **Investitionsprogramm** bei den **Stadtwerken** voraussichtlich Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von rund 1,8 Mio. € umfassen. Neben den verkehrstypischen Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen steht die energetisch optimierte Erneuerung der Heizungs-, Lüftungs- und MSR-Technik der Gebäude des Verkehrsbetriebes mit etwa 1,0 Mio. € auf der Agenda. Die Modernisierung unserer Busflotte ist vorerst abgeschlossen. Investitionen in Finanzanlagen sind gemäß Planung zwar nicht vorgesehen, jedoch zeichnet sich derzeit die Möglichkeit ab, Anteile an der Kom9 aus dem Gesellschafterkreis zu erwerben. Wir prüfen aktuell unsere Optionen.

Für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im **Konzern** sind in unsere Planung für das laufende Geschäftsjahr Finanzmittel in Höhe von rund 12,6 Mio. € eingestellt. Hiervon entfallen gerundet 14 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 79 % auf die EWR und 7 % auf die H₂O. Die PSR wird nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel benötigen. Im Bereich der Finanzanlagen der EWR wurden zusätzlich 3,0 Mio. € für die Stärkung der bestehenden Finanzbeteiligungen an Thüga Erneuerbare Energien (THEE) und Green GECCO in die Planung eingestellt.

Für den Prognosezeitraum 2016 bis 2018 rechnen wir für die Stadtwerke mit einem mittleren jährlichen Investitionsansatz von etwa 0,9 Mio. €. Im Konzern beträgt der Ansatz für Investitionen - einschließlich für Finanzanlagen - im Mittel ca. 12,2 Mio. € p. a..

Die Liquiditätslage der Gesellschaft und aller Konzernunternehmen ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden wir voraussichtlich ergänzend langfristige Fremdmittel einsetzen.

V. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken - nach den Prioritäten A bis C abfallend klassifiziert - werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Zum Jahreswechsel 2014/2015 sind im Konzern für die SR und EWR insgesamt sechs Risiken - hiervon zwei für die Stadtwerke - identifiziert. Für die PSR und H₂O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen.

Ein Risiko, wie im letzten Jahr das ÖPNV-Finanzierungssystem, betrifft ausschließlich die Stadtwerke Remscheid und wird in der Prioritätenklasse C geführt. Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Mit Schreiben vom 19. April 2011 des VRR wurde darüber informiert, dass das VRR-Finanzierungssystem im Beihilfeprüfverfahren Langenfeld von der EU-Kommission anerkannt wurde.

Ein neu hinzugekommenes Risiko erwächst aus drohenden Rückzahlungsverpflichtungen an den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) auf Basis der 2009 durchgeführten Verkehrserhebung und der hieraus resultierenden neuen Einnahmeaufteilung (EA) für den Zeitraum 2009 bis 2014. Wegen verschiedener Klagen einzelner betroffener Verkehrsunternehmen findet die neue EA derzeit keine Anwendung. Wir haben vorsorglich zu Lasten des Geschäftsjahres 2014 eine Rückstellung in Höhe von 1,3 Mio. € gebildet, die den angesprochenen Zeitraum abdeckt.

Die restlichen vier Risiken betreffen ausschließlich die EWR. Zwei dieser Risiken - Wasserpreisabsenkung und rechtsunsichere Preisanpassungsklauseln - werden in der Prioritätenklasse B geführt. Die anderen beiden sind in der Prioritätsklasse C dokumentiert, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das Vertriebs- und Netzrisiko aus dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang in Remscheid.

Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Hierunter fallen u. a. auch Eventualfolgen aus dem weiteren Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 24.10.2014 zur Vereinbarkeit des Preisänderungsrechts in der früheren Tarifkunden- bzw. heutigen Grundversorgung mit den europäischen Transparenzvorgaben der Strom- und Gasrichtlinien. Unter anderem noch offen und zu entscheiden ist die Rückwirkungsfrage. Die von uns bereits in den Jahren 2012/2013 gebildete Rückstellung haben wir aus unserer Risikoeinschätzung heraus vorsorglich nochmals aufgestockt. Darüber hinaus bestehen keine Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowohl der Stadtwerke als auch des Konzerns nachhaltig negativ beeinflussen können oder den Bestand der Gesellschaft und ihrer Töchter gefährden.

2. Chancenbericht

Neben der Risikobetrachtung sehen wir auch Chancenpotenzial bei den **Stadtwerken** und im Konzern. Für den Verkehrsbetrieb erwachsen Möglichkeiten, einen Mehrwert aus den VRR-weiten Projekten, die verstärkt auf digitale Technologien setzen, zu ziehen. Unter dem Arbeitstitel „mobil4you“ wird ein Stufenkonzept erarbeitet, das die ganzheitliche Vermarktung von Information sowie Angebot und Ticket umsetzen soll. Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sind für einen reibungslos funktionierenden ÖPNV nach wie vor unschlagbare Parameter für die Kundenzufriedenheit. Darüber hinaus erwartet der Fahrgast weitere Serviceleistungen, die für einen attraktiven ÖPNV sprechen. Wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt: Schnupper-Abo-Aktionen für Bürger in Remscheid und ein Großkundenrabattmodell unterstützen die Neukundenakquisition. Ein interaktiver Liniennetzplan, der über die klassische Fahrplanauskunft hinausgeht und eine dazugehörige WebApp für Smartphones und Tablets mit Ortungsfunktionalität machen Remscheid noch mobiler erlebbar. Wir wollen mit diesen neuen Möglichkeiten potenzielle Fahrgäste ansprechen und Mehrwerte schaffen.

Mit Inkrafttreten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01. Januar 2013 wurde als wesentlicher Bestandteil die Möglichkeit der Direktvergabe von Verkehrsleistungen durch Kommunen an ihre kommunalen Verkehrsunternehmen verankert. Im Hinblick auf die in 2017 auslaufende Betrauung werden mit der Stadt Remscheid die vorbereitenden Überlegungen und Voraussetzungen zur Direktvergabe weiter verfolgen.

Bei der **EWR** nutzen wir in der Breite das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz. Der Ausbau unserer Beteiligungen an Green GECCO und der THEE und damit im Segment der regenerativen Energieerzeugung ist im Geschäftsjahr 2014 weiter fortgeschritten. Bei Green GECCO kam ein fünfter Windpark mit einer Leistung von 26 MW hinzu. Damit verfügt die Gesellschaft über 53 Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 80 MW. Die THEE konnte im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes einen weiteren Windpark mit einer installierten Erzeugungsleistung von 18 MW an das öffentliche Netz anschließen und damit ihren Gesamtbestand auf insgesamt 111 Windenergieanlagen mit einer Leistung von mehr als 200 MW ausbauen. Weitere Projekte zum Ausbau des bestehenden Portfolios sind in der Planung.

Den bereits vor zwei Jahren eingeschlagenen Weg, strukturiert und gezielt unser Breitbandnetz vor allem in Gewerbegebieten auszubauen, verfolgen wir weiterhin konsequent. Neben der Weiterentwicklung der EWR als Infrastrukturdienstleister sind wir in Untersuchungen eingetreten, im Rahmen einer Kooperation als Dienstleister auch in den Telekommunikationsmarkt einzutreten. Die Bewertung des Chancen-/Risikoprofils unter Berücksichtigung einer Markteintrittsstrategie stehen im neuen Geschäftsjahr im Fokus unserer Überlegungen.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg, die EWR als „den“ lokalen Energieeffizienz- und Energiedienstleister zu etablieren. Hierzu zählt insbesondere der weitere Ausbau des Geschäftsfeldes „Wärmeversorgung/Contracting“, das Wachstumspotenziale ausweist.

Aufenthaltsqualität in unseren Einrichtungen, Kundenorientierung und Kontinuität stehen im Fokus unseres Handelns. Die **H₂O GmbH** und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus festigen. Der auch in 2014 fortgesetzte „Verschönerungskurs“, die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit rund um den Kunden sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurden wieder mit beachtlichen Besucherzahlen honoriert. Unsere Saunalandschaft ist über die Stadtgrenzen hinaus eine anerkannte und beliebte Einrichtung, die höchste Qualitätsmaßstäbe erfüllt. Diese Kundenresonanz eröffnet uns die Chance, die Position des H₂O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

Nach dem aufgedeckten Unterschlagungsvorgang steht die **Park Service Remscheid GmbH** an einem „Neustart“: Eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen eröffnen uns die Chancen, die Parkhausfrequenzierung und damit die Einnahmen zu steigern und damit die Ertragslage zu stärken. Das angepachtete und auf eigene Rechnung bewirtschaftete Parkhaus an der Daniel-Schürmann-Straße liefert einen wichtigen Ergebnisbeitrag. Die PSR-Parkwertkarte bietet für unsere Kunden Preisvorteile und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Wertkarten-Auflade-Aktionen sind mittlerweile fester Bestandteile unserer Kundenbindungsstrategie. Sie tragen dazu bei, einen gewissen Grundstock an Einnahmen zu sichern. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent. Mit einem neuen Geschäftspartner hat sich die Chance eröffnet, Teilflächen im wenig frequentierten Parkhaus „Am Markt“ für die Aufstellung von Lagerboxen zu nutzen. Die hierüber möglicherweise generierbaren Mieteinnahmen würden zu einer weiteren Ergebnisverbesserung beitragen.

VI. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Stadtwerke sowie die zum Konsolidierungskreis gehörenden Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Stadtwerke ist in die konzernweit eingesetzten Finanz- und Liquiditätsplanung eingebunden und wird zentral von der EWR wahrgenommen.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 05.05.2015

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
 Hochstraße 1-3
 42853 Remscheid
 Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196,656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Sachkundiger Bürger
Markus Kötter, stellvertr. Vorsitzender	Ratsmitglied
Günter Bender	Ratsmitglied
Waltraud Bodenstedt	Ratsmitglied
Markus von Dreusche	Ratsmitglied
Gabriele Eschbach	
Georg Famulla	
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	
Dipl. Betriebswirt Peter Krack	
Gabriele Leitzbach	Ratsmitglied
Uwe Manthei	
Andreas Martin	
Burkhard Mast-Weisz, ab 01.07.2014	Oberbürgermeister
Christoph Pilz	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Beate Wilding, bis 30.06.2014	Oberbürgermeisterin

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2014 T€ 618,3

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Dividende	75.728,21	75.728,21	75.728,21
Depotgebühren	1.860,21	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2012		2013		2014	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	26	2	26	2	25,75	2,75
Technischer Bereich	11	3	10	3	11	2
Gesamt	37	5	36	5	36,75	4,75
Auszubildende	2		3		2,5	

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2012	2013	2014
Häuser	1.094	1.085	1.066
Wohnungen	6.407	6.401	6.342
Gewerbliche Einheiten	88	91	88
Garagen und Einstellplätze	1.873	1.906	1.918
gesamt jeweils per 31.12.	9.462	9.483	9.414

Grundbesitz -in qm-	2012	2013	2014
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	854.811	852.454	852.825
In Bebauung befindliche Grundstücke	3.793	2.922	0
Unbebaute Grundstücke	53.413	40.964	31.866
gesamt jeweils per 31.12.	912.017	896.340	884.691

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

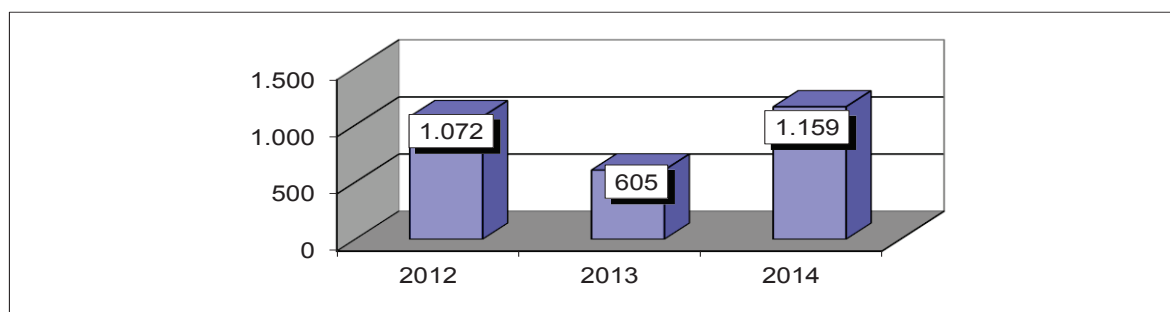
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	63	0,03	46	0,02	31	0,01
Sachanlagen	199.360	93,24	205.718	94,14	203.110	92,91
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	199.423	93,27	205.764	94,16	203.141	92,92
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	10.130	4,74	10.016	4,58	8.958	4,10
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	1.172	0,55	736	0,34	609	0,28
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	3.016	1,41	1.950	0,89	5.864	2,68
Umlaufvermögen	14.318	6,70	12.702	5,81	15.431	7,06
Rechnungsabgrenzungsposten	80	0,04	64	0,03	48	0,02
Aktiva	213.821	100,00	218.530	100,00	218.620	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,65	3.525	1,61	3.525	1,61
Kapitalrücklage	826	0,39	826	0,38	826	0,38
Gewinnrücklagen	38.835	18,16	39.495	18,07	40.199	18,39
Jahresüberschuss(+)	1.073	0,50	605	0,28	1.159	0,53
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-536	-0,25	-302	-0,14	-580	-0,27
Eigenkapital	43.723	20,45	44.149	20,20	45.129	20,64
Rückstellungen	1.746	0,82	2.075	0,95	2.197	1,00
Verbindlichkeiten	168.352	78,74	172.306	78,85	171.294	78,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	213.821	100,00	218.530	100,00	218.620	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr	2012	2013	2014
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	33.149	34.048	34.416
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	774	-37	-1.003
Andere aktivierte Eigenleistungen	511	439	321
Sonstige betriebliche Erträge	2.077	972	1.563
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	68	13	6
Erträge	36.579	35.435	35.303
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	19.519	19.079	17.743
Personalaufwand	2.632	2.949	3.094
Abschreibungen	5.936	5.591	5.783
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.399	1.340	1.851
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.926	4.591	4.387
Aufwendungen	34.412	33.550	32.858
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.167	1.885	2.445
Steuern vom Einkommen und Ertrag	81	81	81
Sonstige Steuern	1.014	1.199	1.205
Jahresüberschuss (+)	1.072	605	1.159
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	536	302	579
Bilanzgewinn	536	303	580

Entwicklung der Jahresergebnisse

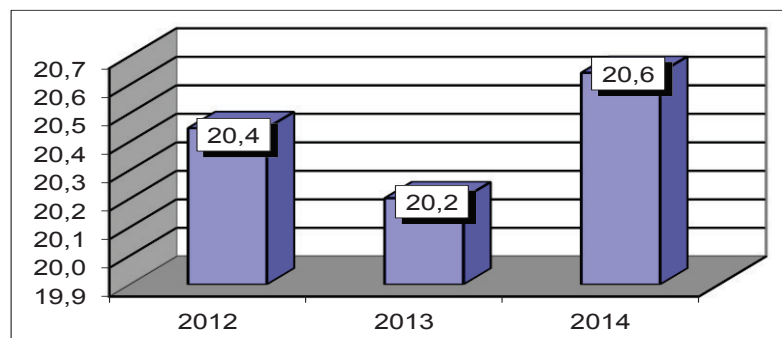
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1.072	605	1.159



Kennzahlen

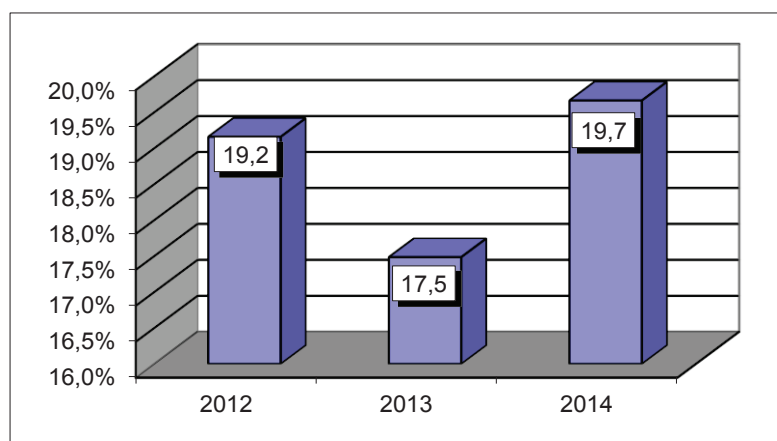
Eigenkapital-Quote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	43.723	44.149	45.129
Bilanzsumme	213.821	218.530	218.620
% EK	20,4	20,2	20,6



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	1.072	605	1.159
Abschreibungen	5.936	5.591	5.783
	7.008	6.196	6.942
Gesamterträge	36.579	35.435	35.303
Cash-Flow	19,2%	17,5%	19,7%



Lagebericht 2014

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie stellt des weiteren Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereit.

1.2. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO) und weitere führende Wirtschaftsinstitute mussten ab Mitte des Jahres 2014 die Prognosen für die

Weltwirtschaft für das laufende Jahr deutlich zurücknehmen. Trotz unterstützender Geldpolitik in den großen Industrieländern und den damit verbundenen günstigen Finanzierungsbedingungen hätten die Risiken für die globale Wirtschaft zugenommen. Es sei am Ende ein reales Wachstum von 2,7 % eingetreten, womit sich die Höhe in den Voraussagen annähernd um die Hälfte reduziert hätte. Dabei sei eine ungleichmäßige Entwicklung in den Märkten festgestellt worden. Eine Dynamik in den Volkswirtschaften der Industrieländer hätte eine schwierige konjunkturelle Lage in den Schwellenländern gegenübergestellt. Für das Jahr 2015 legt sich der IWF in seinem Konjunkturausblick trotz günstiger Ölpreise und guter Wirtschaftsdaten aus den USA vorläufig auf ein globales Wachstum in Höhe von 3,5 % fest.

Im europäischen Raum sei die Rezession des Vorjahres zwar überwunden worden, doch hätten die konjunkturellen Schwächen in den Volkswirtschaften wie Italien und Frankreich, aber auch die Ukraine-Krise die Wirtschaftskraft dieser Region belastet. Insgesamt sei lediglich ein reales Wachstum von knapp unter einem Prozent erreicht worden. Erfreulich sei, dass in Portugal und Spanien die wirtschaftliche Erholung eingesetzt hätte. Auch habe sich der Stabilisierungsprozess in Irland weiter fortgesetzt und in Griechenland ein leicht positives Wirtschaftswachstum gezeigt. Für das Jahr 2015 würde man die konjunkturellen Perspektiven für den Euroraum noch etwas positiver bewerten und ein Wachstum von ca. 1,3 % erwarten. Eine Verbesserung der Volkswirtschaften sei in den letzten Jahren, insbesondere in 2014, im Wesentlichen auf die Strukturreformen in den jeweiligen Ländern zurückzuführen und auch in Zukunft eine Hauptaufgabe in den Mitgliedsstaaten des Euroraums.

Arbeitsmarktreformen seien in vielen Ländern umgesetzt worden und hätten zu einer Reduzierung der Erwerbslosenzahlen geführt. Gleichzeitig sei die Beschäftigtenzahl gestiegen, was jedoch auch insgesamt betrachtet nicht dazu geführt habe, dass die Lage am Arbeitsmarkt in den betroffenen Ländern im Euroraum als spürbar besser zu bezeichnen gewesen wäre.

Wie das Statistische Bundesamt (DESTATIS) mitteilte, habe sich entgegen der Auswirkungen weltweiter Konflikt- und Krisenherde die deutsche Wirtschaft erwartungsgemäß positiv entwickelt. Mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 % sei die Wirtschaftskraft deutlich stärker gestiegen als in den zwei Jahren zuvor. Als Auslöser für diese Entwicklung wurde der Rekord bei der Beschäftigung - zum ersten Mal wurden 42,7 Millionen Erwerbstätige gezählt - sowie gestiegene Löhne genannt, was wiederum als Garant für eine stabile Binnennachfrage gesehen wurde. Währenddessen sank die Arbeitslosenquote auf 6,4 %. Für 2015 gehen die Prognosen von einer Arbeitslosenquote von 6,8 % aus.

Eine spürbare Unterstützung für die Konjunktur in Deutschland sei das Konsumverhalten gewesen, das preisbereinigt zu Mehrausgaben bei den privaten Haushalten um 1,1 % und beim Staat um 1,0 % geführt hätte. Aber auch die inländischen Investitionen hätten nach einem Rückgang im Vorjahr wieder zugelegt. Unternehmen und der Staat hätten zusammen 3,7 % mehr in vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge investiert.

Gleichzeitig hätten die Exporte von Waren und Dienstleistungen ebenfalls um 3,7 % gegenüber dem Vorjahr zugelegt, und dieses bei einem weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld.

Erneut wäre auch das Bauhauptgewerbe aufgrund extrem milder Witterung in den Wintermonaten ein wichtiger Motor und Impulsgeber für den kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung gewesen. Die Auftragslage habe sich in 2014 nach 1,9 % im Vorjahr nochmals um 2,7 % erhöht.

In Verbindung mit den weiteren Ausführungen von DESTATIS lässt sich zusammenfassen, dass bis auf den Finanz- und Versicherungsdienstleistungsbereiches, der ein leichtes Minus von 0,5 % aufweist, im Jahr 2014 alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland zum Anstieg der Bruttowertschöpfung beigetragen haben.

Für das Jahr 2015 sagen die meisten Ökonomen eine konjunkturelle Entwicklung von gut einem Prozent voraus und begründen dies unter anderem mit dem nach wie vor niedrigen Ölpreis und Kurs des EURO.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die seit Jahren anhaltende unterschiedliche Entwicklung der Wohnungsmärkte beruht auf vielfältige Einflussfaktoren, die in einer Wechselwirkung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen die Wahl des Wohnortes bestimmen. Zum Einem reicht trotz steigender Bautätigkeit in wirtschaftlich starken Regionen das Wohnungsangebot nicht aus, zum anderen prägen Wohnungsüberhänge und damit Leerstände das Straßenbild in sowohl von demografischer Entwicklung als auch von Abwanderung belastenden Gebieten.

Für den nicht flächendeckenden Neubau-Boom dürften zwei Faktoren verantwortlich sein. Erstens verstärkt das hohe Interesse von Kapitalanlegern den Investitionsschub. Zweitens orientieren sich zahlungskräftige Haushalte insbesondere mit Doppelverdienern in die Kernstädte, weil sie dort Arbeitsplätze mit kurzen Pendelwegen und eine umfassende, intakte Infrastruktur finden, die sowohl die Aufgabenbewältigung des Alltags unterstützt als auch vielfältige Angebote für die Freizeitgestaltung bietet.

Die Bundesvereinigung für Bauwirtschaft (BVB) berichtet, dass ihre Wirtschaftssparte, bestehend aus Bauhauptgewerbe, Ausbaubereich und Gebäudetechnik, in 2014 mit einem Umsatz von 217 Mrd. € ein Plus von 3,0 % gegenüber dem Vorjahr erwirtschaftet habe. Die positive Entwicklung im Bauhauptgewerbe sei erneut vom Wohnungsbau ausgegangen. Für 2015 erwarte man für das gesamte Baugewerbe einen Zuwachs von 2,0 %. Gestützt wird diese Prognose unter anderem von den hohen Baugenehmigungszahlen, den Investitionen für die Energiewende und der Annahme, dass die öffentliche Hand auch wieder verstärkt in die Infrastruktur investieren wird.

Der Wohnungsneubau findet wegen der gestiegenen Anforderungen an die Energieeffizienz, der hohen Preise für Bauland und der allgemein gestiegenen Baukosten fast ausschließlich im oberen Preissegment statt und lässt in den Ballungsgebieten für sozial- und mietergerechtes Wohnen auf lange Sicht nur wenig Raum. Die Programme der Städtebauförderung und der Sozialen Wohnraumförderung versuchen zwar mit den zur Verfügung gestellten Mitteln einen Ausgleich zu schaffen, erreichen aber mit ihrem Angebot die Investoren nur zum Teil, da diese aufgrund der günstigen Kapitalmarktmittel und den Auflagen aus den Förderbestimmungen keine Vorteile sehen.

Dem Statistischen Bundesamt zufolge sind im Jahr 2014 die Baugenehmigungen für Wohnungen um 14.487 Einheiten (5,4 %) auf 284.851 gestiegen. Der Wohnungsneubau bildet dabei mit einer Zunahme von 10.502 Einheiten (4,5 %) auf 245.989 Einheiten den in absoluten Zahlen größten Einzelposten. Mit einer Zunahme von 3.647 Einheiten auf 33.712 Einheiten war bei den Bestandsobjekten ein Anstieg von 12,1 % zu verzeichnen. Insgesamt setzte sich damit die vor 5 Jahren begonnene positive Entwicklung fort.

Die quantitative Entwicklung der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie der sozioökonomische und kulturelle Wandel prägen den Trend des Wohnens. Das Wohnungsangebot wird sich insbesondere an der demografischen Entwicklung, die zur einer stärkeren Verschiebung der Wohnungssuchenden zur Nachfragegruppe der Älteren führt, und auch an der steigenden Zahl von Zuwanderern verschiedenster Herkunftsländer, insbesondere aus den wirtschaftlichen und politischen Krisenregionen, ausrichten müssen.

Berücksichtigt man jedoch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Nachfragegruppen, so werden Risiken erkennbar, die in Form der Altersarmut oder grundsätzlich fehlender Wohnkaufkraft an Bedeutung gewinnen werden und die Wohnungswirtschaft vor neue Herausforderungen stellen wird.

Insbesondere in dynamischen Regionen rückt die Frage in den Vordergrund, ob es sich einzelne Gruppen zukünftig noch leisten können, dort zu wohnen. Bereits zeigen sich Tendenzen, dass einkommensschwächere bzw. armutsgefährdete Haushalte Wohnungen in benachteiligten Gebieten suchen müssen.

Grundsätzlich gilt aber die Aussage, dass sowohl in schrumpfenden als auch in wachsenden Städten und Regionen attraktiver, bezahlbarer Wohnraum einen Standort- und Wettbewerbsvorteil darstellt. Dies kann durch Neubau aber auch durch strategische Bestandsentwicklung unter Beachtung ökonomischer und Stadtentwicklungsgesichtspunkten geschaffen werden und wenn die Zielgruppen bereits in der Planungsphase genau definiert worden sind.

Da die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass die Zahl der Haushalte mit geringer oder abnehmender Kaufkraft steigen wird, rücken die Wohnkosten immer stärker in den Fokus. Die Veröffentlichung der Gesellschaft F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH mit Sitz in Hamburg, die die amtlichen Mietspiegel in Deutschland (Mietspiegelindex) auswertet, hat in 2014 einen Anstieg der ortsüblichen Vergleichsmieten um 1,7 % gegenüber der Vorjahr (1,3 %) ermittelt.

Die Stadt München führe unverändert die Liste der teuersten Städte an und läge mit 10,32 € Kaltmiete je Quadratmeter Wohnfläche um 64 Prozent über dem deutschen Durchschnitt von 6,28 € je Quadratmeter. Ihr würden die Städte Stuttgart, Köln, Frankfurt und Hamburg mit Kaltmieten zwischen 8,24 € und 7,70 € je Quadratmeter folgen.

Dabei wären die höchsten Mietsteigerungen in den Altbaubeständen der Gründer- und Zwischenkriegsjahre registriert worden und hätten um 2,2 % bis 2,6 % p.a. über den Mieten des Vormietspiegels gelegen.

Der Wohnungsmarkt in Remscheid zeichnet sich in den letzten Jahren durch ein konstantes bis leicht rückläufiges Mietenniveau aus. Lediglich im oberen Preissegment sind Mietinteressenten bereit, Aufschläge zu bezahlen.

Das Überangebot an Wohnraum in der Region führt dazu, dass ausschließlich energetisch sanierte, altersgerecht umgebaute und attraktiv modernisierte Wohnungen Vermarktungschancen haben.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.159,1. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Bestandsentwicklung

Vor dem Hintergrund sozioökonomischer und demografischer Entwicklungen ist der Wohnungsmarkt in Remscheid und der Umgebung in einem Qualitäts- und Verdrängungswettbewerb angekommen. Größtmögliche Investitionssicherheit ist nicht allein mit einer langfristigen Strategie und schon gar nicht durch Beharren an Bewährtem zu erreichen, sondern bedarf in verstärkter Form des kontinuierlichen Anpassens des Wohnungsbestandes an nachgefragte Standards.

Qualitätsanspruch und Wohnflächenbedarf steigen kontinuierlich, dagegen steht die prekäre Situation des Mieters, die dafür angemessene Miete aufbringen zu müssen und immer häufiger nicht dazu in der Lage zu sein. Die negative Entwicklung der Wohnkaufkraft wird zukünftig noch verstärkt durch eine Altersarmut, die zum Teil schon eingetreten ist.

Für das Wohnungsunternehmen bedeutet dies, geeignete Maßnahmen weiter zu entwickeln und umzusetzen, um die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Herausforderungen zu meistern.

Der vor Jahren begonnene Prozess der Erneuerung und Verbesserung des Wohnungsbestandes unter dem Gesichtspunkt sich immer wieder verändernder Marktbedingungen wurde auch in 2014 fortgesetzt. Der Immobilienbestand wurde im

Wesentlichen durch wertverbessernde und altersgerechte Maßnahmen bedarfsgerecht weiterentwickelt und den sich wandelnden Wohnbedürfnissen angepasst.

Daneben wurde zu Beginn des Geschäftsjahres das interkulturelle, interreligiöse und generationenübergreifende Stadtteilzentrum „Der Neue Lindenhof“, für das die Kooperationspartnerin Stadt Remscheid und die GEWAG Remscheid als Bauherrin die Sonderauszeichnung „Partizipation“ des Auszeichnungswettbewerbs „10 Jahre Stadtumbau NRW“ erhalten hat, an die Nutzer übergeben. Zu ihnen gehören in dieser sicherlich einmaligen Konstellation in Kooperation die Ev. Kirchengemeinde Remscheid und die Kath. Kirche, die Arbeiterwohlfahrt, die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), das Mehr Generationen Haus Lindenhof (Stadtteil e.V.) und der Allgemeine Sozialdienst der Stadt Remscheid.

Aufgrund der Nachfrage wurden an verschiedenen Standorten 12 Außenstellplätze errichtet.

Durch die Privatisierung von Gebäuden hat sich Zahl der Häuser in diversen Quartieren um 7 Einheiten mit insgesamt 9 Wohnungen reduziert. Eine weitere Abnahme des Wohnungsbestandes um 50 Einheiten in 13 Häusern fand ihre Ursache im Abriss von nicht mehr nachgefragtem Wohnraum im Quartier Honsberg.

Vier Einzelgewerbe wurden durch Gesamtanmietung des Objektes „Dienstleistungszentrum am Friedrich-Ebert-Platz“ durch die Stadt Remscheid mit der Hauptmieteinheit verschmolzen. Zum 31.12.2014 bewirtschaftete die Gesellschaft einen Eigenbestand von 6.342 Wohnungen, 88 gewerbliche Einheiten und 1.918 Garagen bzw. Stellplätzen mit einer Wohn- und Nutzfläche von 437.844 qm (Vorjahr: 439.155 qm). Der öffentlich geförderte und preisgebundene Wohnraum hat sich im vergangenen Jahr auf 1.496 Einheiten leicht vermindert.

Immobilienbewirtschaftung

Die Gesellschaft sieht sich seit Jahren unverändert mit einer rückläufigen Nachfrage nach Wohnraum und veränderten Wohnbedürfnissen konfrontiert. Von den quantitativen Nachfrageveränderungen sind die einzelnen Stadtteile Remscheids und somit der eigene Wohnungsbestand in unterschiedlichem Maße betroffen. Vor allem stark verdichtete und imagebelastete Quartiere sind durch Leerstand geprägt und vereinigen auf sich soziale Problemlagen, einen Rückgang an Infrastruktur und damit einen Verlust an Wohn- und Lebensqualität.

Im Bemühen um die gleichzeitige Stabilisierung und Entwicklung von Quartieren verfolgt die Gesellschaft vielfältigste Ansätze und geht dabei Kooperationen und Partnerschaften ein, die im Besonderen ihren Ursprung im Engagement der Bewohner und quartiersansässiger Institutionen haben.

Zum Beispiel haben sich für das Projekt „Inklusiver Hasenberg“ die Natur-Schule Grund, Remscheid, das Augusta-Hardt-Heim gGmbH (Ambulant Betreutes Wohnen), Remscheid und die GEWAG Remscheid zusammengetan, um mit den Bürgern des Quartiers das Wohnumfeld attraktiver zu gestalten und das Miteinander und Füreinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern.

Gutes Wohnen definiert sich nicht nur über die Merkmale der Wohnung und des Gebäudes, sondern berücksichtigt auch die Qualität des räumlichen Umfeldes, der Nachbarschaft, der Umgebungseinflüsse oder Freizeitangebote. Dabei kann die subjektive Einschätzung für dieselbe Immobilie mit ihren diversen Eigenschaften sehr unterschiedlich sein.

Aus diesem Grund ist es für die Gesellschaft wichtig, ein breitgefächertes Wohnungsangebot bereitstellen zu können, das in den wechselnden Lebensphasen den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen gerecht wird.

Das Angebot des Unternehmens hat sich in den vergangenen 10 Jahren durch Veräußerung, Abriss und Zusammenlegung von Wohnungen um nahezu 500 Einheiten auf 6.342 Wohnungen zum 31.12.2014 verringert. Umso leichter konnte der verbliebene

Gebäudebestand durch kontinuierliche Instandhaltung, umfassende Modernisierung einschließlich bedarfsgerechten Umbaus in weiten Teilen hinsichtlich der strukturellen, architektonischen und funktionalen Qualitäten den heutigen und absehbaren Anforderungen angepasst werden.

Die Zahl der mieterseitigen Kündigungen ist weiter rückläufig. Nach 647 im Jahr 2012 und 584 im Vorjahr, wurden 558 in 2014 gezählt. Rund ein Drittel der Haushalte wurden wie im Jahr 2013 wegen Tod oder zukünftiger Heimunterkunft aufgelöst bzw. mussten durch Arbeitsplatzwechsel die Region verlassen oder haben durch Kauf einer Immobilie ihre Wohnsituation verbessert. Ansonsten sind die Gründe für den Auszug aus der Wohnung sehr vielschichtig. Die angemessene Größe spielt nach wie vor eine wichtige Rolle, aber auch die Ausstattung der Immobilie gibt mehrfach Anlass zum Wohnungswechsel.

Die Fluktuationsrate sank in 2014 aufgrund einer zurückgehenden Zahl von Mietbeendigungen (590 gegenüber 632 im Vorjahr) auf 9,3 %. Im gleichen Zeitraum wurden 574 Neuverträge für Wohnungen abgeschlossen. Da der Remscheider Wohnungsmarkt seit Jahren durch einen Rückgang der Haushaltszahlen von Überhängen gekennzeichnet ist, konnte der Leerstand nicht abgebaut werden. Ohne den modernisierungs-, abbruch- und verkaufsbedingten Leerstand waren 753 Einheiten unbewohnt.

Der durchschnittliche monatliche Mietpreis (netto-kalt) stieg von 5,00 € im Vorjahr auf 5,02 € je Quadratmeter Wohnfläche und bewegt sich damit im mittleren Preissegment des lokalen Wohnungsmarktes.

Neubautätigkeit, Modernisierungen und energetische Sanierungen

Für die Erneuerung und Sanierung des Wohnungsbestandes sind differenzierte Konzepte spezifischer Maßnahmenbündel für Erneuerungsziele gefragt, um bei begrenzten Mitteln Wohnungen, Wohngebäude und Wohnanlagen bedarfsgerecht, kundenorientiert und werthaltig zukunftsfähig zu machen.

Hinzu kommt, dass klimapolitische Ziele umgesetzt werden sollen, die auf Energieeinsparung, den schonenden Umgang mit endlichen Rohstoffen und die Verringerung des Kohlendioxidausstoßes ausgerichtet sind, und wohnungspolitische Ziele Beachtung finden sollen, die zur Reduzierung von Barrieren im Bestand führen.

Der Schwerpunkt der Bauaktivitäten der Gesellschaft lag im Geschäftsjahr 2014 im Bereich der energetischen und barrierefreien Wohnraumanpassung, nachdem im Vorjahr die letzte Wohnungsneubaumaßnahme abgeschlossen war und zu Beginn des Jahres 2014 das Gemeinschaftshaus „Der Neue Lindenhof“ seiner Bestimmung übergeben werden konnte.

Die zur Durchführung gekommenen Sanierungs- und Umbauarbeiten sind Teil eines Maßnahmenpaketes für das Quartier Hasenberg in Remscheid-Lennep, das in einem Zeitraum von 10 Jahren, begonnen in 2013, annähernd 1.000 Wohnungen umfassen wird. Wo es die Grundrisse zulassen, werden außerdem Aufzüge ein- bzw. angebaut und leer stehende Wohnungen altersgerecht umgebaut.

Grundsätzlich werden die Gebäudehüllen erneuert, Kellerdecken und Dächer gedämmt, Fenster- und Türen ausgetauscht und gegebenenfalls die Treppenhäuser oder Balkone neu gestaltet. Seit 2014 setzt die Gesellschaft ausschließlich Mineralwolle als Dämmstoff ein und stößt dabei auf hohe Akzeptanz bei der Mieterschaft. Die zuvor verarbeiteten Hartschaumplatten aus Polystyrol hatten durch eine zum Teil unsachliche Berichterstattung hinsichtlich der Brandgefahren zu einer Verunsicherung in der Mieterschaft geführt, obwohl es sich bei dem Material nach Aussagen der Hersteller um keine gefährliche Substanz oder kein gefährliches Gemisch im Sinne der EG-Richtlinien handelt.

In 2014 hat die Gesellschaft mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 4,1 Mio. € 125 freifinanzierte Wohnungen aus den 1960er Jahren mit Einsatz von KfW-Mitteln saniert. Während bei den Häusern Emil-Nohl-Straße 3-7 und Artur-Sommer-Straße 1-3 ausschließlich Maßnahmen zur Minimierung des Energieverbrauches und des Abbaus der

Kohlenstoffdioxidausstoßes im Vordergrund standen, wurden bei der Häuserreihe Emil-Nohl-Straße 47-51 zusätzlich Aufzüge angebaut und eine behindertengerechte Zuwegung hergestellt.

Für das Jahr 2015 sieht die Planung die Umsetzung eines vergleichbaren Maßnahmenkataloges in 11 Häusern mit 84 Wohnungen vor, was voraussichtlich zu Ausgaben in Höhe von rund 4,7 Mio. € führen wird.

Seit dem Jahr 2005, in dem die Gebäude auf dem Grundstück Rosenhügeler Straße 63-69 abgerissen worden sind, ist die Parzelle im Stadtteil Rosenhügel ungenutzt. Ende 2014 entschloss sich die Gesellschaft dort zum Neubau einer vierzügigen Kindertagesstätte. Der Entwurf sieht ein eingeschossiges Gebäude mit einer Gesamtnutzfläche von rund 760 qm vor, in dem zum Ende des Jahres 2015 die Betreuung der Jüngsten aufgenommen werden soll. Bei dem Projekt handelt es sich um einen rund 2,4 Mio. € teuren Ersatzbau für das denkmalgeschützte Gebäude Burger Straße 101, das erhebliche und kaum zu beseitigende bauliche und sicherheitstechnische Unzulänglichkeiten im Hinblick auf die Betreuung von Unterdreijährigen aufweist. Hinzu kommt der in Kürze anstehende Wegfall von Außenspielflächen.

Da die aktuelle Kindergartenbedarfsplanung für Remscheid von einer zunehmenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Unterdreijährige ausgeht, wurde ein unbebautes Grundstück an der Paulstraße im Stadtteil Kremenholl ebenfalls als Standort für eine vierzügige Kindertageseinrichtung untersucht. Nach dem vorläufigen Planungsstand wäre eine Inbetriebnahme frühestens im Herbst 2016 wahrscheinlich.

Bestandspflege

Die Bindung der Kunden an die Gesellschaft (64 % leben länger als 5 Jahre in einer Wohnung der GEWAG) steigt mit ihrer Wohnzufriedenheit. Gleichzeitig sind diese Personen Multiplikator und somit die beste Werbung für das Unternehmen. Allgemeine Wohnzufriedenheit entsteht aus dem Zusammenwirken verschiedenster positiv empfundener Faktoren, die sich auf die Wohnung, das Haus und das Wohnumfeld gleichermaßen beziehen. Zur erfolgreichen Bestandspflege gehört daher eine Gesamtbetrachtung und der Blick auf das Quartier, das für Kinder Jugendliche, Erwachsene und Ältere in derselben Weise attraktiv sein sollte.

Durch regelmäßige Prüfung und Visualisierung baulicher Zustände sowie Bewertung der Standortfaktoren und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhält die Gesellschaft Aufschluss über Perspektiven der Immobilien mit ihren möglichen Risiken oder Chancen. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für die weitere Entwicklung des Immobilienportfolios und die jeweilige Einzelfallentscheidung: Halten, optimieren, entwickeln, verkaufen oder abreißen und gegebenenfalls neu errichten.

Die Ergebnisse, die mit diesem Steuerungsinstrument erzielt werden, bilden wiederum die Basis für das mehrjährige Instandhaltungsprogramm, das auf eine kontinuierliche Bestandsoptimierung ausgerichtet ist. Zum Leistungsspektrum des Gebäudemanagements im Geschäftsjahr 2014 gehörten neben der laufenden Instandhaltung und des Einzelmodernisierungsprogramms auch die umfassenden qualitätssichernden Maßnahmen wie die Erneuerung von Wohnungseingangstüren, der Austausch von Heizungsanlagen sowie vereinzelte Dachsanierungen.

Des Weiteren wurden zur Sicherheit der Mieterinnen und Mieter durch die Installation von PACO-Schließsystemen Zugangsberechtigungen zu Wohnungen, Gemeinschaftstüren, Tiefgaragen und Briefkastenanlagen gesteuert sowie in geeigneten Wohnanlagen das „Energiesparsystem adapterm“ der Firma Techem GmbH, Eschborn eingesetzt. Das Energie-Management reguliert in der Erstanlage seit zwei Heizperioden die Wärmeerzeugung und reduziert den Energieverbrauch spürbar um mindestens 6 %.

Aufgrund der Altersstruktur des Immobilienbestandes und der veränderten Wohnwünsche flossen im Geschäftsjahr 2014 für die Bestandserhaltung und Verbesserung der Objekte zuzüglich verrechneter Personal- und Sachaufwendungen und abzüglich Versicherungs- und Mietererstattungen insgesamt 7.924 T€ bzw. 18,10 € je qm Wohn- und Nutzfläche ab (Vorjahr: 18,43 €).

Seit über einem Jahrzehnt ist die Modernisierung bei Mieterwechsel ein wichtiger Baustein zur Bestandsoptimierung und Schaffung zukunftsfähigen Wohnraums. Im Jahr 2014 wurden mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 2.994 T€ 182 Wohnungen durch die Sanierung von Bädern, Wasser- und Elektroanschlüssen sowie die Erneuerung der Fußböden und Türen attraktiver und wettbewerbsfähig gemacht, sodass mittlerweile 2.085 Einheiten eine qualitative Aufwertung durch Einzelmodernisierung erfahren haben.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2014 für die Stadt Remscheid 119 Wohnungen, 13 Gewerbeeinheiten und 8 Garagen. Für 5 Eigentümer umfasste der Betreuungsbestand 102 Wohnungen, 2 Gewerbeeinheiten und 24 Garagen. Außerdem wurden 5 Eigentümergemeinschaften mit 215 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 31 Sammelgaragenplätze verwaltungsmäßig betreut.

Verkaufsmaßnahmen

Im Frühjahr 2014 fand in Remscheid eine Immobilienmesse statt, auf der die Gesellschaft mit einem Angebot über unbebaute Grundstücke in der Ortslage Remscheid-Struck vertreten war. Auf einer Fläche von rd. 9.500 Quadratmetern können bis zu 32 zweigeschossige Häuser in südwestlicher Richtung erstellt werden. Mit der Durchführung des Hochbaus auf den rd. 230 bis 475 Quadratmeter großen Parzellen wird frühestens nach Teilfertigstellung der Erschließung im Sommer 2015 zurechnen sein. Zum Jahresende waren 4 Grundstücke an Privatpersonen veräußert.

Eine andere Form der Eigentumsbildung ist die Mieterprivatisierung, die für viele Menschen oftmals die einzig akzeptable und bezahlbare Gelegenheit ist, überhaupt zu Wohneigentum zu kommen. Seit nunmehr über einem Jahrzehnt nutzen ehemalige Mieter der GEWAG Remscheid die Möglichkeit, zu einem angemessenen Preis und langfristig tragbaren finanziellen Belastungen ihr Lebens- und Vorsorgekonzept in die Tat umzusetzen.

Zuvor analysiert die Gesellschaft nach betriebswirtschaftlichen Kriterien die infrage kommenden ausschließlich als Ein- oder Zweifamilienhaus nutzbaren Objekte, beurteilt deren Lage und Zustand und taxiert sie nach den marktgängigen Bewertungsmaßstäben. Es findet eine sozial verantwortliche Privatisierung statt, bei der der Mieter entscheidet, ob er Eigentümer wird oder sein dauerhaftes Nutzungsrecht behält. Die Häuser werden erst dann weiteren Interessenten zum Kauf angeboten, wenn diese unvermietet sind.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2014 sieben Immobilien in verschiedenen Stadtteilen Remscheids aus zum Teil mehrjährig laufenden Privatisierungsmaßnahmen veräußert.

Im Einzelnen waren dies in Remscheid-Lennep die Häuser Schillerstraße 30 und Röntgenstraße 4. Im Stadtteil Kremenholl ging das Haus Walterstraße 21 und Vieringhausen die Hoffmeisterstraße 18 in neuen Besitz über, während im Stadtteil Hohenhagen die Veräußerung des Hauses Birkenstraße 38 erfolgte. Besonders schwierig zeigte sich die Vermarktung der Häuser Im Haddenbruch 10 und 16. Obwohl die Kaufpreise angemessen niedrig waren, bedurfte es außerdem der großen Bereitschaft zu handwerklichen Aktivitäten der Erwerber.

Personalentwicklung

Kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die Grundlage für ein erfolgreich tätiges Unternehmen. Es gilt dabei, nicht nur Leistungsträger im Unternehmen zu

identifizieren und zu fördern, sondern ebenso die vielseitigen Kompetenzen und das kreative Potenzial des gesamten Personals durch Schulungen und Seminare zu heben. Das Unternehmen leistet auch finanzielle Hilfe beim Besuch berufs begleitender Studiengänge und persönlicher Qualifizierungsmaßnahmen.

Erfolgreiche Abschlüsse zeigen, dass die Gesellschaft sich als verantwortlich handelnder Betrieb den Aufgaben heute und in der Zukunft stellt, auch wenn nicht die Möglichkeit besteht, langfristig allen Absolventen eine adäquate berufliche Entwicklungsmöglichkeit bieten zu können. Besonders liegt ihr die Ausbildung im Beruf Immobilienkaufmann/-frau am Herzen, in der sie sich in 2014 über eine Jahrgangsbeste freuen durfte.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglich zu unterstützen, bietet das Unternehmen das flexible Arbeitszeitmodell, mit dem durch eine persönliche, individuelle Arbeitszeitgestaltung Belastungssituationen im privaten sowie im beruflichen Umfeld minimiert werden können.

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgte mit Ausnahme der leitenden Angestellten nach dem Tarif für die Wohnungswirtschaft. Daneben hilft die Gesellschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung durch Mitgliedschaft bei der Rheinische Versorgungskassen.

Aufsichtsrat und Vorstand danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement entscheidend dazu beitragen, dass die Ziele und Strategien erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Dank gilt auch den Mitgliedern des Betriebsrates für die stets offene und aktive Zusammenarbeit in einer vertrauensvollen Atmosphäre.

1.3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		<u>2014</u>	<u>2013</u>
Eigenkapitalquote	%	20,5	20,1
Eigenkapitalrentabilität	%	2,8	1,6
Cashflow	T€	6.804	6.416
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	5,02	5,00
Instandhaltungskosten	€/qm	18,10	18,43
Fluktuationsquote	%	9,3	9,9
Leerstandsquote	%	14,7	15,3
davon maßnahmenbedingt	%	3,0	3,3

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€ 554 gestiegener Jahresüberschuss von T€ 1.159 erwirtschaftet, der sich aus dem positiven Betriebsergebnis von T€ 1.266, aus dem Finanzergebnis von T€ -121 und dem neutralen Ergebnis von T€ 95 abzüglich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von T€ 81 ergibt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung an Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 1.013 erzielt. Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr um T€ 557 resultiert im Wesentlichen aus um T€ 56 im Saldo gestiegene Sollmieten sowie um T€ 237 gesunkene Erlösschmälerungen, um T€ 208 niedrigere Aufwendungen für Fremdzinsen und um T€ 170 gesunkene Aufwendungen für die Instandhaltung, denen hauptsächlich um T€ 192 höhere Verwaltungskosten gegenüberstehen.

Der mit - T€ 9 nahezu ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung sowie Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Im Bereich der Bautätigkeit im Umlaufvermögen sind im Gegensatz zum Vorjahr keine Erträge und Aufwendungen angefallen.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich im Saldo aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt und der erforderlichen Aufzinsung von Pensionsrückstellungen sowie der leicht gestiegenen Nebenkosten der Geldbeschaffungskosten um T€ -14 auf T€ -121.

Die Ergebnisverbesserung um T€ 326 der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle auf T€ 262 resultierte im Wesentlichen aus um T€ 362 höheren Erträge aus Teilschulderlassen, denen um T€ 58 gestiegene Gutachter- und Consultinghonorare gegenüberstehen.

Das neutrale Ergebnis sank gegenüber dem Vorjahr um T€ 375 auf T€ 95. Erträgen von insgesamt T€ 870 aus im Wesentlichen Anlageverkäufen von T€ 524, Schadensersatzleistungen von T€ 165 und Zuschüssen für Rückbaumaßnahmen von T€ 115 sowie Erträgen aus früheren Jahren von T€ 63 stehen Aufwendungen von T€ 775 für hauptsächlich Kosten für Abbrucharbeiten von T€ 416, außerplanmäßige Abschreibungen auf Wohngebäude und Bauvorbereitungskosten von T€ 202 und für Ausgaben im Zusammenhang mit Objektverkäufen von T€ 95 gegenüber.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag war zum Vorjahr mit T€ 81 unverändert.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2014 um T€ 90 auf T€ 218.620 erhöht. Im Saldo sank das langfristige Anlagevermögen auf T€ 203.141. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Sachanlagen von T€ 7.035 ein Abschreibungsaufwand von T€ 5.761, Abgänge durch Baukostenzuschüsse von T€ 3.587 und Verkauf von T€ 295 gegenüber. Die langfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich um T€ 28 auf T€ 48. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 92,9 %.

Das Umlaufvermögen ist im mittelfristigen Bereich mit T€ 2 unverändert. Dagegen erhöhte sich die kurzfristige Aktiva im Saldo um T€ 2.741 auf T€ 15.429. Dieser setzt sich aus dem Anstieg liquider Mittel und Bausparguthaben um T€ 3.914 sowie aus der Verringerung unfertiger Leistungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten und der übrigen Aktiva um T€ 1.173 zusammen.

Das langfristige Eigenkapital hat sich um T€ 980 auf T€ 44.950 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,5 % (Vorjahr 20,1 %).

Mit T€ 159.486 wird das langfristige Fremdkapital, das sich aus Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 1.974 und Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern von T€ 157.512 zusammensetzt, um T€ 1.366 niedriger gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 73,0 % (Vorjahr 73,6 %). Den Zuflüssen bei den langfristigen Verbindlichkeiten aus der Valutierung von Darlehen von T€ 3.416 standen planmäßige Tilgungen von T€ 3.883, vorzeitige Rückzahlungen von T€ 733 sowie Gutschriften von Tilgungszuschüssen bei valutierten KfW-Darlehen von T€ 386 gegenüber.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 476 auf T€ 14.005 erhöht und beträgt 6,4 % (Vorjahr 6,2 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte von T€ 203.189 durch Eigenmittel und langfristige

Verbindlichkeiten von T€ 204.436 finanziert sind und dies zu einer Überdeckung in Höhe von T€ 1.247 führt, die zur Finanzierung einer Kostenvorlage von T€ 2 im mittelfristigen Bereich herangezogen worden ist.

Die verbleibende Stichtagsliquidität von T€ 1.245 setzt sich aus dem Finanzmittelbestand und kurzfristig realisierbaren Vermögenswerten von T€ 15.429 vermindert um die kurzfristigen Verpflichtungen von T€ 14.184 zusammen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€ 6.804 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2015 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2014 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1. KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2. Risiken der künftigen Entwicklung

Wesentliche Risiken sind für die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Unternehmens nicht zu erkennen.

Im Kerngeschäft Hausbewirtschaftung werden der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeitsplätze auch in den nächsten Jahren zu einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen führen. Die andauernde Entspannung am Wohnungsmarkt wird sich trotz wohnraumreduzierender Maßnahmen der Gesellschaft fortsetzen. Mit einem Anstieg der Leerstandszahlen muss in den Quartieren gerechnet werden, in denen aus Gründen der nicht erwarteten Nachhaltigkeit auf Maßnahmen wie die Durchführung eines umfangreichen energetischen Sanierungsprogramms, umfassender Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sowie Einzelmodernisierungen bei Mieterwechsel bewusst verzichtet wird. In imagebelasteten Quartieren wirkt sich der Prozess des Bevölkerungswegzuges besonders drastisch aus.

Bei der gegebenen Markt- und Liquiditätslage sowie dem grundsätzlich langfristigen Charakter der Fremdfinanzierungsmittel für das Anlagevermögen ist das Zinsänderungsrisiko insgesamt derzeit begrenzt. Die nachhaltig gestiegenen Besicherungserfordernisse für Fremdfinanzierungsmittel führen dazu, dass insbesondere für die Finanzierung von energetischen Maßnahmen und barrierefreie Umbauten zusätzliche Sicherheiten durch nicht zur Einheit gehörende Grundstücke bereitgestellt werden müssen.

Das Bauträgergeschäft ist häufig mit wirtschaftlichen Risiken behaftet. Bei jeder geplanten Maßnahme wird deren Marktfähigkeit individuell geprüft und bei Fortschritt des Projektes gegebenenfalls den veränderten Bedingungen angepasst.

Die offenbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert.

4.3. Chancen der künftigen Entwicklung

Die sichere wirtschaftliche Ausgangslage der Gesellschaft lässt einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft zu.

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt auch zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend schwierigen Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die Gesellschaft dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren beibehalten und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen. Für ältere und behinderte Menschen bietet sie speziell auf deren Lebenssituation zugeschnittene Wohnraumlösungen und Serviceleistungen in Kooperation mit regional ansässigen Sozialpartnern an.

Die Gesellschaft beabsichtigt, das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.4. Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Zur langfristigen Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen wurden im Bereich der Dauerfinanzierungsmittel Darlehen mit Laufzeiten von bis zu 10 Jahren abgeschlossen bzw. prolongiert.

Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Aktivitäten der Gesellschaft werden auch zukünftig stark vom Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung geprägt, bei der die Betreuung der Kunden und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte bilden.

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen weiterhin einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie zur Bildung von Wohneigentum. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, 31. März 2015

GEWAG

Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

gez. Vorstand

3.3 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung: ab dem 31.12.2011 Liquidator

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende
Susanne Hofmann		Stellv. Vorsitzende
Thomas Kase	Ratsmitglied	
Franz Meiers		
Andreas Röhrig		
Rosemarie Stippe Kohl	Ratsmitglied	
Hartmut Biermann		
Klaus Mandt	Ratsmitglied	
Philipp Wallutat	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr StVD Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen mit der Maßgabe, dass die Nachschüsse von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu zahlen sind.

Die Nachschusspflicht ist insgesamt (also für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages) auf € 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) beschränkt.

Es wurde im Rahmen der Gründung eine Patronatserklärung gegenüber der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 € ausgesprochen.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Kapitalerhöhung	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Außer dem Geschäftsführer wurden keine weiteren Mitarbeiter-/innen beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

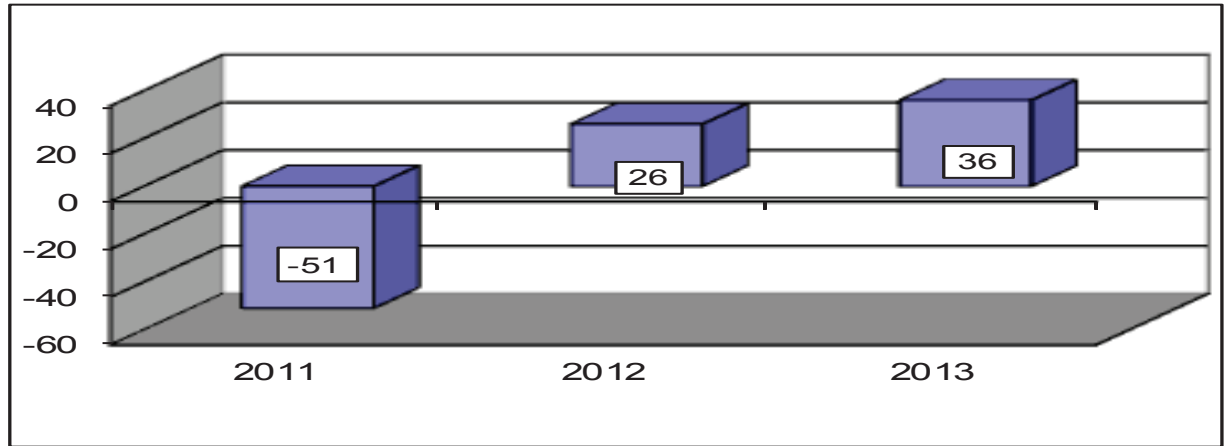
Jahr	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	813	87,70	821	94,82	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	0,11	1	0,13	0	0,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	71	7,66	28	3,18	879	100,00
Umlaufvermögen	885	95,47	850	98,13	879	100,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	42	4,53	16	1,87	0	0,00
Aktiva	927	100,00	866	100,00	879	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	10,79	100	11,55	100	11,38
Kapitalrücklage	500	53,94	500	57,76	500	56,90
Neubewertungs-/Gewinnrücklage BilMoG	37	3,99	36	4,16	36	4,10
Verlustvortrag	-628	-67,75	-678	-78,38	-652	-74,20
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	26	3,04	36	4,09
Jahresfehlbetrag(-)	-51	-5,50	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	42	4,53	16	1,85	0	0,00
Eigenkapital	0	0,00	0	-0,02	20	2,26
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	370	39,91	300	34,66	384	43,68
Verbindlichkeiten	557	60,09	566	65,36	475	54,06
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	927	100,00	866	100,00	879	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse aus Verkauf von Grundstücken	0	0	984
Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	-12	8	-821
Aktiviert. Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	27	45	261
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Erträge	15	53	423
Aufwendung für bezogene Leistungen	4	12	3
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19	15	375
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43	0	9
Aufwendungen	66	27	387
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-51	26	36
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	26	36
Jahresfehlbetrag (-)	-51	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

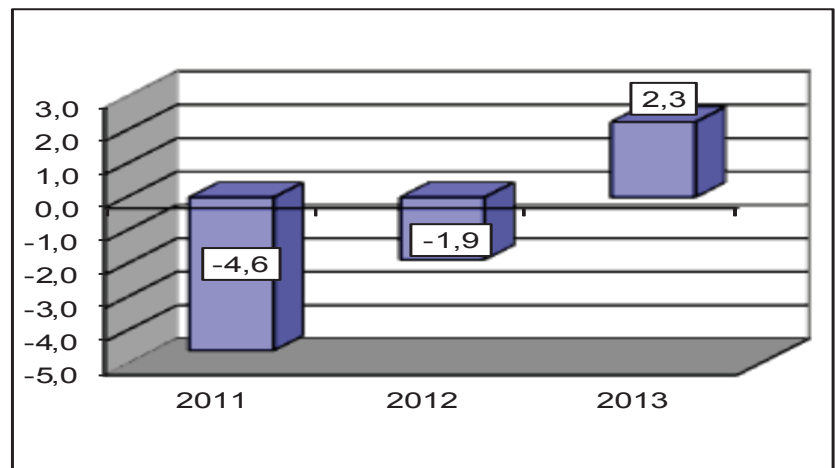
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-51	26	36



Kennzahlen

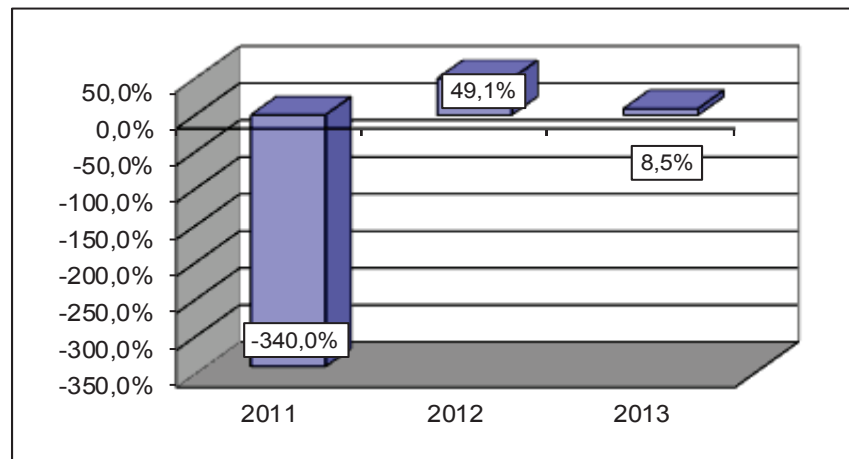
Eigenkapital-Quote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	-42	-16	20
Bilanzsumme	927	866	879
% EK	-4,6	-1,9	2,3



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-51	26	36
Abschreibungen	0	0	0
	-51	26	36
Gesamterträge	15	53	423
Cash-Flow	-340,0%	49,1%	8,5%



Lagebericht PHR für das Geschäftsjahr 2013

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17. Dezember 2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standortes Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH, eine 100% Tochter der LEG NRW GmbH, Düsseldorf). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen, der Marktlage sowie der Volatilität der Sparte fiel Anfang 2009 auf Seiten der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH die Entscheidung, den Bereich Development nicht mehr weiterzuführen. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2013 war u.a. der weitere Abbau der Sparte Development. Die laufenden Projekte wurden und werden beendet bzw. veräußert. Auch Projektgesellschaften werden zwecks Weiterentwicklung an Investoren bzw. Projektentwickler veräußert. Neue Entwicklungen werden nicht mehr begonnen.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder bei der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung der Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen und

der abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung der Flächen, die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Die Stadt Remscheid verantwortet den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen einschließlich der weitergehenden Planungen.

Die Maßnahme wird größtenteils aus StBauF-Mitteln des Landes im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden kommunalen Eigenanteil an die PHR weiter.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplans hat die Stadt Remscheid die Erschließung des Geländes realisiert. Die PHR hat in 2013 die letzten Grundstücke veräußert.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftsstruktur in Remscheid, der kleinsten der drei bergischen Großstädte, ist durch kleinere und mittlere Unternehmen mit überdurchschnittlichen Exportanteil, breiten Kompetenzen im Bereich der Werkzeugindustrie und zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gekennzeichnet.

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage betrifft vollumfänglich auch die Stadt Remscheid. Auswirkungen auf die Gesellschaft bestehen nach Abschluss der Grundstücksvermarktungen in 2013 nicht mehr.

1.3 Liquidation der Gesellschaft

Die Gesellschafter Stadt Remscheid und LEG S Köln GmbH haben mit Umlaufbeschluss vom 16./22. Dezember 2011 die Auflösung der Ende 2001 zunächst auf eine Dauer von 10 Jahren vereinbarten Gesellschaft mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 beschlossen.

Die Liquidation ist im elektronischen Bundesanzeiger am 28. Februar 2012 veröffentlicht worden. Auf Grundlage eines mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Maßnahmenplans soll die Liquidation möglichst zügig durchgeführt werden.

2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2013

Das Projekt wurde in 2013 abgeschlossen. Der Wert des Grundstücksbestandes hat sich auf T€ 0 reduziert.

2.1 Vermögenslage

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite durch das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€ 29 auf rund T€ 879 erhöht. Die Veränderung betrifft insbesondere die zum Verkauf bestimmten Grundstücke (-T€ 821) und das Guthaben (+ T€ 851) bei Kreditinstituten.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€ 91 auf rund T€ 475 vermindert.

Die Veräußerung des letzten Grundstücks an den Mit-Gesellschafter Stadt Remscheid erfolgte gemäß § 4 Nr. 9a UStG umsatzsteuerfrei. Daher musste die im Rahmen des Gesamtprojektes abziehbare bzw. nicht abziehbare Vorsteuer neu ermittelt werden. Nach den Berechnungen der Steuerabteilung des Geschäftsbesorgers ergibt sich zum Projektabschluss eine Vorsteuernachzahlung in Höhe von T€ 357, die im Geschäftsjahr 2013 den sonstigen Rückstellungen zugeführt wurde.

2.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von etwa T€ 36 ab.

Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen durch Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken.

Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages in Höhe von T€ 652 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€ 616.

2.3 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der PHR (laufende Aufwendungen: Projektmanagement und Vermarktung) war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€ 500 für die Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein Gesellschafterdarlehn in Höhe von T€ 500, nach Darlehensverzicht (T€ 45) von T€ 455, zur Verfügung gestellt (befristet bis zum 31.03.2014). Der Gesellschafter LEG S Köln GmbH hat im Juni 2011 eine Rangrücktrittsvereinbarung zum vorgenannten Darlehen mit der Gesellschaft abgeschlossen.

Zusätzlich ist der Gesellschaft im Juni 2011 durch die LEG S Köln GmbH ein weiteres Gesellschafterdarlehen über T€ 400, befristet bis zum 31.03.2014, zur Verfügung gestellt worden. Im Berichtsjahr musste die Gesellschaft das Darlehen nicht in Anspruch nehmen. Die Gesellschaft ist damit in die Lage versetzt worden, ihren finanziellen Verpflichtungen während der Liquidationsphase nachzukommen.

3. Nachtragsbericht

Im Dezember 2013 hat die Gesellschafterversammlung den ersten Entwurf der Schlussrechnung der Gesellschaft bestätigt. Die abschließende Abstimmung der Schlussrechnung zwischen den Gesellschaftern läuft zur Zeit und soll im 1. Quartal 2014 abgeschlossen werden. Dem Rat der Stadt wird im 1. Quartal 2014 die Beschlussvorlage zur Aufhebung der Entwicklungssatzung vorgelegt.

4. Risikobericht

Die in Liquidation befindliche PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert.

Die LEG Unternehmensgruppe verfügt über ein zentrales Risikomanagementsystem, in das die Gesellschaft integriert ist. Dieses System wird seit Herbst 2010 durch das IT-Tool „R2C_Risk to chance“ unterstützt und ermöglicht ein einheitliches, nachvollziehbares, systematisches und permanentes Vorgehen. Damit sind die Voraussetzungen zur Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation, Kommunikation und Historisierung von Risiken geschaffen. Dieses System erfüllt die rechtlichen Rahmenbedingungen und stellt Prüfungssicherheit her. Der gesamte Risikomanagementprozess wird durch einen zentralen Risikomanager koordiniert und überwacht.

5. Prognose

Die Abwicklung der Sparte Development wird unverändert konsequent betrieben. Mit Veräußerung des letzten Teilgrundstücks an die Stadt Remscheid wurde das Projekt Hauptbahnhof in 2013 planmäßig abgeschlossen.

Die Liquidation der Gesellschaft ist für 2014 vorgesehen.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Alle Grundstücke wurden veräußert.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Alle Grundstücke wurden veräußert.

Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind in Höhe von ca. 4,6 Mio. EUR vereinnahmt worden. Das von der PHR betreute Projekt finanziert sich wesentlich durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Auf Grundlage der vorliegenden 12 Bewilligungsbescheide hat die PHR Mittel von rund 5,7 Mio. EUR durch die Stadt ausgezahlt bekommen.

Risiken aus Umsatzsteuerschäden, die durch die Übernahme von Grundstücken durch die Stadt Remscheid entstanden sind, können nur soweit durch Fördermittel kompensiert werden, als dadurch die vom Land vorgegebene Obergrenze nicht überschritten wird.

Die Gesellschafter stimmen im 1. Quartal 2014 dem durch die Gesellschaft vorgelegten Entwurf der Schlussrechnung ab. Die Gesellschaftsangelegenheiten sollen zügig beendet werden, damit die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister beantragt werden kann.

Remscheid, 10. Februar 2014

gez.
Werner Wirtz
Liquidator

3.4 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/280184

Gründungsjahr: 1995

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	12.766,00	49,10
Beteiligungsgesellschaft Stadt Solingen mbH	12.766,00	49,10
Stiftung Bergische Symphoniker	468,00	1,80
<u>Gesamt</u>	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Aufsichtsrat:

Beate Wilding, Vorsitzende (bis 01.07.2014)	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Burkhard Mast-Weisz (ab 01.07.2014)	Oberbürgermeister	Stadt Remscheid
Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Reiner Daams		Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Sebastian Haug	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Monika Hein	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Thomas Kase	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Elfriede Korff		Stadt Remscheid
Harald Lux		Stiftung
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Rainer Villwock	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Dr. Kay Zerlin	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Reinhard Zerlin		Stadt Solingen

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding sowie Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages stellen die Beteiligungsgesellschaft Stadt Solingen mbH und die Stadt Remscheid in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter der Gesellschaft unabhängig von der Höhe ihrer jeweiligen Beteiligung an der Gesellschaft für jedes Wirtschaftsjahr rechtzeitig finanzielle Mittel in Höhe von jeweils € 1.650.000,00, insgesamt somit € 3.300.000,00 zur Verfügung.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.732.933,35	1.919.565,61	1.650.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsjahr	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Angestellte insgesamt	82	81	74

Wirtschaftliche Unternehmensdaten ***Leistungsdaten des Unternehmens**

Konzertart	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Hauptkonzerte	20	20	20
davon in Remscheid	10	10	10
davon in Solingen	10	10	10
Sonderkonzerte	36	37	51
davon in Remscheid	21	23	29
davon in Solingen	15	14	22
Musiktheater	21	22	20
davon in Remscheid	10	9	8
davon in Solingen	11	13	12
Schulkonzerte	24	23	21
davon in Remscheid	11	12	10
davon in Solingen	13	11	11
Vermietungen	43	47	50
Gesamt	144	149	162
davon in Remscheid	52	54	57
davon in Solingen	49	48	55
davon bei Dritten	43	47	50

Schulmusiken (Dienste)	276	291	240
davon in Remscheid	127	131	112
davon in Solingen	149	160	128

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

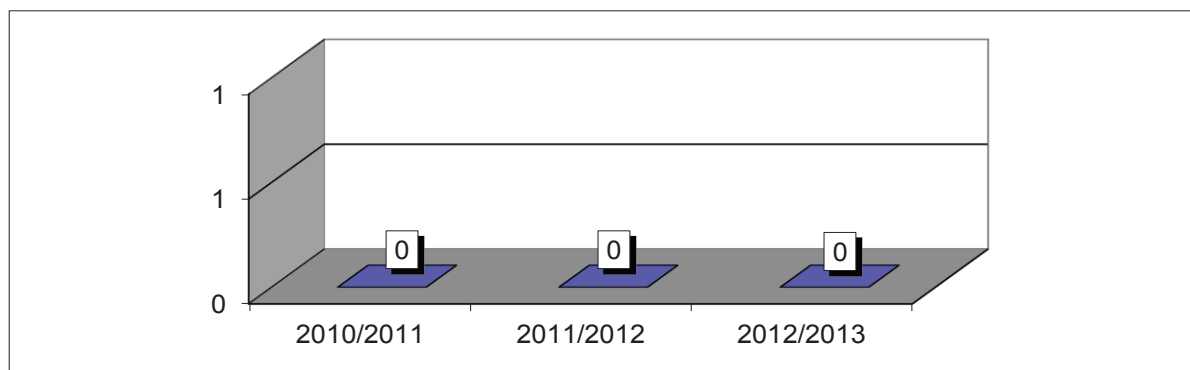
Jahr	2010/2011		2011/2012		2012/2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,22	1	0,21	0	0,00
Sachanlagen	92	20,44	87	18,24	84	10,53
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	93	20,67	88	18,45	84	10,53
Vorräte	1	0,22	2	0,42	1	0,13
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	323	71,78	354	74,21	678	84,96
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	9	2,00	1	0,21	5	0,63
Umlaufvermögen	333	74,00	357	74,84	684	85,71
Rechnungsabgrenzungsposten	24	5,33	32	6,71	30	3,76
Aktiva	450	100,00	477	100,00	798	100,00
Gezeichnetes Kapital	26	5,78	26	5,45	26	3,26
Kapitalrücklage	30	6,67	30	6,29	30	3,76
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	56	12,44	56	11,74	56	7,02
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	230	51,11	278	58,28	479	60,03
Verbindlichkeiten	159	35,33	124	26,00	258	32,33
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1,11	19	3,98	5	0,63
Passiva	450	100,00	477	100,00	798	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

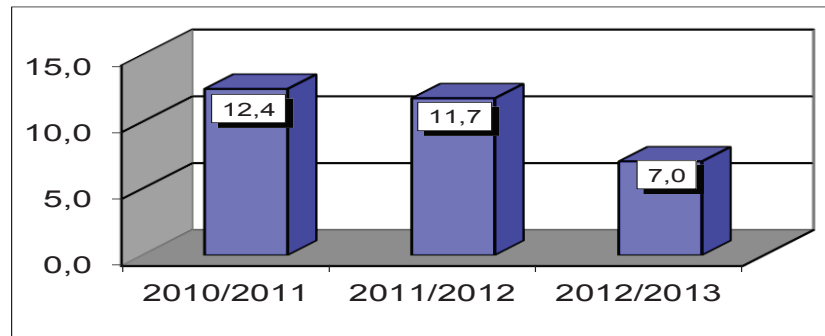
Jahr GuV-Position	2010/2011	2011/2012	2012/2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	964	944	960
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	519	666	833
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	1	0
Erträge	1.484	1.611	1.793
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	361	345	371
Personalaufwand	4.483	4.465	4.521
Abschreibungen	21	24	24
Sonstige betriebliche Aufwendungen	315	323	353
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	5.180	5.157	5.269
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.696	-3.546	-3.476
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	1	5
Betriebskostenzuschuss	3.696	3.545	3.471
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0

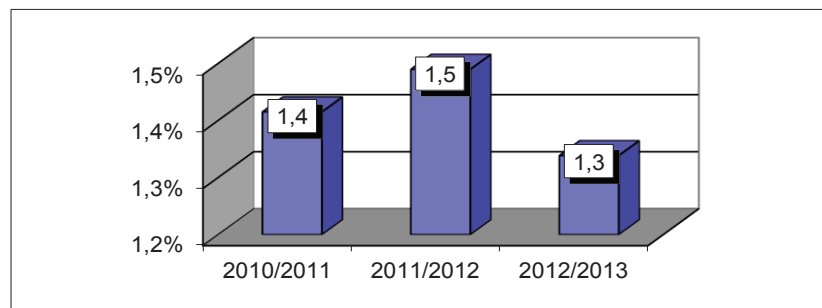
**Kennzahlen****Eigenkapital-Quote**

Jahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	56	56	56
Bilanzsumme	450	477	798
% EK	12,4	11,7	7,0



Cash-Flow

Jahr	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	21	26	24
	21	24	24
Gesamterträge	1.484	1.611	1.793
Cash-Flow	1,4%	1,5%	1,3%



*) Bis zur Drucklegung des Beteiligungsberichtes lag der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013/2014 noch nicht vor, daher basieren die wirtschaftlichen Unternehmensdaten –mit Ausnahme der Leistungsdaten– auf den Angaben im Jahresabschluss 2012/2013.

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Herr Burkhard Mast-Weisz und Herr Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€		
Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00
Rangrücktrittserklärung	75.000,00	*75.000,00	*75.000,00

*aus 2012 besteht weiterhin

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
	VzÄ	VzÄ	VzÄ
eigene Beschäftigte	43,6	45	47,7
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	60,1	59	keine Angabe im Prüfbericht
gesamt	103,7	104	keine Angabe im Prüfbericht

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2012	2013	2014
Pflegeplätze	215	204	204
Auslastungsgrad in %	92,1	95,9	96,3

Bilanzstruktur

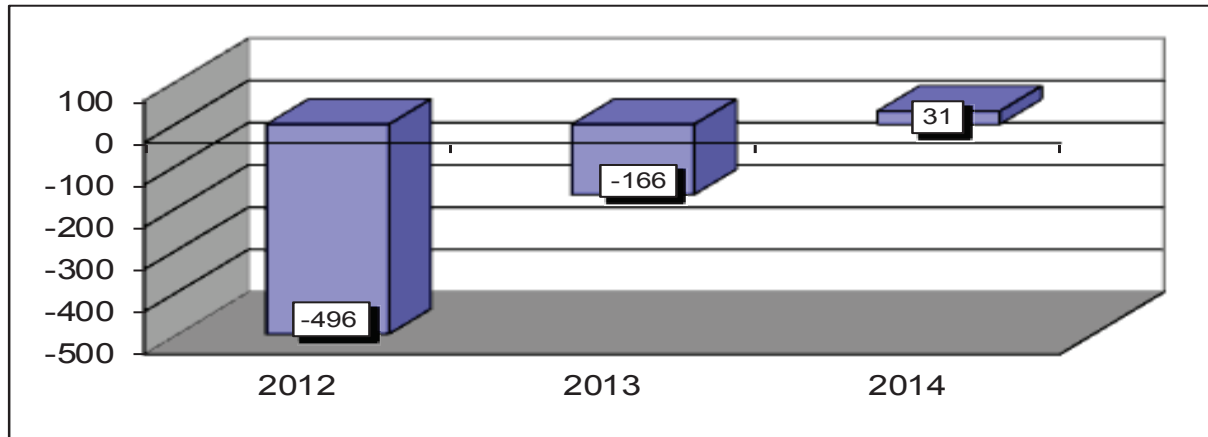
Jahr Bilanz-Position	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	86	10,71	69	9,73	61	7,13
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	86	10,71	69	9,73	61	7,13
Vorräte	3	0,31	3	0,35	3	0,29
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	431	53,37	181	25,51	135	15,78
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	287	35,61	455	64,27	655	76,56
Umlaufvermögen	720	89,29	638	90,14	793	92,64
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	1	0,14	2	0,23
Aktiva	807	100,00	708	100,00	856	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	3,10	25	3,53	25	2,92
Kapitalrücklage	70	8,68	70	9,89	70	8,18
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	57	7,02	-440	-62,08	-606	-70,84
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-496	-61,50	-166	-23,45	31	3,62
Eigenkapital	-345	-42,71	-511	-72,11	-479	-55,99
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6	0,72	4	0,62	4	0,51
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	146	18,12	251	35,47	371	43,37
Verbindlichkeiten	806	99,85	732	103,38	723	84,51
Rechnungsabgrenzungsposten	194	24,05	231	32,65	237	27,70
Passiva	807	100,00	708	100,00	856	100,10

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr GuV-Position	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.120	8.172	8.187
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1	1	1
Sonstige betriebliche Erträge	187	211	381
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	1	1
Erträge	8.310	8.386	8.570
Materialaufwand	4.684	4.239	3.990
Personalaufwand	1.914	2.024	2.282
Abschreibungen	21	19	22
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.186	2.268	2.244
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	1	1
Aufwendungen	8.806	8.552	8.539
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-496	-166	31
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-496	-166	31

Entwicklung der Jahresergebnisse

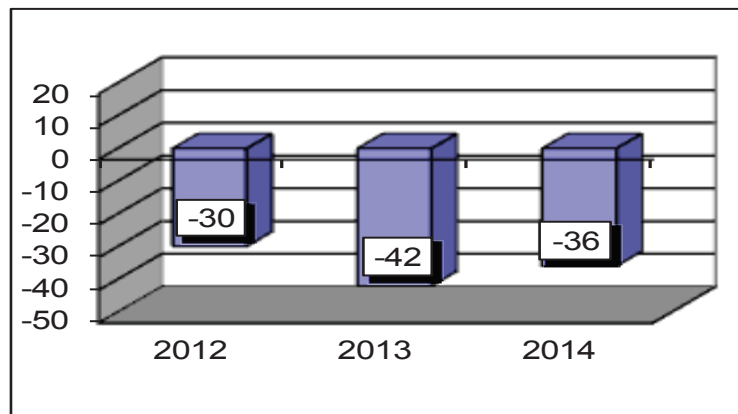
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-496	-166	31



Kennzahlen

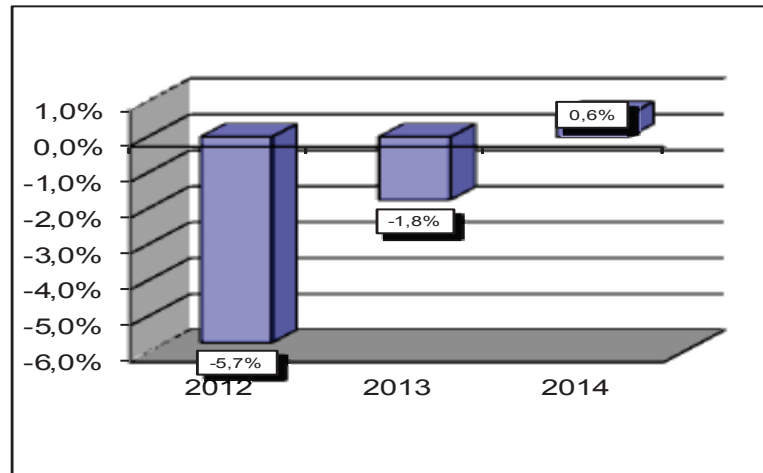
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	-344	-511	-479
Bilanzsumme	1.152	1.219	1.335
% EK	-30	-42	-36



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-496	-166	31
Abschreibungen	21	19	22
	-475	-147	53
Gesamterträge	8.310	8.386	8.570
Cash-Flow	-5,7%	-1,8%	0,6%



Lagebericht 2014

Da die Stadt Remscheid der Feststellung des Jahresabschlusses inkl. Lagebericht zum 31.12.2014 nicht zugestimmt hat, wird auf eine Veröffentlichung des Lageberichts verzichtet.

3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

<u>Gesamt</u>	<u>153.100,00</u>	<u>100,00</u>
---------------	-------------------	---------------

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Ralf Barsties

Beirat

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Oberbürgermeister
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Michael Kleinbongartz	Ratsmitglied
David Schichel	Ratsmitglied
Thomas Brützel	Sachkundiger Bürger
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Armin Hoppmann	
Christian Klauer	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz und Herr Städt. Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Arbeitnehmer/-innen	28	27	28
im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahm.			7
im Rahmen von Projekt Bürgerarbeit	11	14	12
Auszubildende	21	19	13
gesamt	60	60	60

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

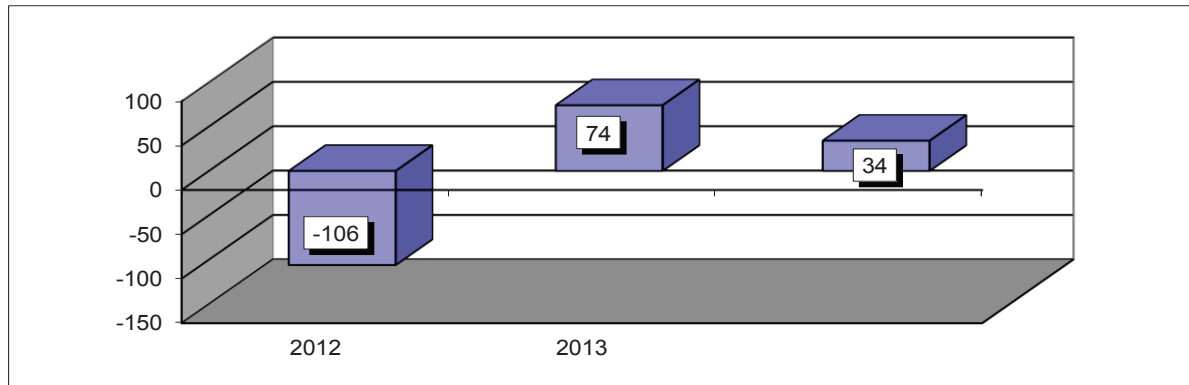
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	101	13,15	100	10,94	106	11,01
Anlagevermögen	101	13,15	100	10,94	106	11,01
Vorräte	2	0,26	1	0,11	4	0,42
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	235	30,60	178	19,47	245	25,44
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	424	55,21	626	68,49	600	62,31
Umlaufvermögen	661	86,07	805	88,07	849	88,16
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,78	9	0,98	8	0,83
Aktiva	768	100,00	914	100,00	963	100,00
Gezeichnetes Kapital	153	19,92	153	16,74	153	15,89
Ausstehende Einlagen	-77	-10,03	-77	-8,42	-77	-8,00
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	644	83,85	538	58,86	612	63,55
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	74	8,10	34	3,53
Jahresfehlbetrag(-)	-106	-13,80	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	614	79,95	688	75,27	722	74,97
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3	0,39	1	0,11	0	0,00
Rückstellungen	60	7,81	83	9,08	72	7,48
Verbindlichkeiten	74	9,64	119	13,02	122	12,67
Rechnungsabgrenzungsposten	17	2,21	23	2,52	47	4,88
Passiva	768	100,00	914	100,00	963	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	668	606	636
Sonstige betriebliche Erträge	1.128	1.577	1.842
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	2
Erträge	1.798	2.183	2.480
Materialaufwand	21	44	40
Personalaufwand	1.339	1.519	1.810
Abschreibungen	47	37	49
Sonstige betriebliche Aufwendungen	495	507	545
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.902	2.107	2.444
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-104	76	36
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-2	-2	-2
Jahresüberschuss (+)	0	74	34
Jahresfehlbetrag (-)	-106	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

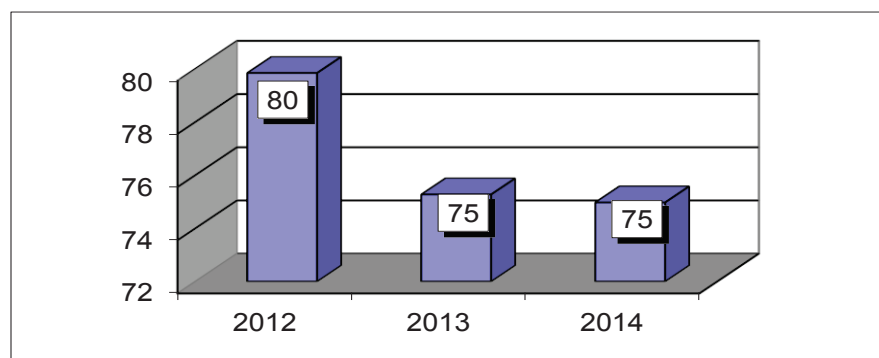
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-106	74	34



Kennzahlen

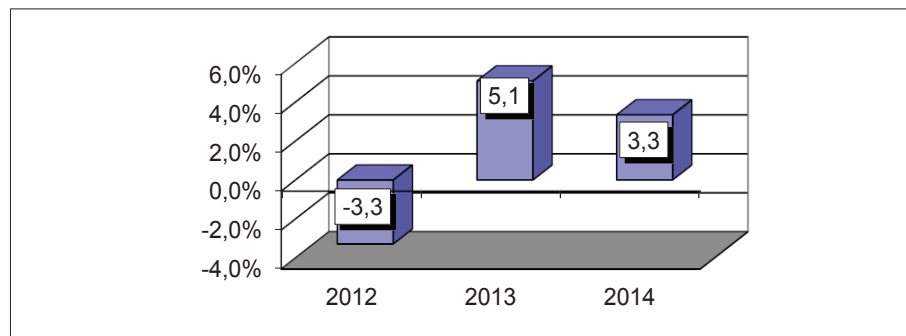
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	614	688	722
Bilanzsumme	769	914	963
% EK	80	75	75



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-106	74	34
Abschreibungen	47	37	49
	-59	111	83
Gesamterträge	1.798	2.183	2.480
Cash-Flow	-3,3%	5,1%	3,3%



Lagebericht 2014

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Die Entwicklung der Gesellschaft verlief im Geschäftsjahr wirtschaftlich weiterhin stabil. Hier beweist sich die Nachhaltigkeit der seit 2012 eingeleiteten Maßnahmen. Ein kontinuierlich verbessertes Finanzcontrolling ermöglichte es darüber hinaus nicht unerhebliche Investitionen im Bereich von EDV und Raumausstattung. Im Blick auf die Entwicklung der Marktpositionierung kann sich Arbeit Remscheid trotz weiterhin rückläufiger Nachfrage nach Arbeitsmarktmaßnahmen und dem draus resultierenden Preis- und Konkurrenzdruck am regionalen Markt behaupten. Die Nachfrage nach den Produkten und Dienstleistungen der Zweckbetriebe ist nach wie vor ansteigend.

1.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld / Entwicklungen im Qualifizierungsbereich

Die Arbeitslosenquote in Remscheid lag Ende des Jahres 2014 mit 8,0% um 1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Somit waren 575 Personen weniger arbeitslos als Ende 2013. Jeweils etwa die Hälfte des Rückganges verteilen sich auf die Rechtskreise SGBII und SGBIII. In absoluten Zahlen allerdings konnte der Arbeitslosenanteil im Rechtskreis SGBIII nochmal um 20% auf 1133 Personen reduziert werden während der Rückgang im Rechtskreis SGBII mit 7,5% auf 3565 Personen geringer ausfiel. Damit setzt sich die Entwicklung weiter fort, dass der Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis SGBII („Hartz4“) stetig steigt und nun 75%-Marke überschritten hat.

Der Großteil der Maßnahmeteilnehmer bei Arbeit Remscheid ist Kunde des Jobcenters Remscheid und befindet sich somit im Rechtskreis SGBII. Hier gab es in Remscheid eine deutliche Reduzierung der arbeitslosen unter 25jährigen um ein Fünftel. Hiermit wurde der Vorjahresanstieg sozusagen rückgängig gemacht. In weitaus geringerem Maße nahm die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre ab (1,8%). Man kann also sagen, dass über 50jährigen deutlich unterdurchschnittlich von der Verbesserung der Arbeitsmarktlage profitieren. Es ist eine Stagnation zu verzeichnen. In ähnlichem Maße gilt dies ebenfalls für die Langzeitarbeitslosen, deren Quote gerade mal um 25 Personen oder 1,3% gegenüber 2013 abgenommen hat. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtheit der Arbeitslosen im Rechtskreis SGBII blieb unverändert bei 55%. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Arbeitslosen in diesem Bereich mindestens zwei Jahre arbeitslos ist.

Bei näherer Betrachtung der sogenannten Unterbeschäftigungsquote, die nur von 8,4% auf 8,1% reduziert werden konnte ergibt sich ein schärferes Bild. Hier werden die „im weiteren Sinne Arbeitslosen“ (u.a. Personen, sich in einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung befinden) und die „Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind“ (u.a. Arbeitsgelegenheiten) zur Arbeitslosenzahl hinzugenommen. Im Bereich des SGBII gelten Ende 2014 4833 Personen als unterbeschäftigt. Dies sind nur noch 142 weniger als

im Vorjahr, was eine Reduzierung von gerade mal 2,9% bedeutet. Hier fällt auf, dass die Arbeitsmarktinstrumente Aktivierungs- und Vermittlungsmaßnahmen (fast verdoppelt) und Arbeitsgelegenheiten (Zunahme um 29%) verstärkt eingesetzt wurden.

1.2 Qualifizierungsmaßnahmen 2014

Im Blick auf das Kerngeschäft Durchführung von Maßnahmen der Arbeitsförderung konnten die Teilnehmerzahlen deutlich erhöht werden. So wurden im Durchschnitt ständig 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen betreut. Besondere Bedingungsfaktoren hierfür waren:

- verstärkte Zusammenarbeit mit einem regionalen Kooperationspartner
- Intensivierung der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in zwei Kernmaßnahmen
- Kontinuität bei den vermittlungsorientierten Maßnahmen
- Etablierung der Maßnahmen nach AVGS (Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein)
- höhere Auslastung der vorhandenen AGH-Plätze.

Den Bedingungen des Marktes folgend wurden die Zweckbetriebe den Anforderungen angepasst bzw. weiterentwickelt:

- Die Qualifizierungsmöglichkeiten des Kaufhauses werden immer weniger gefragt, sodass hier der Aspekt der Beschäftigungsförderung in den Vordergrund tritt
- Das Möbellager allerhand ist nun auch anerkannter Ausbildungsbetrieb für Fachlageristen
- Die klassisch handwerklich orientierten Werkstätten verlieren als Qualifizierungs- und Ausbildungsbildungsstätten an Bedeutung. Stattdessen werden projektorientierte gewerk-unspezifische Aktivierungsmaßnahmen etabliert.

1.3 Geschäftsführung, Personal —und Organisationsentwicklung

Entsprechend zum ständigen Wandel der Maßnahme-Anforderungen muss die Organisation der Arbeit kontinuierlich angepasst werden. So wurde die Leitung der verschiedenen Bereiche im Geschäftsjahr etwas dezentraler strukturiert und die Funktion des Maßnahmeverantwortlichen deutlicher hervorgehoben. Des weiteren war die Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten ebenso notwendig wie die Investition in die sachliche Ausstattung (Ausbau, Renovierung und Modernisierung).

Die Stammebelegschaft bestand aus durchschnittlich 29 Mitarbeitern (+2). Darüber hinaus wurden im Jahresschnitt 19 Mitarbeiter öffentlich gefördert beschäftigt (u.a. Bürgerarbeit), der Anteil der Auszubildenden nahm weiter ab (durchschnittlich 13) und es wurden im Durchschnitt vier Honorarkräfte und zwei ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung im Vorjahresvergleich

Das Rohergebnis (Umsätze und sonstige Erträge abzüglich Materialaufwand) konnte im Berichtsjahr 2014 um 14% verbessert werden. Im Wesentlichen ist dies darauf zurückzuführen, dass die Umsätze der Zweckbetriebe stabil gegenüber dem Vorjahr blieben und die Sonstigen Erträge (Qualifizierungsmaßnahmen) nochmals um 292 T€ gesteigert werden konnten.

Bezeichnung	2014 in €	2013 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	635.028,62	633.478,77	1.549,85	0
Sonstige Erträge	1.843.104,99	1.550.220,65	292.884,34	19
Gesamtleistung	2.478.133,61	2.183.699,42	294.434,19	13
Materialaufwand	39.651,72	44.291,24	-4.639,52	-10
Rohergebnis	2.438.481,89	2.139.408,18	299.073,71	14

2.2 Kostenentwicklung im Vorjahresvergleich

Dem Zuwachs der Gesamtleistung steht eine etwas höhere Steigerung der Gesamtkosten um 16% gegenüber. Hier stiegen die Personalkosten mit 19% überdurchschnittlich während die Sachkosten trotz erheblicher Investitionen nur um 9% höher waren.

Bezeichnung	2014 in €	2013 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalkosten	1.809.503,74	1.519.441,84	290.061,90	19
Sachkosten	593.786,61	544.403,14	49.383,47	9
Gesamtkosten	2.403.290,35	2.063.844,98	339.445,37	16

2.3 Betriebswirtschaftliche Entwicklung im Vorjahresvergleich

Bezeichnung	2014 in €	2013 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Rohergebnis	2.438.481,89	2.139.408,18	299.073,71	14
Gesamtkosten	2.403.290,35	2.063.844,98	339.445,37	16
Betriebsergebnis	35.191,54	75.563,20	-40.371,66	53
Finanzergebnis	1.605,53	483,17	1.122,36	232
Steuern	2.450,32	1.979,45	470,87	24
Ergebnis	34.346,75	74.066,92	-39.720,17	-54

Das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2014 liegt deutlich im positiven Bereich und stellt sich mit 34 T€ erheblich besser dar als die Wirtschaftsplanung für 2014 vorsah (8T€). Bei einer Erhöhung, der Einnahmen um 299 T€ und einen Zuwachs an Kosten um 339 T€ entsprechen die Mehrkosten in etwa den außerplanmäßigen Investitionen, die von der Gesellschafterversammlung befürwortet im ersten Halbjahr getätigt wurden.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme konnte im Wirtschaftsjahr 2014 weiter verbessert werden. Liquidität und Eigenkapitalquote sind unverändert stabil.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Im Wirtschaftsjahr 2014 traten keine unvorhergesehenen oder außergewöhnlichen Ereignisse ein. Auch im Blick auf das Folgejahr zeichnet sich nach jetzigem Stand nichts Entsprechendes ab. Während das Maßnahmeportfolio für 2015 stabil weitestgehend stabil bleiben wird, können sich 2016 durch die Verlängerung von Maßnahmen oder durch die Neuausschreibung zentraler Maßnahmen Veränderungen ergeben. Dies birgt wie üblich ein Risiko, Maßnahmen nicht zugeschlagen zu bekommen und in der Folge Personal, Räumlichkeiten und Sachkosten reduzieren zu müssen. Chancen liegen für die Gesellschaft insbesondere in der Erweiterung und Weiterentwicklung der Geschäftsfelder in den Zweckbe-

trieben und in der weiteren Profilierung der Gesellschaft als Aktivierungs- und Qualifizierungsträger für Jugendliche und junge Erwachsene.

Trotz positiver Beschäftigungsdynamik ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens eine der größten Herausforderungen insbesondere bei Stellen für Helfer und Einfacharbeiten. Arbeit Remscheid gGmbH als lokal verankert und der Region besonders verpflichteter Träger wird sich auch im kommenden Jahr besonders um Maßnahme- und Beschäftigungsformen kümmern,

- die Langzeitarbeitslosen gesellschaftliche Teilhabe durch (möglichst sozialversicherungspflichtige) Beschäftigung ermöglichen
- die Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Übergang von Schule in berufliche Ausbildung sowie in motivierende und positive Persönlichkeitsentwicklungen ermöglichen.

Für junge Menschen wird diese Perspektive nicht zuletzt davon abhängen, dass vor Ort und lokal mit Wirtschaft, Handwerk und Dienstleistungsbereich aktiv verankert abgestimmte und abgestufte Maßnahmekombinationen geschaffen werden. Hierfür ist der motivierende Charakter solcher Maßnahmen Voraussetzung und sollte durch fundierte Ausbildungsangebote und deren engmaschige Begleitung fortgesetzt werden.

Auch für Langzeitarbeitslose ist der motivierende Charakter von Unterstützungsangeboten nicht weniger Grundlage für eine positive Perspektive. Hier steht die Schaffung von ordentlich entlohnter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Vordergrund. Arbeit Remscheid wird diesen Prozess mit den Möglichkeiten seiner Zweckbetriebe in der Weise unterstützen, dass weiter sehr unterschiedliche Arbeitsstellen geschaffen werden. Grundlage hierfür ist der behutsame Ausbau und die Weiterentwicklung der Zweckbetriebe in ihren Marktsegmenten ebenso wie die Orientierung auf neue gesellschaftlich relevante und zielgruppenverträgliche Betätigungsfelder.

Remscheid, den 12.03.2015
Arbeit Remscheid gGmbH

gez. Ralf Barsties
Geschäftsführer

3.7 RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH
 c/ o BDO AG
 Georg-Glock-Straße 8
 40474 Düsseldorf
 Tel. 02 11 / 13 71 506

Gründungsjahr: 2013

Am 20. Dezember 2013 wurden die städtischen Aktien der RW Holding AG in die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH eingebracht, an der vom Stichtag an eine unmittelbare Beteiligung besteht.

Die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH wurde am 22. November 2013 von der RW Holding AG, Düsseldorf bar gegründet. Am 20. Dezember 2013 hat die RW Holding AG, Düsseldorf die Anteile an der Gesellschaft an die Stadt Remscheid, die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH zum Nennwert veräußert.

Mit gleichem Datum haben die Gesellschafter insgesamt 418.275 Stück RW Holding AG Aktien in die Gesellschaft eingebracht. Dadurch ist die unmittelbare Beteiligung der Stadt Remscheid an der RW Holding AG seit dem 20. Dezember 2013 beendet.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	6.499,00	26,00
Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	8.103,00	32,41
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	10.398,00	41,59
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH ist eine Holdinggesellschaft. Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen auf dem Energiesektor, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von direkten und indirekten Beteiligungen an der RWE AG, Essen, sowie die Beratung und Unterstützung von unmittelbaren und mittelbaren kommunalen Gesellschaftern in Fragen der Energiewirtschaft und –politik.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Herr Heinz-Eberhard Holl

Gesellschafterversammlung:

Vertreter der Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr OB Burkhard Mast-Weisz und Herr Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2014
	€
Dividendenausschüttung -netto	211.139,69
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	liegt nicht vor

3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/72030

Gründungsjahr: 1966/2005

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Frau Silke Gaube

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid *

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten *

Jahr	2011	2012	2013
Mitarbeiter/-innen zum 31.12.	89	113	103

Wirtschaftliche Unternehmensdaten ***Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2011	2012	2013
Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)			
Intensivangebot	22	22	22
Regelangebot	74	76	74
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	5	5	5
Platzzahl gesamt	110	112	110
Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)			
Regel- / Intensivangebot	102,0	97,5	99,1
Verselbständigungsangebot	75,6	63,4	36,5
Erziehungsstelle	100,0	100,0	95,7

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

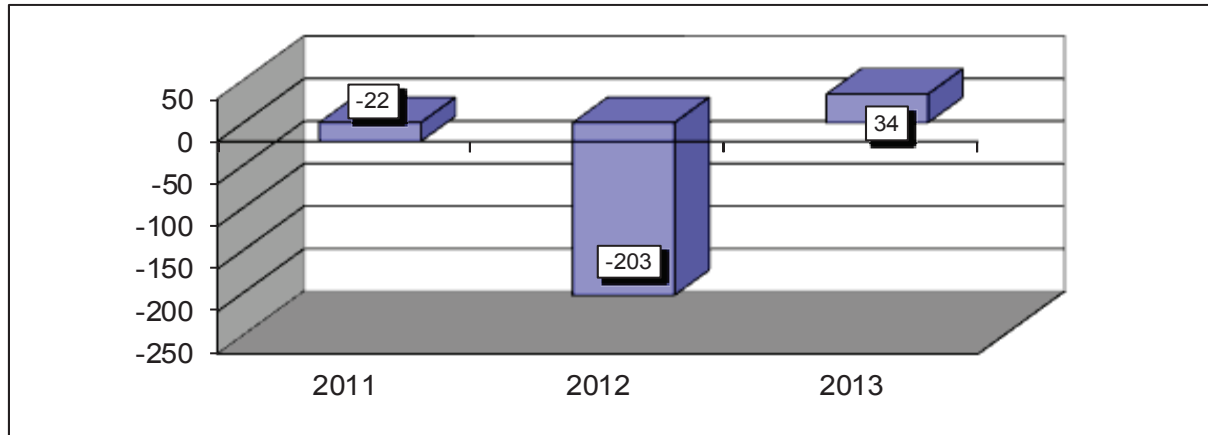
Jahr Bilanz-Position	2011		2012		2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	0,34	10	0,32	4	0,14
Sachanlagen	1.138	35,00	1.154	36,88	1.113	35,62
Finanzanlagen	51	1,57	51	1,64	51	1,65
Anlagevermögen	1.200	36,91	1.215	38,84	1.168	37,41
Vorräte	10	0,31	7	0,21	9	0,29
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	824	25,35	953	30,46	872	27,90
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.133	34,85	882	28,21	1.015	32,49
Umlaufvermögen	1.967	60,50	1.842	58,89	1.896	60,69
Rechnungsabgrenzungsposten	84	2,58	71	2,27	59	1,90
Aktiva	3.251	100,00	3.128	100,00	3.123	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	1,54	50	1,60	50	1,60
Kapitalrücklage	1.050	32,30	1.050	33,57	1.050	33,62
Gewinnrücklagen	1.504	46,26	1.482	47,38	1.279	40,96
(+) Gewinn-/ (-) Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss	0	0,00	0	0,00	34	1,08
Jahresfehlbetrag (-)	-22	-0,68	-203	-6,49	0	0,00
Eigenkapital	2.582	79,42	2.379	76,06	2.413	77,25
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	48	1,48	47	1,49	45	1,43
Rückstellungen	123	3,78	110	3,52	133	4,27
Verbindlichkeiten	498	15,32	592	18,94	533	17,05
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	3.251	100,00	3.128	100,00	3.123	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2011	2012	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.118	6.009	6.348
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	85	181	141
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	10	8	3
Erträge	6.213	6.198	6.491
Materialaufwand	362	344	347
Personalaufwand	4.863	4.989	5.096
Abschreibungen	120	122	118
Sonstige betriebliche Aufwendungen	868	925	876
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	17	16
Aufwendungen	6.231	6.397	6.453
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18	-199	38
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-4	-4	-4
Jahresüberschuss (+)	0	0	34
Jahresfehlbetrag (-)	-22	-203	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

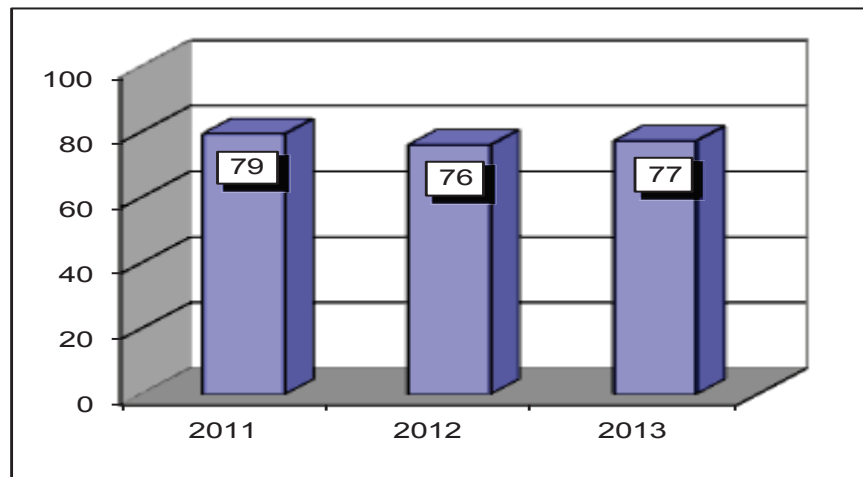
Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-22	-203	34



Kennzahlen

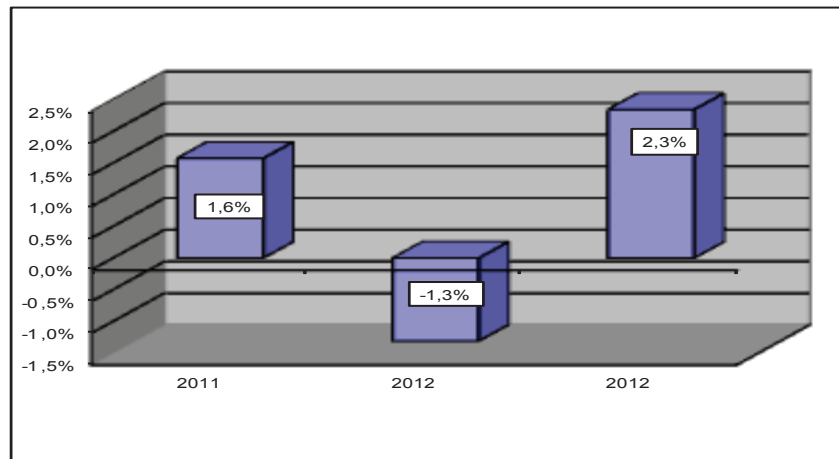
Eigenkapitalquote

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.582	2.379	2.413
Bilanzsumme	3.251	3.128	3.123
% EK	79	76	77



Cash-Flow

Jahr	2011	2012	2013
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-22	-203	34
Abschreibungen	120	122	118
	98	-81	152
Gesamterträge	6.213	6.198	6.491
Cash-Flow	1,6%	-1,3%	2,3%



***) Bis zur Drucklegung des Beteiligungsberichtes lag der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 noch nicht vor, daher basieren die wirtschaftlichen Unternehmensdaten auf den Angaben im Jahresabschluss 2013.**

3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,88
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,19
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligung der Gesellschaft

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH („Neue Effizienz“) 1.562,00 6,25

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städte beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU (u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,

- zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Bodo Middeldorf

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der ordentlichen Gesellschafterversammlung am 28.11.2014 war Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Sachkostenzuschuss	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	75.000,00	75.000,00	75.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter/innen	12	12	13
zzgl. Personalgestellungen	5	5	5
zzgl. Studentische Aushilfskräfte	10	10	5

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr Bilanz-Position	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	1,23	1	0,32	1	0,39
Sachanlagen	30	7,37	27	8,30	26	9,90
Finanzanlagevermögen	2	0,49	2		2	0,59
Anlagevermögen	37	9,09	29	9,11	29	10,89
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	162	39,80	176	55,06	163	62,07
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	208	51,11	115	35,83	65	24,75
Umlaufvermögen	370	90,91	291	90,89	228	86,83
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	6	2,28
Aktiva	407	100,00	320	100,00	263	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	12,29	50	15,66	50	19,04
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	50	12,29	50	15,66	50	19,04
Sonderposten für Investitionszuschüsse	35	8,60	28	8,62	27	10,26
Rückstellungen	39	9,58	34	10,63	29	11,02
Verbindlichkeiten	283	69,53	208	65,09	157	59,67
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	407	100,00	320	100,00	263	100,00

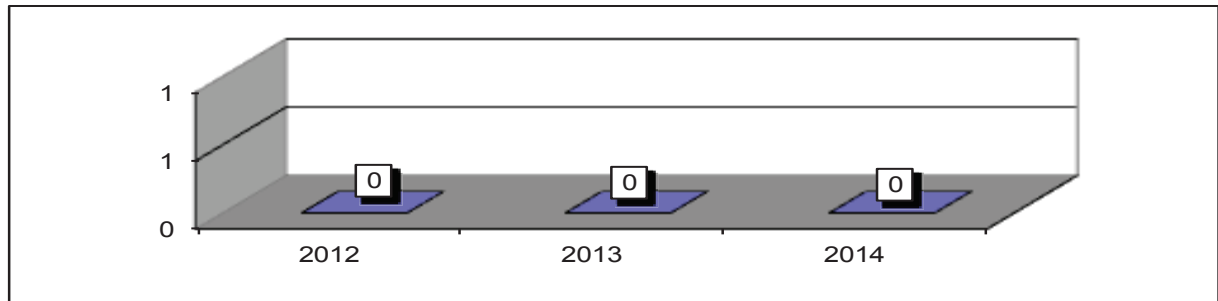
Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Sonstige betriebliche Erträge	2.003	1.505	1.583
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Erträge	2.003	1.505	1.583
Materialaufwand	349	359	343
Personalaufwand	616	626	716
Abschreibungen	17	15	15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.021	505	509
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	2.003	1.505	1.583
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

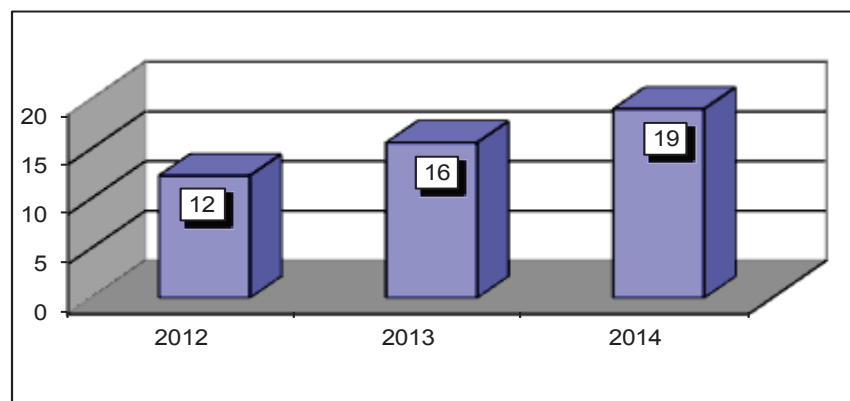
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



Kennzahlen

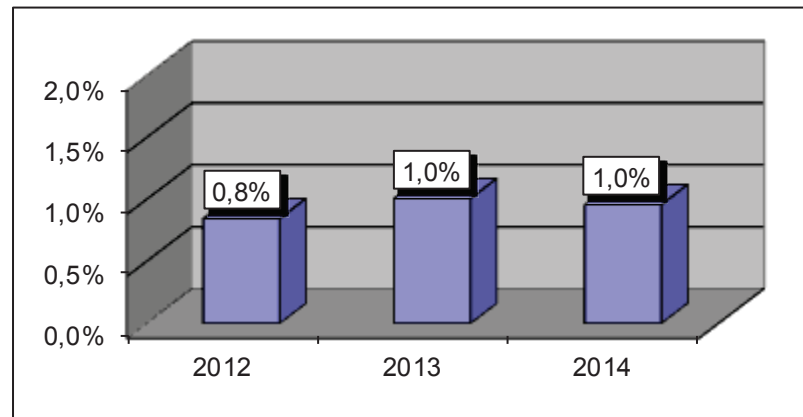
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	406	320	263
% EK	12	16	19



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	17	15	15
	17	15	15
Gesamterträge	2.003	1.506	1.583
Cash-Flow	0,8%	1,0%	1,0%



Bergische Entwicklungsagentur GmbH **Lagebericht des Unternehmens zum 31. Dezember 2014**

Allgemeines

Die Aktivitäten basierten auch 2014 auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan, dem Jahresarbeitsprogramm sowie den laufenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung. Diese wurde ebenso wie die Ausschüsse der drei Städte sowie die Vollversammlung der IHK regelmäßig und umfangreich über die laufende Projektarbeit informiert. In zwei Terminen nahm der Lenkungskreis seine Vorberatungsfunktion zu inhaltlichen Themen wahr. Auf die Herausgabe eines ausführlichen Jahresrückblicks in gedruckter Form wurde verzichtet.

Das Jahr 2014 war geprägt durch eine intensive Erörterung einer institutionellen Umorganisation unter den Gesellschaftern mit dem Ziel, den unmittelbaren Einfluss der Politik zu stärken, die Regionalagentur mit der Bergischen Entwicklungsagentur zu verschmelzen, die Funktion der Gesellschaft als regionale Wirtschaftsförderungseinheit auszubauen und auf die Befristung der Gesellschaft zu verzichten. Ende 2014 wurde der Beschluss gefasst, den Gesellschaftsvertrag der Bergischen Entwicklungsagentur in diesem Sinne mit Wirkung ab Anfang 2015 umfassend zu modifizieren bzw. zu ergänzen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden dagegen noch keine Änderungen vorgenommen; auch die Gesellschafterstruktur blieb bestehen.

Die äußere Wahrnehmung der Gesellschaft war insbesondere im zweiten Halbjahr 2014 stark von der Absicht und den Beschlüssen zu diesen Änderungen geprägt. Ungeachtet dessen war die Gesellschaft das gesamte Jahr über vollumfänglich handlungsfähig und setzte die ihr zugewiesenen Aufgaben Regionalmanagement, Regionale Strukturpolitik, Regionales Marketing, Lobbyarbeit für die Region sowie die Begleitung regional bedeutsamer Projekte intensiv um. Durch die Vorbereitung auf die neue Förderperiode und die ersten Umsetzungsschritte war die Gesellschaft sogar in besonderer Weise gefordert.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2014. Der Jahresabschluss 2014 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH auch 2014 innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben.

Die Gesellschafter haben die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur im Jahr 2014 mit monetären Beiträgen in unveränderter Höhe unterstützt. Insgesamt wurden 555 Tausend Euro, verteilt auf vier Quartalsbeiträge, gezahlt.

Hinzuzurechnen sind Personalgestellungen in einem Gegenwert von 76 Tausend Euro seitens der Stadt Remscheid, 156 Tausend Euro seitens der Stadt Solingen und 128 Tausend Euro von Seiten der Stadt Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurde ein Betrag in Höhe von 45 Tausend Euro berücksichtigt.

Zur Abwicklung des Sonderauftrags der Stadt Solingen zur Übernahme der lokalen Tourismusförderung wurden der BEA auch für 2014 zusätzlich zum Basisbeitrag eine Personalabordnung und ein Sonderbeitrag für Sachkosten in Höhe von 25.000 Euro netto zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der normalen Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Bergische Entwicklungsagentur wieder in größerem Umfang auf Drittmittel insbesondere des Landes NRW aus unterschiedlichen Förderzugängen zurückgreifen. Allerdings ging das Gesamtvolumen der eingesetzten Fördermittel aufgrund des nahenden Endes der laufenden Förderperiode weiter zurück. Insgesamt konnten Drittmittel im Umfang von 390 Tausend Euro eingesetzt werden. Zum Start der neuen Förderperiode sind ab 2015 wieder verstärkt Bewerbungen um Fördermittel vorgesehen, die in 2014 bereits konzeptionell vorbereitet wurden.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2014 1.583.207,00 Euro. Davon wurden 715.854,26 Euro für Personalaufwendungen, 15.317,26 Euro für Abschreibungen und 508.869,36 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro. Das von den Gesellschaftern gezeichnete Eigenkapital betrug 50.100 Euro.

Die Liquidität des Unternehmens war zu jeder Zeit gesichert. Dazu trug auch die Bereitstellung eines Kontokorrentkreditrahmens durch die drei Stadtparkassen Wuppertal, Solingen und Remscheid in Höhe von 150.000 Euro bei. Dieser musste in 2014 allerdings wieder nicht in Anspruch genommen werden.

Im Rahmen des Risikomanagements findet ein monatlicher Soll Ist-Vergleich anhand der Prüfung der DATEV-gestützten Betriebswirtschaftlichen Auswertung statt.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszwecks der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor, eine Vorsteuerabzugsberechtigung für das Kerngeschäft besteht nicht. Einzelne, buchhalterisch abgegrenzte Bereiche, so beispielsweise der Auftritt auf der Immobilienmesse Expo Real wurden allerdings mit Vorsteuer geführt.

Das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Bergisches Land startete in 2014 mit der Prüfung der Umsatzsteuer-, der Körperschaftssteuer- sowie der Gewerbesteuerpflicht des Unternehmens für die Jahre 2009 bis 2012. Im Zuge der Prüfung und der begleitenden Gespräche wurden dem Finanzamt umfangreiche Unterlagen zur den Aktivitäten der Gesellschaft und ihren finanziellen Auswirkungen vorgelegt. Die Betriebsprüfung wurde erst in 2015 abgeschlossen; die Ergebnisse und ihre Auswirkungen werden unter dem Kapitel ‚Zukünftige Entwicklungen‘ erläutert.

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH wurde von der Bergischen Entwicklungsagentur im Rahmen ihrer Gesellschafterfunktion mit einem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 21.875,00 Euro unterstützt.

Personalentwicklung

Im Jahr 2014 waren 13 Angestellte und im geringfügigen Umfang 5 Aushilfen beschäftigt. Die Zahl setzt sich aus dem grundfinanzierten Stammpersonal sowie den projektfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen zusammen. Darüber hinaus wurden 5 Mitarbeiter von den drei Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal zur BEA abgeordnet. Die Berufsausbildung von zwei Mitarbeitern zur Kauffrau / zum Kaufmann für Tourismus und Freizeit wurde fortgeführt. Einer der Ausbildungsplätze wurde formal über den Verein „Bergisches Land Tourismus Marketing“ (BLTM) geschlossen, der seitens der BEA in Ausbildungsfragen unterstützt wird. Zusätzlich konnte ein weiterer Ausbildungsplatz für die Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement geschaffen und kompetent besetzt werden.

Mit Wirkung vom 01. Oktober 2014 wurde Frau Annette Nothnagel Prokura erteilt. Mit dem Unterzeichner wurde mit Wirkung vom 01.01.2014 ein neuer Geschäftsführervertrag über weitere fünf Jahre abgeschlossen. Der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith führte die Funktion des Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung bis zur turnusmäßigen Neuwahl am 26.09.2014 weiter. Da er sich nicht erneut zur Wahl stellte, übernahm den Vorsitz IHK-Präsident Thomas Meyer.

Projekte und Aktivitäten

Im Jahr 2014 lag der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit in der Vorbereitung der Region auf die neue Förderperiode. Daneben wurden wieder zahlreiche Veranstaltungen und Messeauftritte durchgeführt sowie die Zusammenarbeit innerhalb des Städtedreiecks durch die Weiterentwicklung und Etablierung regionaler Netzwerke vertieft.

Auch die Projektarbeit nahm 2014 wieder einen breiten Raum ein; mit Blick auf das nahende Ende der Förderperiode nahm ihre Zahl jedoch weiter ab.

Im Folgenden sollen einige ausgewählte Projekte und Aktivitäten besonders beleuchtet werden.

Im Zentrum der Aktivitäten lagen 2014 die weitere Bearbeitung und der Abschluss des Regionalen Strukturprogramms für die neue Förderperiode. Es stellt eine wichtige inhaltliche Grundlage der Arbeit der regionalen Akteure mit Blick auf die Einwerbung von Fördermitteln dar und ist zugleich Ausdruck der strategischen Ziele der Region gegenüber dem Land. Das Regionale Strukturprogramm dient der Gesellschaft einerseits als Basis für die Beantragung neuer Fördermittel in eigener Regie und ist darüber hinaus für sie Leitfaden für den Umsetzungsprozess in der Unterstützung und Begleitung der regionalen Partner.

Dazu wurden die bereits 2013 erarbeiteten Eckpunkte in einem intensiven Dialogprozess durch zahlreiche Projektvorschläge ergänzt. Das daraus entstandene Gesamtprogramm wurde im zweiten Halbjahr 2014 politisch abgestimmt und Ende 2014 von den Räten der drei Städte sowie der Vollversammlung der IHK mit großen Mehrheiten verabschiedet.

Zum formalen Start der neuen Förderperiode im vierten Quartal 2014 wurden bereits erste Informationsveranstaltungen durchgeführt und Sondierungsgespräche mit den beteiligten Ministerien der Landesregierung aufgenommen. Dies diente vor allem der konkreten Zuordnung der im Strukturprogramm genannten inhaltlichen Schwerpunkte und Projekte zu potenziellen Förderzugängen. Erstmals konnte dabei auch der neue Förderzugang im Rahmen

der Regionalförderung (GRW) berücksichtigt werden, der der Region seit Mitte 2014 zur Verfügung steht. Hiermit war 2014 auch der Aufbau von einschlägigen Kompetenzen im Unternehmen verbunden.

Diesen Aktivitäten gingen bereits intensive Konsultationen mit den am Fördermitteleinsatz beteiligten Stellen des Landes in Grundsatzfragen der Fördersysteme voraus. Hinsichtlich der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Land erwies sich die Zusammenarbeit mit den anderen Regionalmanagements in NRW als hilfreich, die im Vorjahr von Seiten der BEA initiiert und in 2014 noch einmal deutlich vertieft werden konnte.

Zu einem der bedeutendsten Entwicklungs- und Förderprojekte gehörte auch 2014 Schloss Burg. Neben der Umsetzung des Ziel 2-Antrags mit dem in der Verantwortung der BEA liegenden Baustein Marketing wurden im Rahmen der weitergehenden Akquisitionsbemühungen für die Sanierung des Gebäudes und die inhaltliche Neupositionierung zwei wichtige Prozesse durchgeführt.

Es handelt sich dabei um die Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts für den Ortsteil Burg, das von der Stadt Solingen mit Unterstützung der BEA erarbeitet wurde sowie eines Nutzungskonzepts für Schloss Burg selbst unter der Federführung der Gesellschaft. Seiner Finanzierung lag die Bewilligung von Fördermitteln durch den Landschaftsverband Rheinland zugrunde.

Die Bemühungen trugen in 2014 bereits weitere Früchte. So konnte in Zusammenarbeit mit der Stadt Solingen ein weiterer Förderantrag eingereicht werden, der Ende 2014 zur Bewilligung weiterer rund 3,5 Mio. Euro an Fördermitteln aus dem Topf der Regionalförderung führte.

Der unter dem Dach der Destinationsmarke „Die Bergischen Drei“ für die operative Vermarktung und Interessenbündelung der touristischen Leistungsträger in der Region zuständige Verein „Bergisches Land Tourismus Marketing“ (BLTM), für den die Gesellschaft den Vorsitz wahrnimmt und die Geschäftsführung ausübt, konnte in 2014 seine positive Entwicklung fortsetzen. Bis Ende 2014 konnten fast 60 Mitglieder gewonnen werden.

Das zusammen mit den drei Stadtverwaltungen durchgeführte Verfahren zur Bewerbung im Rahmen der Landesinitiative Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) konnte 2014 einen großen Erfolg verzeichnen. Als einziger Region in NRW verlieh das Umweltministerium dem Bergischen Städtedreieck den Status als offizieller KWK-Standort. Damit besteht nun die Möglichkeit, Fördermittel in siebenstelliger Größenordnung für investive Maßnahmen zu beantragen. Die weitere Umsetzung liegt bei den Stadtverwaltungen.

Die drei Drittmittel gestützten Projekte Ehrenamt als Gastgeber, Ressourcenkooperation mit dem Wuppertal Institut sowie der Aufbau des unternehmerischen Kompetenzfeldnetzwerks surface.net wurden in 2014 abgeschlossen. Dabei konnte in allen Fällen eine Nachhaltigkeit der Initiativmaßnahmen erreicht werden. Das Thema Ressourceneffizienz wird zukünftig von der Tochtergesellschaft Neue Effizienz aufgegriffen, im Falle des Ehrenamtsprojekts gelang eine weitgehende Überführung der Netzwerkspartner in den BLTM und die Aktivitäten des Oberflächennetzwerks surface.net werden im Rahmen eines sich selbst tragenden Unternehmensverein fortgeführt.

Zukünftige Entwicklungen

Der Start in das Jahr 2015 ist für die Gesellschaft mit großen Veränderungen verbunden. In der Umsetzung der bereits erwähnten Beschlüsse der Gesellschafter zur Weiterentwicklung der interkommunalen Kooperation wurde der Gesellschaftsvertrag umfassend verändert bzw. erweitert. Mit der Eintragung der Änderungen in das Handelsregister am 04.03.2015 wurden diese rechtskräftig. Seitdem firmiert die Gesellschaft unter der Bezeichnung „Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH“.

Folgende Änderungen wurden bzw. werden neben der Umbenennung im Laufe des Jahres umgesetzt:

- Die Befristung der Gesellschaft bis 2020 wird aufgehoben.
- Die Übernahme der Aufgabe ‚Regionalagentur‘ in der Wahrnehmung der inhaltlichen Aufgaben sowie der Funktion des Fördermittelempfängers gegenüber dem Land. Voraussichtlicher Zeitpunkt für die Übertragung ist der 01.09.2015.
- Die Übernahme der Beratung zu Fragen der Strukturförderung aus dem Topf der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).
- Die Aufstockung der Gesellschafterbeiträge um insgesamt 400.000 Euro pro Jahr zu folgenden Anteilen: Stadt Wuppertal 190.000 Euro, Stadt Solingen 90.000 Euro, Stadt Remscheid 60.000 Euro sowie Industrie- und Handelskammer 60.000 Euro. Die Gesellschafterbeiträge der Sparkassen bleiben unverändert. Der erste Mittelabruf der zusätzlichen Beträge mit Stichtag 03.04.2015 ist bereits erfolgt. Die Stadt Solingen wird den zusätzlichen Beitrag erst nach Verabschiedung des modifizierten Wirtschaftsplans anweisen.
- Die Veräußerung des Gesellschaftsanteils der Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR an die Stadt Wuppertal. Weitere Änderungen an der Zusammensetzung des Gesellschafterkreises wurden nicht vorgenommen.
- Die Einsetzung eines Aufsichtsrates mit folgender Besetzung: Oberbürgermeister Peter Jung (Stadt Wuppertal), Oberbürgermeister Norbert Feith (Stadt Solingen), Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz (Stadt Remscheid), IHK-Präsident Thomas Meyer (IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid), IHK Hauptgeschäftsführer Michael Wenge (IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid), Frank Dehnke (Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Remscheid), Gunhild Böth (Wuppertal, Die LINKE), Hans-Jörg Herhausen (Wuppertal, CDU), Manfred Krause (Solingen, Bündnis 90/Die Grünen), Tim O. Kurzbach (Solingen, SPD), Anja Liebert (Wuppertal, Bündnis 90/Die Grünen), Michael Müller (Wuppertal, CDU), Jens-Peter Nettekoven MdL (Remscheid, CDU), Klaus-Jürgen Reese (Wuppertal, SPD), Jan Welzel (Solingen, CDU) und Sven Wolf MdL (Remscheid, SPD). Die konstituierende Sitzung fand am 06.03.2015 statt.
- Die Bildung eines sogenannten Bergischen Rates, bestehend aus 28 politischen Vertretern des Rates der Stadt Wuppertal, 14 Vertretern aus Solingen und 9 aus Remscheid. Die Konstituierung des Bergischen Rates erfolgte am 17.04.2015.
Die Einsetzung eines Beirates mit beratender Funktion.
- Die Besetzung einer zweiten Geschäftsführerstelle, die auf Basis einer noch zu beschließenden Ausschreibung erfolgen soll.

Die finanziell relevanten Änderungen wurden in einem modifizierten Wirtschaftsplan sowie dem Personalplan und der mittelfristigen Finanzplanung aufgenommen und den ersten zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Eine abschließende Entscheidung hierüber wird in der Gesellschafterversammlung am 25.06.2015 angestrebt.

Die Finanzbehörden schlossen zu Beginn des Jahres ihre Betriebsprüfung für das Geschäftsjahr 2012 ab; die Schlussbesprechung fand am 12.02.2015 statt. Im Ergebnis geht das Finanzamt davon aus, dass ein Betrag von 377.384 Euro, der einem Anteil an den

Gesellschafterbeiträgen von 36% entspricht, als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet werden muss. Daraus leitet das Finanzamt eine Kapitalertragssteuerpflicht (einschließlich SolZ) in Höhe von 59.720 Euro ab, die der Besteuerung zugrunde gelegt werden sollen.

Nach eingehender Beratung mit den Beteiligungsmanagements und Steuerexperten der Städte sowie dem Steuerberatungsbüro RSM Breidenbach und Partner PartG mbB wurde wegen unkalkulierbarer Risiken hinsichtlich einer noch darüber hinausgehenden Veranlagung auf einen Widerspruch verzichtet. Mit den Finanzbehörden konnte eine Verständigung über den Umgang in den Folgejahren dahingehend getroffen werden, dass durch die Einführung einer Spartenbetrachtung sowie die regelmäßige Vorlage einer Bescheinigung zur Verwendung des steuerlichen Einlagekontos materiell keine weiteren Kapitalertragssteuern anfallen. Eine nachträgliche Korrektur der Bescheinigung für 2012 wurde vom Finanzamt nicht akzeptiert. Die Steuerzahlung wurde vor diesem Hintergrund bereits im Jahresabschluss 2014 als Verbindlichkeit berücksichtigt.

In inhaltlicher Hinsicht konnten zu Beginn des Jahres bereits erste Schritte zur Umsetzung des Regionalen Strukturprogramms vorgenommen werden. Unter anderem beteiligte sich die Gesellschaft mit der Einreichung eines Handlungskonzepts sowie mehrerer Projektskizzen an dem Landesauftrag Regio.NRW, der vor allem auf die Förderung von Regionalmanagementprojekten gerichtet ist.

Darüber hinaus wurden mit der Konzeption für die dezentrale Umsetzung der Landesinitiative KlimaExpo.NRW sowie der Fortführung des zdi-Zentrums BeST (Bergisches Schultechnikum) bereits zwei Förderanträge der neuen Förderperiode bewilligt.

Chancen und Risiken

Alle Gesellschafter haben ihre Absicht erklärt, die Arbeit der Gesellschaft mit den bisherigen und den zusätzlich vereinbarten jährlichen Finanzierungsbeiträgen bis auf weiteres zu unterstützen. Es bleibt aber zunächst bei der Regelung einer vierteljährlichen Zahlung der Gesellschafterbeiträge, die angesichts der zu Beginn des Jahres anfallenden Kosten etwa für die Finanzierung der Tochtergesellschaft Neue Effizienz zu Liquiditätsengpässen führen kann.

Mit Beginn der neuen Förderperiode besteht die Absicht, die Zahl der Drittmittel gestützten Projekte in eigener Umsetzung wieder zu erhöhen. Mit Blick auf die Notwendigkeit zur Vorfinanzierung kann dies unter Wahrung eines angemessenen Liquiditätsrahmens jedoch nur in einem begrenzten Umfang erfolgen. Weiterhin gilt, dass sich Risiken aus eventuellen Rückforderungen nicht bewilligungskonform eingesetzter Fördermittel ergeben könnten. Dieses Risiko soll auch künftig durch das Vorhalten einschlägiger personeller Kapazitäten und Kompetenzen sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Bewilligungsbehörden gering gehalten werden. Dennoch sind auch Zahlungsverzögerungen bei Projektpartnern nicht auszuschließen.

Obwohl mit den Finanzbehörden eine Verständigung darüber erzielt werden konnte, wie sich die steuerliche Veranlagung der Gesellschaft mit Ausnahme von 2012 nicht weiter materiell auswirkt, besteht grundsätzlich auch zukünftig das Risiko der engeren Auslegung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen.

Besondere erwähnungswürdige Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, 27. Mai 2015

Bodo Middeldorf
Geschäftsführung

3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

- *) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabschlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.11 Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH
Lise-Meitner-Straße 1-13
42119 Wuppertal
Tel. 0202/ 317- 13- 134

Gründungsjahr: 2012

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH	6.250,00	25,00
Bergische Universität Wuppertal	3.125,00	12,50
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	3.125,00	12,50
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR (Treuhandanteile)	4.562,00	18,25
Wirtschaftsförderung Solingen GmbH	1.563,00	6,25
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	1.562,00	6,25
Verein zur Förderung der „Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz“ e.V.	2.500,00	10,00
Stadt Remscheid	1.563,00	6,25
Exor GmbH	250,00	1,00
Knipex-Werk C Gustav Putsch KG	500,00	2,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Etablierung der Region als Ressourceneffizienzstandort durch Schaffung einer Plattform zur Förderung von Innovationen, Wissenschafts- und Technologietransfer, Vernetzung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen und Zusammenführung der Akteure und Aktivitäten. Hierzu soll die Gesellschaft

- (a) Selbst Projekte im Bereich Ressourceneffizienz entwickeln und durchführen
- (b) Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Bereich Ressourceneffizienz unterstützen,
- (c) Fördermittel akquirieren und
- (d) Den Wissenstransfer sicherstellen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ökonom Jochen Stiebel

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der ordentlichen Gesellschafterversammlung am 16.12.2014 war Herr Ingo Lückgen.

Lenkungsausschuss**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012*	2013	2014
Mitarbeiter	2	6	9

* Rumpfgeschäftsjahr 2012

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Die wirtschaftlichen Unternehmensdaten der Gesellschaft für das Rumpfgeschäftsjahr 2012 beziehen sich aufgrund der Neugründung der Gesellschaft am 22.05.2015 auf den Zeitraum 22.05.2012 - 31.12.2012.

Bilanzstruktur

Jahr	2012*		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	8,74	25	9,54	22	6,16
Sachanlagen	2	1,51	5	1,94	5	1,44
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	16	10,25	30	11,48	27	7,60
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	139	87,86	233	88,24	327	91,56
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3	1,89	1	0,28	0	0,00
Umlaufvermögen	142	89,75	234	88,52	327	91,56
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	3	0,84
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	159	100,00	264	100,00	357	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	15,76	25	9,47	25	7,00
Kapitalrücklage	152	95,86	413	156,35	475	133,05
Gewinnrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0,00	-47	-17,83	0	0,00
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-47	-29,67	-177	-67,16	-267	-74,79
Eigenkapital	130	81,93	213	81,93	233	65,27
Rückstellungen	7	4,54	20	7,43	15	4,20
Verbindlichkeiten	21	13,53	31	11,74	109	30,53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	159	100,00	264	100,00	357	100,00

*für das Rumpfgeschäftsjahr 22.05. - 31.12.2012

Gewinn – und Verlustrechnung

Jahr	2012*	2013	2014
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	60	173	238
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Erträge	60	173	238
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	63	213	300
Abschreibungen	5	16	18
Sonstige betriebliche Aufwendungen	38	111	176
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	10	11
Aufwendungen	107	351	505
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-47	-177	-267
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-47	-177	-267

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH (BGR) ist eine Standortinitiative des Bergischen Städtedreiecks. Die BGR tritt unter dem Markennamen „Neue Effizienz“ auf. Die Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal haben erkannt, dass innovative ressourceneffiziente Prozesse von herausragender Bedeutung für die Kosteneffizienz der Betriebe in der Region sind.

Die BGR hat zum Ziel, die Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck überdurchschnittlich zu verbessern, um so die Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Ressourceneffizienz ist ein Standortfaktor – das gilt für das Bergische Städtedreieck in noch höherem Maße als für andere Regionen. Materialkosten machen fast die Hälfte aller Kosten vieler produzierender Betriebe aus. Ziel ist es, praktische Herausforderungen aus der Wirtschaft mit theoretischen Lösungen aus der Wissenschaft zu kombinieren. Dazu bringt die „Neue Effizienz“ Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen in einem neuartigen Netzwerk zusammen. Die Wissenschaft ist dabei durch eine enge Einbindung der Bergischen Universität Wuppertal und dem weltweit renommierten Wuppertal Institut vertreten. Diese Expertise schafft einen bedeutenden Mehrwert für die Wirtschaftsunternehmen.

Die BGR wird bei Ihrer Aufgabenbewältigung durch das Umweltministerium des Landes NRW unterstützt.

Die BGR ist damit:

- Servicestelle für Unternehmen,
- Netzwerkkordinator für das branchenübergreifende Querschnittsthema Ressourceneffizienz,
- Organisator von Arbeitsgruppen, Workshops und Kongressen,
- Initiator von Projekten,

- Begleiter von Projektförderanträgen sowie
- Inkubator für internationale Netzwerke zur Steigerung der Ressourceneffizienz.

Mit dem Bescheid vom 13. Dezember 2012 hat das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) NRW der BGR aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zeit vom 12.12.2012 bis 30.09.2015 eine Zuwendung als Höchstbetrag in Höhe von 1.049.667,33 € bewilligt. Der Durchführungszeitraum der Projektarbeiten begann am 01.06.2012 (vorzeitiger Maßnahmenbeginn) und endet am 31.05.2015.

Die Zuwendung wird in der Form der Anteilfinanzierung in Höhe von 50 v. H. zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Zuschuss gewährt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist besser durch das vergangene Jahr gekommen als erwartet. Trotz vieler internationaler Krisen ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie seit 2011 nicht mehr. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes um 1,5 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %).

Die im Energiekonzept der Bundesregierung festgelegten Ziele zur Verringerung des Energieverbrauchs gegenüber dem Basisjahr 2008 - insbesondere die Verringerung des Primärenergieverbrauchs um 20 Prozent bis 2020 und um 50 Prozent bis 2050 – sind weiterhin Grundlage und Bezugspunkt für die Politik der Bundesregierung. Erhebliche Energieeffizienzpotenziale gibt es immer noch in allen Verbrauchsbereichen. Besonders viel Energie kann zur Beheizung und Belüftung von Gebäuden und im Verkehrssektor eingespart werden. Sehr schnell rechnen sich vor allem Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie, teilweise vor allem in Sekundärprozessen.

Der Energieverbrauch in Deutschland lag 2014 nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanz voraussichtlich um 4,7 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Den stärksten Einfluss auf den deutlich zurückgegangenen Energieverbrauch hatte die milde Witterung. Der Energieverbrauch 2014 erreichte damit den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig scheint sich eine Abkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch abzuzeichnen.

Auch der Bereich der erneuerbaren Energieträger nimmt einen stetig wachsenden Teil am Energiemix ein. 2014 wurde zum ersten Mal mit bald 28 % ein größerer Anteil aus erneuerbaren Energie erzeugt als aus Braunkohle, dem bislang wichtigsten Energieträger in der Bundesrepublik.

2.2. Geschäftsverlauf

Die BGR wurde am 23. Mai 2012 gegründet. Das Jahr 2014 als zweites vollständiges Geschäftsjahr wurde vor allem durch folgende Aufgabenstellungen geprägt:

- Die Weiterführung der in 2013 begonnenen Projekte unter den Leitthemen „Effiziente Produktion“, „Bildung“ sowie „Effiziente Gebäude und Infrastruktur“, wie z. B.

- die Reduzierung elektrischer Verluste in Produktionsabläufen,
- den „Stromtarif Happy Power Hour“ zur Nutzung von Strompreisveränderungen im Tagesverlauf
- die „EffizienzHausRoute“ als dezentrale Ausstellung von ressourceneffizienten Gebäuden in der Region
- die Projektentwicklung „FertighausWelt Wuppertal“ zur intelligenten Vernetzung dezentraler Stromerzeuger und Verbraucher

Der Projektantrag zum „Stromtarif Happy Power Hour“ wurde mit einem Fördervolumen von rd. 540.000 Euro und einer Projektlaufzeit von 18 Monaten zum 1.1.2014 bewilligt.

Auch das unter anderem von der Neuen Effizienz angestoßene Projekt „KWK-hochdreieck“ wurde nach einem ersten Zwischenerfolg im Jahr 2013 auch in der Endauswahl im Frühjahr 2014 berücksichtigt, so dass die Region nun als „KWK-Modellkommune“ ausgezeichnet wurde. Für Umsetzungsmaßnahmen stehen nun Fördermittel für Einzelprojekte zur Verfügung.

- Die Initiierung neuer Projekte, wie z.B.
 - E-Bus 2020/2025: Umstellung der Busse der Solinger Verkehrsbetriebe von O-Bus-Systemen mit Dieselaggregat auf E-Busse mit kontinuierlicher Ladung
 - Antragstellung zur Weiterführung des Forschungsprojektes „Happy Power Hour“ in einer zweiten Projektphase
 - Formgedächtnisgebung: Wandlung von Restwärme aus Abfallprodukten in mechanische oder elektrische Energie
 - Energieeffizienz im Hotel- und Gaststättengewerbe: Unterstützung der Eigentümer von Hotels und Herbergen beim Modellvorhaben zur Energieoptimierung
 - Living Lab Arrenberg: anwendungsorientierte Transformationsforschung
 - Betriebliches Mobilitätsmanagement in ausgewählten Quartieren im Bergischen Städtedreieck
- umfangreiche Marketingtätigkeiten, z.B. Erstellung eines monatlichen Newsletters, Öffentlichkeitsarbeit über regionale Medien, Internetmedien und Fachmedien, Teilnahme an Messen, Ausstellungen und Durchführung eigener Workshops
- Aktivitäten im Bildungsbereich
 - Durchführung einer Studienreise nach Brüssel mit 50 Studierenden der Bergischen Universität Wuppertal (BUW) zum Thema Ressourceneffizienzpolitik in der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat.
 - Initiierung und Planung eines Kongresses für Studierende und Werkstatt für verantwortungsvolles Wirtschaften – Sustainable Insights. Gemeinsame Planung und Durchführung mit dem Lehrstuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung der BUW.

Seit 2013 ist die BGR als An-Institut der Bergischen Universität Wuppertal anerkannt. Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Kooperation weiter vertieft.

Seit Mitte 2013 hat die BGR die organisatorische Abwicklung von ÖKOPROFIT im Bergischen Städtedreieck übernommen. ÖKOPROFIT ist als gemeinsames Projekt der Bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal, der Wirtschaftsförderungen, der IHK

sowie der Stiftung zukunftsfähiges Wirtschaften seit vielen Jahren fester Bestandteil in der Region. Die 9. Runde dieses Projekts im Bergischen Städtedreieck ist im Jahr 2014 mit 11 zertifizierten Unternehmen beendet worden. Mit insgesamt 126 zertifizierten Unternehmen aus Wuppertal, Solingen und Remscheid belegt der bergische Städteverbund damit die Spitzenposition in NRW. Wichtige Aufgabe der Neuen Effizienz ist es, die Aktivitäten der teilnehmenden Unternehmen zu begleiten und auch nach Abschluss der Zertifizierung als vertrauenswürdiger Ansprechpartner zur Seite zu stehen. Der Start der 10. Runde ist für das 2. Quartal 2015 vorgesehen.

Die BGR ist Initiator der EffizienzHausRoute und bringt in diesem Rahmen Architekten und Bauherren zusammen, begleitet spannende Projekte und präsentiert bereits vollendete Projekte in der Region. Im Rahmen der EffizienzHausRoute wurden die dezentral vielfach vorhandenen innovativen und ausgezeichneten Beispiele für ressourcen- und energieeffizientes Bauen nach thematischen Schwerpunkten gebündelt und präsentiert. Mit Hilfe eines elektronischen Ausstellungskataloges sowie über die EffizienzHausRouten-App können nun eine Vielzahl von spannenden Objekten in den Bereichen öffentliche Gebäude, gewerbliche Immobilien oder privates Wohnen angeschaut, Routen zu den Gebäuden selbst angelegt oder vorgeschlagene Routen besichtigt werden. Alle Bestandteile dieses eigenen Projektes wurden im Jahr 2014 abgeschlossen. Weitere Objekte können kontinuierlich hinzugefügt werden.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 267 T€ erzielt, geplant war ein Fehlbetrag in Höhe von 350 T€.

2.3. Lage der Gesellschaft

2.3.1. Ertragslage

Die BGR erzielt bislang keine Umsatzerlöse. Die sonstigen Erträge zeigen die Zuschussanforderung an den Zuschussgeber. Die Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen, insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungskosten.

Bis zum heutigen Zeitpunkt sind erst 81,75% der Gesellschaftsanteile an Gesellschafter vergeben worden, dies entspricht 286.125 € pro Jahr. Den Rest der Gesellschaftsanteile hält die Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR treuhänderisch. Diese Anteile bleiben bei der Aufteilung der Betriebskostenzuschüsse unberücksichtigt.

Daher stehen der BGR pro Jahr deutlich weniger Eigenmittel zur Verfügung als in der ursprünglichen Planung vorgesehen, so dass sich auch die Zuschüsse aus Fördermitteln entsprechend reduzieren – die Fördermittel werden nur als prozentualer Zuschuss zu den Betriebsausgaben ausgeschüttet. Die Ertragslage spiegelt daher nicht die geplanten Werte in Höhe von 700.000 € (inkl. Förderung), sondern lediglich 81,75%, d.h. rd. 560.000 € (inkl. Förderung) wider.

2.3.2 Vermögenslage

Das Vermögen der BGR besteht im Wesentlichen aus Forderungen gegenüber dem Zuschussgeber (327 T€). Die Passivseite besteht überwiegend aus Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote beträgt 65,2 % (Vorjahr 81,4 %). Daneben bestehen Rückstellungen und Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 124 T€ (davon 56 T€ kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten).

2.3.3. Finanzlage

Die BGR ist eingebunden in das Konzern cash-management eines Gesellschafters. Die Zinssätze für die Tagesgeldaufnahme- und anlage orientieren sich am EONIA (Euro OverNight Index Average).

Die BGR konnte im Geschäftsjahr 2014 von Ende Januar bis Mitte November Gelder anlegen. Zum Stichtag belief sich die Tagesgeldaufnahme auf 56 T€.

3. Nachtragsbericht

Die BGR hat aufgrund der auslaufenden Förderung durch das Umweltministerium NRW im März 2015 im Rahmen der ersten Bewerbungsphase eine Grundförderung über den sog. RegioCall des Landes NRW beantragt. Die Koordination des regionalen Antrags erfolgt über die Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (früher Bergische Entwicklungsagentur). Die BGR wird von der Region als relevante Institution zur strukturellen Stärkung der regionalen Wirtschaft und zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs im Bergischen Städtedreieck angesehen. Die Förderung der BGR ist daher in das Regionale Strukturprogramm als Projekt aufgenommen worden und wird mit der Priorität 1 eingestuft.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2014 haben sich nicht ergeben.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1. Prognosebericht

Die Aufgaben der BGR liegen im Geschäftsjahr 2015 u. a. in der Entwicklung neuer Projektideen und Einreichung weiterer Projektanträge, in der Weiterführung der laufenden Projekte, im Ausbau des Netzwerkes und der Bekanntheit der Marke „Neue Effizienz“, im Aufbau weiterer Kooperationspartnerschaften, in der Durchführung eigener Workshops und Kongresse, in der Akquirierung neuer Gesellschafter und in der Vorbereitung und Beantragung einer Folgeförderung.

Da die Förderung der Neuen Effizienz im Sommer 2015 ausläuft, wurde eine Grundförderung über den RegioCall im Rahmen der EFRE-Förderung der EU beantragt. Der offizielle Antrag kann jedoch erst in einer zweiten Bewerbungsphase eingereicht werden. Eine mögliche Bewilligung erfolgt frühestens ab dem 3.Quartal 2015 und wird daher in der Wirtschaftsplanung erst ab Januar 2016 berücksichtigt.

Neben der Grundförderung der Neuen Effizienz bemüht sich die BGR um weitere Projektförderungen, die über Arbeitsanteile an Einzelprojekten erfolgen soll. Dazu wird sich die BGR als direkter Konsortialpartner in Projektanträgen einbringen und darüber weitere Einnahmen aus Förderungen generieren.

Gleichzeitig zu Einnahmen aus Förderungen sollen Geschäftsbereiche aufgebaut werden, die rentabel sind. Damit sollen erstmalig Erlöse erwirtschaftet werden. Für das Jahr 2015 rechnet die Geschäftsführung mit einem Erlös von rd. 37 T€ und für die kommenden Jahre mit einem sukzessiven Wachstum. Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus Produkt-/Dienstleistungsentwicklungen, Honoraren für Vorträge/Weiterbildung, Sponsorenpaketen und Eintrittsgeldern bei Veranstaltungen/ Kongressen sowie Dienstleistungen für Unternehmen und Projektpartner.

Ein wichtiger Einnahmehereich soll durch die Etablierung und Durchführung von Energieeffizienz Netzwerken erfolgen. Diese Netzwerke sind Ergebnis einer Verbändevereinbarung zwischen deutschen Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung. Die BGR will diese Netzwerke anbieten und die Betreuung bis hin zur Beratung der teilnehmenden Unternehmen übernehmen.

Im Geschäftsjahr 2015 werden Aufwendungen in Höhe von 512 T€ geplant. Der geplante Jahresfehlbetrag beträgt 295 T€. Die Gesellschafter haben für das Geschäftsjahr 2015 Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 286 T€ zugesagt.

Die Durchführung eigener Projekte ist für 2015 aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren und des insgesamt geringeren Budgets zunächst bis auf die Unterstützung von Ökoprofit gestrichen worden. Unter eigenen Projekten versteht die Geschäftsführung Projekte, die ein Ergebnis erzielen, das durch die Allgemeinheit genutzt werden kann bzw. keinem direkten Unternehmen/keiner direkten Institution Nutzen bringt. Das ist z.B. die Erstellung der „EffizienzHausRoute“, die Unterstützung von „Ökoprofit“ im Bergischen Städtedreieck oder die Entwicklung von Dienstleistungsformaten zur Ansprache von Unternehmen.

4.2. Chancen- und Risikobericht

Ab 2015 entfällt die Förderung des Umweltministeriums, da die Fördermittelzusage des Landes NRW lediglich bis Mitte 2015 reicht. Ab diesem Zeitpunkt stehen verschiedene Möglichkeiten der Weiterführung der Gesellschaft zur Verfügung, z. B.

- Grundförderung durch den RegioCall
- Förderung aus Einzelprojekten
- Weitere Beteiligung der regionalen Wirtschaft an den Kosten der Gesellschaft
- Reduzierung der Kosten
- Erzielung eigener Erlöse,

die in Kombination genutzt werden sollen.

Risiken der BGR bestehen darin, dass die eingereichten Kosten vom Zuschussgeber nicht anerkannt werden. Diesem Risiko wird durch enge Abstimmung mit dem LANUV NRW entgegengewirkt. Weitere Risiken bestehen darin, dass Förderanträge insbesondere zur Grundförderung nicht genehmigt werden.

Wuppertal, den 29.04.2015

Die Geschäftsführung

Stiebel

3.12 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Bürger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	25.000,00	100,00
RNR Sana MVZ GmbH	12.250,00	49,00

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, Ismaning- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Oliver Bredel	bis 31.03.2014
Dr. Bernhard Schwilk	ab 01.04.2014
Gunnar Schneider	ab 01.04.2014

Aufsichtsrat:

Dr. Dorothea Dreizehnter –Vorsitzende-
 Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-
 Dr. Rainer Trapp
 Ulrike Hohberg
 Christian Engler
 Thomas Preuss
 André Lassak
 Gudrun Hedler
 Susanne Hochburger

Beirat: (bis 31.05.2014)

Lothar Sill	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Wieland Gühne	Ratsmitglied
David Schichel	Ratsmitglied
Susanne Pütz	Ratsmitglied
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Rita Jungesbluth-Wagner	
Uwe Ufer	
Dr. Bettina Stiel-Reifenrath	
Ralf Laflör	
Johannes Haun	
Thomas Kaster	
Dr. Frank Neveling	
Ulrich Schnell	
Volker Pleiß	
Rainer Wallenfang	
Hildegard Schrader	

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz und Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2014 2.976.461,39 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 €. Zum 31.12.2014 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2011	2012	2013
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	0,00	0,00	0,00
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2012	2013	2014
Ärztlicher Dienst	153,0	150,2	159,6
Pflegedienst	274,1	276,0	279,6
Med.-technischer Dienst	71,4	65,6	64,5
Funktionsdienst	111,8	110,0	110,6
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	0,0	0,0	0,0
Technischer Dienst	0,0	0,0	0,0
Verwaltungsdienst	48,1	47,6	48,2
Sonderdienste	6,1	5,9	8,0
Personal der Ausbildungsstätten	4,6	4,6	4,5
Sonstiges Personal	0,4	0,4	3,4
Gesamt	669,5	660,3	678,4

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2012	in %	2013	in %	2014	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	438	-5,4	423	-3,4	444	5,0
Pflegetage	144.080	2,9	131.855	-8,5	129.729	-1,6
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	19.519	-5,1	19.963	2,3	21.120	5,8
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	6,6	-2,9	6,1	-7,6	5,7	-6,6
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	89,9	2,6	85,4	-5,0	80,1	-6,2

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

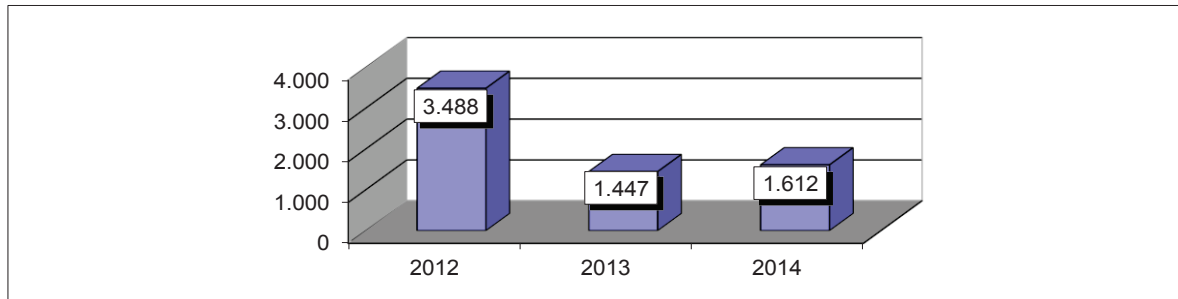
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	106	0,09	92	0,08	76	0,07
Sachanlagen	91.418	77,06	87.885	76,37	83.715	75,62
Finanzanlagen	2.065	1,74	1.825	1,59	1.825	1,65
Anlagevermögen	93.589	78,89	89.802	78,04	85.616	77,34
Vorräte	2.618	2,21	2.918	2,54	3.737	3,38
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	15.044	12,68	17.110	14,87	15.637	14,12
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.531	1,29	870	0,76	1.265	1,14
Umlaufvermögen	19.193	16,18	20.898	18,16	20.639	18,64
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.250	3,58	4.269	3,71	4.287	3,87
Rechnungsabgrenzungsposten	33	0,03	105	0,09	164	0,15
Latente Steuern	1.527	1,29	0	0,00	0	0,00
Aktiver Urteilsbetrag aus Vermögensverr.	42	0,04	0	0,00	0	0,00
Aktiva	118.634	100,00	115.074	100,00	110.706	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,61	3.100	2,69	3.100	2,80
Kapitalrücklage	9.445	7,96	9.526	8,28	9.606	8,68
Gewinnrücklagen	468	0,39	468	0,41	468	0,42
Gewinnvortrag(+)/ Verlustvortrag(-)	1.680	1,42	5.169	4,49	6.616	5,98
Jahresüberschuss(+)	3.489	2,94	1.447	1,26	1.612	1,46
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	18.182	15,33	19.710	17,13	21.402	19,33
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	15.342	12,93	14.360	12,48	13.441	12,14
Rückstellungen	8.444	7,12	7.450	6,47	7.113	6,43
Verbindlichkeiten	76.232	64,26	73.222	63,63	68.492	61,87
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	394	0,33	295	0,26	196	0,18
Rechnungsabgrenzungsposten	40	0,03	37	0,03	62	0,06
Passiva	118.634	100,00	115.074	100,00	110.706	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	90.199	90.041	97.584
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-131	134	222
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	4.867	6.481	9.522
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	121	130	254
Erträge	95.056	96.786	107.582
Aufwand nach dem KHG	3.195	3.065	3.153
Personalaufwand	46.604	47.218	50.866
Materialaufwand	22.558	22.692	25.500
Abschreibungen	5.926	6.011	6.185
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.632	12.923	16.273
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.975	1.764	3.809
Aufwendungen	90.890	93.673	105.786
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.166	3.113	1.796
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-678	-1.666	-184
Jahresüberschuss (+)	3.488	1.447	1.612
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

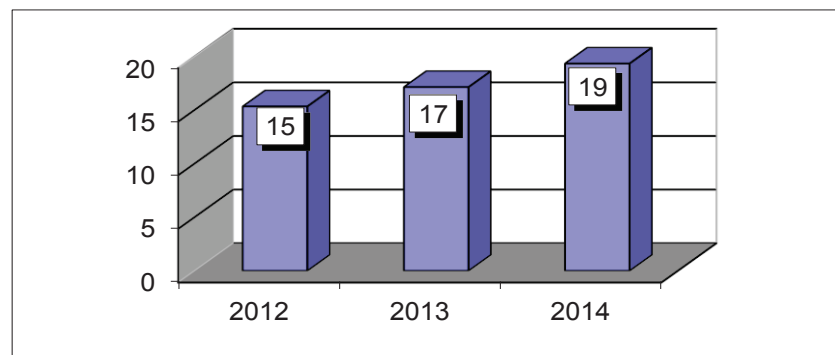
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3.488	1.447	1.612



Kennzahlen

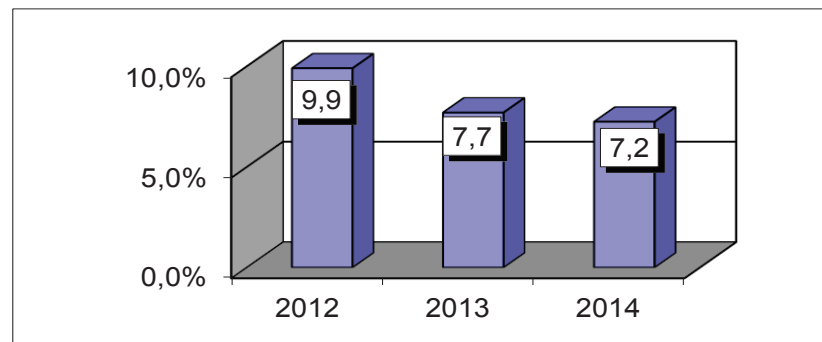
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	18.182	19.710	21.402
Bilanzsumme	118.634	115.074	110.706
% EK	15	17	19



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	3.488	1.447	1.612
Abschreibungen	5.926	6.011	6.185
	9.414	7.458	7.797
Gesamterträge	95.056	96.786	107.582
Cash-Flow	9,9%	7,7%	7,2%



Lagebericht 2014

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG in deren Konzernabschluss sie einbezogen wird. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid.

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2014 musste die deutsche Wirtschaft dem schwierigen internationalen Umfeld standhalten. Die angespannte Lage in der Ost-Ukraine, das weitere Vorrücken der Terror-Miliz Islamischer Staat im Nordirak und in Syrien sowie die Sanktionen mit Russland, haben jedoch auch die deutsche Konjunktur beeinflusst. Der ifo-Geschäftsklimaindex lag bereits im September 2014 mit 104,7 Punkten deutlich unter dem Vorjahresvergleichswert (September 2013 108,0 Punkte) und fiel damit im Jahresvergleich weiter ab.

Positiv wirkten die stabilen inländischen Rahmenbedingungen für die Finanzierung des Gesundheitswesens, wie stabile Beschäftigung, gute Einkommensentwicklung und geringe Inflation. Auf dem Arbeitsmarkt war eine solide Nachfrage zu beobachten. Der trendmäßige Aufbau der Beschäftigung hielt in 2014 an. Die Arbeitslosigkeit lag in diesem Jahr stabil bei knapp 3 Millionen und die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im September 2014 auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr hat sie um 0,1 Prozentpunkte abgenommen.

Die Inflationsrate blieb in 2014 auf niedrigem Niveau. So haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im September 2014 nur um 0,8 Prozent erhöht im Vergleich zum September 2013. Diese moderate Inflationsrate wirkte als reale Einkommenszuwächse bei den Beschäftigten aber auch bei den Beziehern gesetzlicher Renten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen am 04. September 2014 um 10 Basispunkte auf 0,05 Prozent gesenkt. Das niedrige Zinsniveau erzielt bislang jedoch nur sehr eingeschränkt einen positiven Effekt auf Investitionen in Infrastruktur wie zum Beispiel im Krankenhausbereich.

Die Finanzentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherungen verlief im Jahr 2014 weiterhin positiv. Im ersten Halbjahr 2014 wurden durch die gesetzlichen Krankenkassen Reserven von 517 Mio. EUR an die Versicherten über Prämienzahlungen und freiwillige Leistungen zurückgezahlt. Insgesamt betragen die Finanzreserven der gesetzlichen Krankenkassen rund 16,2 Mrd. EUR. Einnahmen in Höhe von 101,7 Mrd. EUR standen Ausgaben von 102,3 Mrd. EUR gegenüber. Die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen ist im We-

sentlichen auf die Beteiligung der Versicherten an den Finanzreserven durch Prämienzahlungen und freiwillige Leistungen zurückzuführen. Darüber hinaus wurden 73 Mio. EUR im Zuge des Risikostrukturausgleichs zwischen den Kassen als einnahmемindernder Tatbestand ausgewiesen. Ohne diese Sondereffekte erreicht die GKV im 1. Halbjahr 2014 ein weitestgehend ausgeglichenes Finanzergebnis. Es wird erwartet, dass die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds auch in 2014 ausreichen werden, um die Ausgaben der Krankenkassen zu decken. Gesundheitsfonds und Krankenkassen verfügen am Ende des 1. Halbjahres 2014 über Finanzreserven von rund 26,6 Mrd. EUR. Davon entfallen 16,2 Mrd. EUR auf die Krankenkassen und 10,4 Mrd. EUR auf den Gesundheitsfonds. ¹

Die Rahmenbedingungen des Krankenhaussektors wurden im Jahr 2014 durch die finanziellen Auswirkungen aus dem Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderungen bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung beeinflusst. Bundesweit sollten die gesetzlichen Änderungen den Krankenhäusern in den Jahren 2013 und 2014 durch folgende Regelungen etwa 1,1 Mrd. EUR an zusätzlichen Finanzmitteln ermöglichen ²:

1. Über den Versorgungszuschlag wird auch im Jahr 2014 das Abschlagsvolumen der vereinbarten Mehrleistungsabschläge pauschal an alle Krankenhäuser in einem Bundesland zurück fließen. Die Auszahlung erfolgt über den fallbezogenen Zuschlag ab 01.01.2014 in Höhe von 0,8 Prozent ³.
2. In den Jahren 2013 bis 2016 werden Neueinstellungen und Aufstockungen bereits vorhandener Teilzeitstellen von Hygienepersonal sowie die Qualifizierung von Pflegekräften und Ärzten zu Hygienepersonal über Fort- und Weiterbildungen über das Hygiene-Förderprogramm finanziell unterstützt. ⁴

Weiterhin gültig sind die Regelungen zum Mehrleistungsabschlag. 2014 beträgt die Abschlagshöhe 25 Prozent. Für Mehrleistungen, die im Jahr 2013 vertraglich vereinbart wurden, fällt auch im Jahr 2014 die sogenannte 2. Rate des Mehrleistungsabschlags von 25 Prozent an ⁵.

Der Bundesbasisfallwert für das Jahr 2014 betrug 3.156,80 EUR (unter Berücksichtigung der anteiligen Tarifierhöhungsrate von 0,21 Prozent für das Jahr 2013 und des Veränderungswertes von 2,81 Prozent). Für die Angleichung an den Bundesbasisfallwertkorridor sind die untere Korridorergrenze von 3.117,36 EUR (-1,25 Prozent) und die obere Korridorergrenze von 3.235,74 EUR (+2,5 Prozent) maßgeblich. ⁶

Am 17.10.2014 fand die 2./3. Lesung zum 5. SGB XI Änderungsgesetz im Deutschen Bundestag statt. Die Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses zur Fortführung des Versorgungszuschlag von pauschal 0,8 Prozent über das Jahr 2014 hinaus sowie die rückwirkende Einführung eines dreijährigen Mehrleistungsabschlags ab 2013 wurde angenommen. Die Auswirkungen dieses Gesetzes sind ab dem Jahr 2015 ergebniswirksam. Im Jahr 2014 sind unverändert die 2. Rate Mehrleistungsabschlag 2013 und die 1. Rate Mehrleistungsabschlag 2014 ergebnisrelevant. ⁷

2. Geschäftsverlauf

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH schließt das Geschäftsjahr mit einem über Vorjahr liegenden Jahresüberschuss ab. Der Geschäftsverlauf im Jahr 2014 ist geprägt durch eine deutlich über dem Vorjahr liegende Leistungsentwicklung im vollstationären Bereich.

Im Jahr 2014 konnten wichtige qualitätsverbessernde Ziele erreicht werden. Im Rahmen des Projektes zur Verbesserung der Patientenzufriedenheit wurde eine Vielzahl an Maßnahmen umgesetzt, insbesondere konnten in den Bereichen Zentrale Notaufnahme und Terminambulanz gezielte organisatorische Verbesserungen ermöglicht werden.

Die im Rahmen des Projektes eingeführte permanente interne Patientenbefragung zeigt darüber hinaus Handlungsbedarf in den Bereichen Kommunikation und Organisation. Allerdings beginnen die konzertierten Maßnahmen auch nachweisbar zu wirken. Im Zeitraum seit der Einführung der internen Patientenbefragung (10/2013) bis Mai 2014 ergab sich eine Gesamtzufriedenheit von 87,7% bei einem Vergleichswert aus dem Zeitraum Juni bis September 2014 von 90,4% (Steigerung um 2,7%). Die Rate der Weiterempfehlung stieg von 93,1% auf 97,7% (Steigerung um 4,6%-Punkte).

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 20.681 Fälle vollstationär behandelt. Die Leistungsentwicklung liegt damit 1.038 Fälle (5 %) über dem Vorjahr.

Leistungssteigerungen im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen in den Abteilungen Kardiologie (+524 Fälle), Gastroenterologie (+314 Fälle), Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde (+140 Fälle) und Unfallchirurgie (+118 Fälle) zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Verweildauer konnte im Vergleich zum Vorjahr signifikant von 6,13 Tagen auf 5,74 Tage gesenkt werden. Die durchschnittlichen effektiven Bewertungsrelationen (CasemixIndex) je Fall als Maß der durchschnittlichen Fallschwere beliefen sich im Jahr 2014 auf 1,071 (ohne teilstationäre Dialyse), was eine Steigerung um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.

Im Ambulanzbetrieb wurden insgesamt 46.064 Fälle, das sind im Vergleich zum Vorjahr 2.494 Fälle mehr, versorgt. Im teilstationären Bereich ist ein Rückgang der teilstationären Dialysen auf 3.572 Fälle zu verzeichnen.

Im Jahr 2014 konnte keine Entgeltvereinbarung für das Budgetjahr 2013 und 2014 geschlossen werden. Am 9. Dezember 2013 fand ein Strukturgespräch statt, Verhandlungen wurden bisher nicht geführt.

3. Darstellung der Lage des Unternehmens

Neben der Umbaumaßnahme der Bettenstation B06 sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche mit pauschalen Fördermitteln in Höhe von 1.176 TEUR und in Höhe von 832 TEUR mit Eigenmitteln finanziert wurden.

Die Hauptfinanzierungsquelle der Gesellschaft stellt nach wie vor das Cash-Pooling mit der Sana Kliniken AG dar. Die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter werden unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen und betragen zum Bilanzstichtag 2.448 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahr (4.645 TEUR) konnten die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool um rd. 47 % gesenkt werden.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1.612 TEUR erzielt.

Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber 2013 von 19.710 TEUR auf 21.402 TEUR.

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu. Die Liquidität der Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pool der Sana Kliniken AG jederzeit gesichert.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 40.400 TEUR durch die Sana Kliniken AG mussten im Jahr 2014 3.837 TEUR Zins und Tilgung aufgebracht werden. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Aufwendungen aufgrund einer Zinsanpassung um 1.040 TEUR erhöht.

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem über dem Vorjahresniveau liegenden Jahresüberschuss in Höhe von 1.612 TEUR. Die umfängliche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme belastet das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 3.955 TEUR.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat im Geschäftsjahr 2014 eine Betriebsleistung in Höhe von 100.902 TEUR erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Erhöhung um 10.339

TEUR, die insbesondere auf die deutliche Steigerung der vollstationären Leistungen zurückzuführen ist.

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Personalaufwendungen um 3.648 TEUR höher bei nunmehr 50.866 TEUR. Die Höhe der Personalaufwendungen ist einerseits tarifbedingt, andererseits wurden mehr Vollzeitkräfte im Ärztlichen Dienst beschäftigt als im Vorjahr.

Die Kosten des medizinischen Bedarfs sind bedingt durch eine 5 %-ige Fallzahlsteigerung gestiegen. Darüber hinaus ist die Materialquote zum einen bedingt durch die Verwendung materialkostenintensiverer Artikel zur Erbringung von neuen spezialisierten Verfahren in der Kardiologie und der Unfallchirurgie/Orthopädie und zum anderen durch den vermehrten Einsatz von Leihpersonal im ärztlichen- und pflegerischen Dienst gestiegen.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid vom 21.05.2014 erhält das Sana-Klinikum Remscheid für das Jahr 2014 eine Baupauschale in Höhe von 1.017 TEUR. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

4. Forschung und Lehre

Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden von der Gesellschaft nicht ausgeführt.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von wesentlichen Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Konzern-Richtlinie Risikomanagement enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch ihre risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risikomanagement-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht eine verpflichtende Ad-hoc-Risikoberichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Die Konzernrevision und beauftragte Dritte überprüfen im Rahmen regelmäßiger Prüfungs- und Beratungsleistungen die Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikomanagementsystems. Der Aufsichtsrat der Sana Kliniken AG hat einen Prüfungsausschuss bestellt, der sich mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems befasst.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse sowie des weiterhin geltenden Mehrleistungsabschlages, dessen Höhe nun mit 25 % jedoch für drei Jahre festgelegt wurde.

Neben vorgenannten Erlösrisiken besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlösrisiko durch Nichterreichen der geplanten stationären Leistungen. Da die Vorhaltungen der personellen und sächlichen Ressourcen nicht ad hoc angepasst werden können, kann ein Fallzahleinbruch einer einzigen Abteilung schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen.

Aus Sicht der Geschäftsführung liegen keine bestandsgefährdenden Risiken vor.

In der weiteren Verbesserung der internen Prozesse und einer damit einhergehenden Steigerung der Patientenzufriedenheit liegt die größte Chance der Gesellschaft. Die Geschäftsführung geht bei Fortsetzung des eingeschlagenen Weges davon aus, dass auch künftig ein Um-

satzwachstum oberhalb des Marktdurchschnittes erreicht werden kann.

6. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der Geschäftsführer Gunnar Schneider wird das Unternehmen aus familiären Gründen mit Ablauf des 2. Quartals 2015 verlassen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

7. Prognosebericht

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat als Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG ihre jährliche Unternehmensplanung auf Basis eines konzernweit standardisierten Planungsprozesses erstellt. Dabei werden die individuellen Leistungsdaten, erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen sowie die zukünftige Ausrichtung des medizinischen Portfolios der Einzelgesellschaft berücksichtigt. Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir insbesondere aufgrund bekannter gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie einem erwarteten Fallzahlenanstieg von einem steigenden Umsatz aus. Wir erwarten im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr aufgrund der bekannten Tarifentwicklung deutlich steigende Personalkosten. Insgesamt erwarten wir im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr ein leicht steigendes Ergebnis.

Remscheid, 4. Februar 2015

gez.

Gunnar Schneider
Dr. Bernhard Schwilk
-Geschäftsführung

¹⁾ Pressemitteilung Nr. 38 des Bundesministeriums für Gesundheit vom 02.09.2014

²⁾ das Krankenhaus 7.2013, S. 679

³⁾ § 8 Abs. 10 KHEntgG

⁴⁾ § 4 Abs. 11 KHEntgG

⁵⁾ § 4 Abs. 2a KHEntgG

⁶⁾ Vereinbarung gem. § 10 Abs. 9 KHEntgG für den Vereinbarungszeitraum 2014 vom 22.10.2013

⁷⁾ Plenarprotokoll 18/61 – stenografischer Bericht 61. Sitzung am 17.10.2014

3.13 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Rüttenscheider Straße 62
 45130 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach
Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Verwaltungsrat

Insgesamt 14 Mitglieder

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	2.424,00	2.424,00	2.424,00

3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal
Korzert 15
42349 Wuppertal
Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	3.523.475,00	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	1.248.475,00	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	225.000,00	4,50
Stadt Wuppertal	1.525,00	0,03
Stadt Remscheid	1.525,00	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>5.000.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg
Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender
Frank Braken	
Karlheinz Emmert	
Daniela Puzicha	
Ralph Güther	
Burkhard Mast-Weisz	Oberbürgermeister
Ingeborg Ockel	
Günter Pott	
Paul-Yves Ramette	
Bernhard Sander	
Ursel Simon	
Dr. Johannes Slawig	
Fred Surga	
Thomas Uebrick	
Peter-Edmund Uibel	
Andreas Weigel	
Frank Zittlau	

Andreas Feicht	beratendes Mitglied
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	beratendes Mitglied
Heinz-Werner Thissen	beratendes Mitglied

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 02.07.2014 und am 11.11.2014 war Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2014 14.054.902,52 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Verrechnungsbetrag aus US-Lease	88.039,46	95.734,94	202.053,61

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter	404	414	415

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

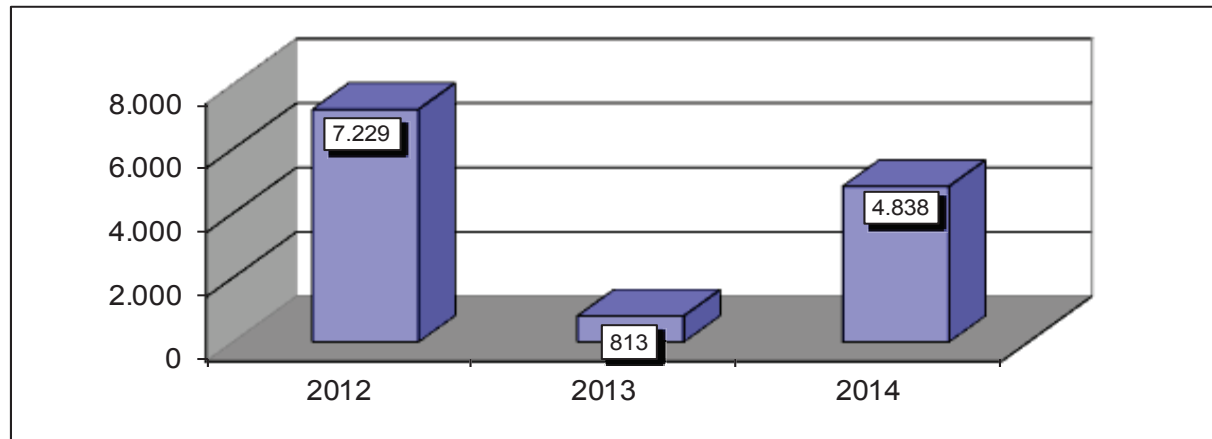
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	118	0,10	268	0,22	204	0,18
Sachanlagen	100.079	81,27	97.170	81,32	93.531	81,49
Finanzanlagen	234	0,19	201	0,17	168	0,15
Anlagevermögen	100.430	81,56	97.639	81,71	93.903	81,81
Vorräte	4.545	3,69	4.426	3,70	4.329	3,77
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	14.575	11,84	16.273	13,62	12.115	10,55
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	3.568	2,90	1.105	0,92	4.384	3,82
Umlaufvermögen	22.688	18,42	21.804	18,25	20.828	18,15
Rechnungsabgrenzungsposten	20	0,02	47	0,04	51	0,04
Aktiva	123.138	100,00	119.490	100,00	114.782	100,00
Gezeichnetes Kapital	5.000	4,06	5.000	4,18	5.000	4,36
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	15.000	12,18	15.000	12,55	15.000	13,07
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	20.000	16,24	20.000	16,74	20.000	17,42
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	19.259	15,64	21.836	18,27	23.844	20,77
Verbindlichkeiten	83.879	68,12	77.654	64,99	70.938	61,80
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	123.138	100,00	119.490	100,00	114.782	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	89.301	88.511	90.876
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	988	8.429	1.397
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8	7	6
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	288	4.247	409
Erträge	90.584	101.194	92.688
Materialaufwand	31.102	32.885	31.642
Personalaufwand	21.612	22.177	23.278
Abschreibungen	16.433	16.497	17.754
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.793	9.351	9.888
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.440	3.780	3.640
Aufwendungen	81.379	84.690	86.202
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.205	16.504	6.486
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	-15.000	0
Steuern von Einkommen und Ertrag	-1.794	-481	-1.442
Sonstige Steuern	-182	-210	-206
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-7.229	-813	-4.838
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

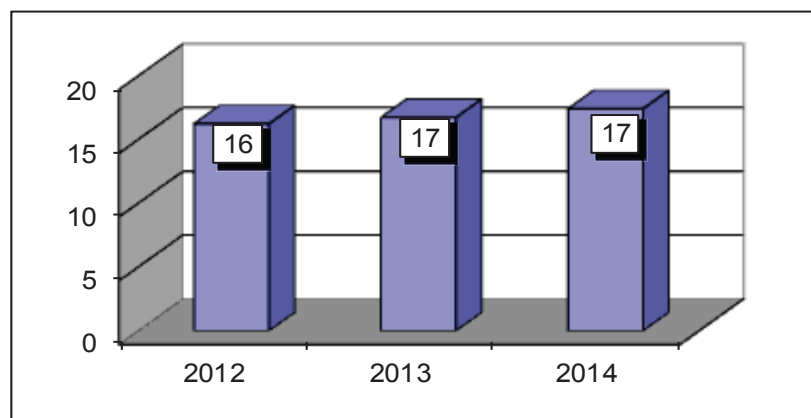
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	7.229	813	4.838



Kennzahlen

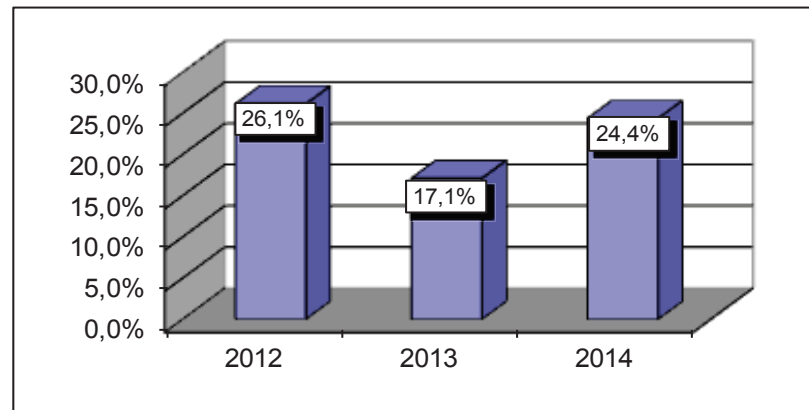
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	20.000	20.000	20.000
Bilanzsumme	123.138	119.490	114.782
% EK	16	17	17



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	7.229	813	4.838
Abschreibungen	16.433	16.497	17.754
	23.662	17.310	22.592
Gesamterträge	90.584	101.194	92.688
Cash-Flow	26,1%	17,1%	24,4%



Lagebericht zum 31. Dezember 2014

1. Grundlage des Unternehmens

Die Städte Wuppertal und Remscheid sowie die Stadtwerke von Wuppertal, Remscheid und Velbert sind die Gesellschafter der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal.

Die AWG wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient. Die Stadt Remscheid und der Kreis Mettmann hatten sich ebenfalls durch einen langjährigen Entsorgungsvertrag für die Verwertung und Beseitigung andienungspflichtiger Abfälle an die AWG gebunden, auch diese Entsorgungsaufträge wurden an den Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben. Auch für diese Entsorgungsaufgaben bedient sich der Entsorgungszweckverband u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten.

Der Entsorgungszweckverband EKOCity wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsbund gegründet. Zum 1.1.2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity partizipiert im Rahmen von langjährigen vertraglichen Vereinbarungen mit dem Entsorgungsbund von dieser kommunalen Kooperation, weil so der Abfallwirtschaftsverband EKOCity eine wirtschaftliche Auslastung des AWG-Müllheizkraftwerks mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet sichert.

Diese Mitgliedschaft der Gesellschafterstädte Wuppertal und Remscheid im Abfallwirtschaftsverband EKOCity und die daraus resultierende enge Zusammenarbeit der AWG mit allen Verbandsmitgliedern und den eingebundenen Entsorgungsunternehmen begründet eine positive wirtschaftliche Prognose für die AWG.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Durch die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist die Position der kommunalen Entsorgungswirtschaft dem Grunde nach gestärkt worden. Bei der Sammlung aus privaten Haushalten ergeben sich in der täglichen Praxis allerdings Konflikte bei der zunehmenden Sammlung von Wertstoffen, vor allem Alttextilien und Schrott durch gewerbliche Dritte. Besonders störend ist auch die gesetzeswidrige Sammlung von Elektroaltgeräten. Das umfängliche Anwachsen der Sammlungen durch gewerbliche Dritte hat wirtschaftlich spürbare Auswirkungen auf die Erlösseite der kommunalen Wertstoffsammlungen und bewirkt, dass diese nicht in vollem Maße zur Abfallgebührenstabilisierung beitragen können.

Das Preisniveau für Gewerbemüll verharrt im Berichtsjahr auf einem in der Gesamtschau als niedrig einzuschätzenden Niveau. Die Gewerbemengen sind im Berichtsjahr, gegenüber dem Vorjahr, merklich gestiegen.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Die Verbrennungsmenge des MKWs der AWG lag im Jahre 2014 bei 416.061 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe ist in Wuppertal fest etabliert und das Konzept einer flächendeckenden Vorhaltung umgesetzt. Mit fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht. Der Zuspruch und die Besucherzahlen sind weiterhin positiv. Die gesammelten Abfallmengen bewegen sich auf Vorjahresniveau. Einzelne Fraktionen, z.B. Grünschnitt sind leicht steigend.

Die Schadstoffsammlung der AWG wurde durch die Inbetriebnahme einer zusätzlichen stationären Schadstoffsammelstelle auf einem Recyclinghof ausgeweitet. Die mobile Sammlung von Schadstoffen an wechselnden Standorten im ganzen Stadtgebiet wurde weiterhin angeboten.

Alttextilien, Altmetalle, Schrotte und Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz stark schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel „Abfallverwertung“ und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 steigerte sich die angelieferte Abfallmenge um rd. 20.835 Mg auf 417.319 Mg (VJ 396.304 Mg).

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€ 52.875,2 (Vorjahr T€ 52.103,9).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 6.282,0 (Vorjahr T€ 6.732) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 87.872 Mg (VJ 88.234 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 71.194 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 16.678 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€ 11.542,7 (VJ T€ 10.521,5).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€ 505,5 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll entwickelte sich die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit durchschnittlich 5.370 gegenüber dem Vorjahr mit 5.312 leicht steigend.

Die Zahl der Frontumleerbehälter bleibt mit rd. 320 Stück gegenüber dem Vorjahr weitestgehend konstant.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (T€ 2.310,3) und Altkleider (T€ 427,4) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€ 63,1).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€ 418,5 generiert werden.

2.3 Darstellung der Lagen

Vermögenslage

Im Folgenden wird die Vermögenslage anhand einer Kurzbilanzübersicht der Jahre 2013 und 2014 wie folgt dargestellt:

	31.12.2013		31.12.2014	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	97.639	81,7	93.903	81,9
Umlaufvermögen	21.805	18,3	20.828	18,1
Aktive RAP	47	0,0	51	0,0
	119.491	100,0	114.782	100,0
Eigenkapital	20.000	16,7	20.000	17,4
Rückstellungen	21.837	18,3	23.844	20,8
Verbindlichkeiten				
- langfristig	56.735	47,5	49.503	43,1
- kurzfristig	20.919	17,5	21.435	18,7
	119.491	100,0	114.782	100,0

Die Reduzierung der Bilanzsumme in Höhe von rd. T€ 4.709 ist im Wesentlichen auf den planmäßigen Rückgang des Anlagevermögens bei gleichzeitiger Reduzierung der Verbindlichkeiten in Verbindung mit einem Anstieg der Rückstellungen zurückzuführen.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung zum 31.12.2014

	2013	2014
	T€	T€
1. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0
2. + Abschreibungen auf Anlagevermögen	16.497	17.754
3. +/- Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	2.578	2.008
4. - Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	-20	-5
5. -/+ Gewinn/Verlust aus Anlageabgängen	0	2
6. -/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.587	4.257
7. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-6.855	3.218
8. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	10.613	27.234

8.	+	Einzahlungen aus Anlageabgängen	145	191
		Einzahlungen aus Abgängen		
8a.	+	Finanzvermögen	61	33
9.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-13.913	-14.244
10.		Cashflow aus Investitionstätigkeit	-13.707	-14.020
		Auflösungen von Gewinnrücklagen	0	0
		Aufnahme Kredite	12.500	13.100
		Tilgung Kredite	-11.870	-23.034
11.		Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	630	-9.934
		Zahlungswirksame Veränderung des		
12.		Finanzmittelfonds	-2.464	3.280
13.		Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.568	1.104
14.		Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.104	4.384

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt. Neben den vorhandenen liquiden Mitteln stehen ausreichend verbindliche und derzeit nicht in Anspruch genommene Kreditlinien in Höhe von 3 Mill. Euro zur Verfügung. Die finanzielle Lage der AWG ist insbesondere aufgrund der bestehenden Verträge als ausgesprochen gut einzustufen.

Ertragslage

Die Darstellung der Ertragslage ergibt sich aus nachfolgender Übersicht

	2013	2014	Veränderung
	T€	T€	T€
Erlöse	88.511	90.876	2.365
Materialaufwand	32.885	31.642	-1.243
Personalaufwand	22.177	23.278	1.101
Abschreibungen	16.497	17.754	1.257
Betriebskosten	6.196	5.787	-409
Verwaltungskosten	1.473	2.403	930
sonst. betriebl.	1.682	1.697	15
Aufwendungen			
Betriebsergebnis	7.601	8.315	714
Beteiligungsergebnis	300	300	0
Zins und ähnliche Erträge	3.953	114	-3.839
Zinsaufwendungen	3.780	3.639	-141
Finanzergebnis	173	-3.525	3.698
sonst. Erträge	8.430	1.396	-7.034
a.o. Erträge/Aufwand	-15.000	0	15.000
Neutrales Ergebnis	-6.570	1.396	7.966

Ergebnis vor Steuern	1.504	6.486	4.982
Steueraufwand	691	1.648	957
Ergebnis vor Abführung	813	4.838	4.025
Auflösung Gewinnrücklage	0	0	0
Aufwand Ergebnisabführung	813	4.838	4.025
Bilanzgewinn	0	0	

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€ 14.244 durchgeführt.

Für den Neubau eines Verbrennungskessels wurden im Berichtsjahr Abschlusszahlungen in Höhe von rd. € 4.537 geleistet. Weiterhin wurden insgesamt T€ 1.792 für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und rd. T€ 628 in den Umbau des Recyclinghofs Bornberg sowie für die Beschaffung von Mulden, Pressen und Wertstoffcontainern aufgewendet. Zusätzlich wurden weitere T€ 4.561 für die im Bau befindliche Rostascheaufbereitungsanlage investiert.

Finanzierungsmaßnahmen

Im Rahmen der Umfinanzierung bestehender Darlehen aufgrund Beendigung der Zinsbindung wurden zwei neue Darlehen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von insgesamt 10,6 Mill. Euro aufgenommen bei gleichzeitiger Ablösung von Altdarlehen.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2014 beträgt 422. Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€ 23.277,5 (Vorjahr T€ 22.177,1).

Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2014 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden, wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und dem staatl. Umweltamt vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Bereiche „Sammlung und Transport“ sowie „Autorecycling“ zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

3. Nachtragsbericht

Nach Buchungsschluss und Erstellung der Bilanzen sind keine Vorgänge eingetreten, die die Ertrags, Finanz- oder Vermögenslage beeinflusst haben.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Aufgrund der abgeschlossenen Verträge und den nicht linear anfallenden Instandhaltungskosten wird für 2015 ein Jahresergebnis in Höhe von 4,7 Mil. Euro erwartet. Für das folgende Geschäftsjahr rechnet die AWG aufgrund der bestehenden Verträge mit einem leichten Umsatzrückgang.

Chancen- und Risikobericht

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen:

US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S.-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystem eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren der US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gem. den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäße Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW- und NRW Bank wieder hergestellt. Diese Bürgschaft war ursprünglich auf zwei Jahre befristet. Im Mai 2011 wurde die Option einer 3-jährigen Verlängerung – bis Mai 2014 – ausgeübt.

Die endgültige Risikoabsicherung bis zum Ende der Vertragslaufzeit erfolgte durch die Vertragsunterzeichnung im September 2013.

Sonstiges

Es werden für den mittel- und langfristigen Prognosezeitraum keine wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen. Durch die bestehenden Verträge mit der Stadt Wuppertal und EKOCity ist die Auslastung des Transportbereiches und der Verbrennungsanlage langfristig bei einer kostendeckenden Erlössituation und einem entsprechendem Unternehmensertrag gesichert.

5. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Liquiditätslage der AWG ist weiterhin als gut zu bezeichnen, es sind auch zukünftig keine finanziellen Engpässe zu erwarten. Zu den in der AWG bestehenden Finanzierungsinstrumenten zählen im Wesentlichen die Forderungen sowie die bestehenden Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle traten bisher aufgrund der speziellen Kundenstruktur nicht auf. Bei dem Finanzierungsmanagement verfolgt die Gesellschaft eine sehr konservative Risikopolitik. Vorhandene Geldüberschüsse werden auf Festgeldkonten angelegt, jegliche spekulative Geldanlage wird seitens der Geschäftsführung streng vermieden.

Wuppertal, 17. Februar 2015

Die Geschäftsführung

3.15 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	575.745	1.474	93,7	108.980	278.988,80	0,019
Vorzugsaktien	39.000	100	6,3	0	0	
Summe	614.745	1.574	100	108.980	278.988,80	0,018

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

341 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und -technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Dividendenausschüttung - netto -	160.473,05	liegt nicht vor	liegt nicht vor
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA Beadeanstalten Erstattung	57.486,95	liegt nicht vor	liegt nicht vor

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	10.500.000,00	60,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
RWE Deutschland Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften		Stammkapitalanteil	
		in €	in %
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH		22.000,00	22,00
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	*1)	6.838.490,88	5,30
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	*1)	5.499.090,00	4,05

*1) Kapitalanteil

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Hans-Peter Meinecke		Vorsitzender
Bernd Quinting	Ratsmitglied	1. Stellvertreter Vorsitzender
Helmut Börsch		2. Stellvertreter Vorsitzender
Thomas Blicke		
Katja von Doren (bis 31.03.2014)		
Dr. Inken Braunschmidt (ab 01.04.2014)		
Dr. Gerhard Holtmeier		
Andreas Karthaus		
Gabriele Schoffhauser		
Michael Kittelberger (ab 01.01.2014)		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
(bis 30.06.2014)		
Burkhard Mast-Weisz (ab 01.07.2014)	Oberbürgermeister	
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied	
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied	
Udo Rothstein		
Sven Wolf	Ratsmitglied	

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.327.014,86	6.907.979,88	7.270.058,90

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter/-innen	272	273	269

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2012	in %	2013	in %	2014	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	638,9	-0,5	663,7	3,9	668	0,6
	Umsatz T€	79.507	4,3	92.099	15,8	98.634	7,1
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.105	7,1	1.091	-1,3	949	-13,0
	Umsatz T€	47.505	11,2	46.184	-2,8	39.167	-15,2
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	6,1	-3,2	6,3	3,3	6,1	-3,2
	Umsatz T€	14.560	-5,9	15.430	6,0	14.850	-3,8
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	50,5	14,5	47,7	-5,5	39,0	-18,2
	Umsatz T€	4.581	19,6	4.500	-1,8	3.747	-16,7
	Gesamtumsatz T€	146.153	5,7	158.213	8,3	156.398	-1,1

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

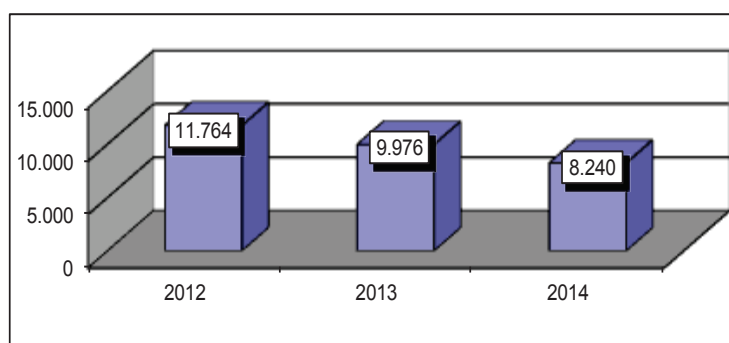
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.128	0,84	1.172	0,89	1.016	0,79
Sachanlagen	62.779	46,76	63.723	48,51	65.462	50,90
Finanzanlagen	34.302	25,55	35.913	27,34	36.646	28,49
Anlagevermögen	98.208	73,15	100.808	76,75	103.124	80,18
Vorräte	1.064	0,79	1.081	0,82	1.058	0,82
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	27.172	20,24	21.272	16,19	14.619	11,37
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	7.141	5,32	7.533	5,73	9.177	7,14
Umlaufvermögen	35.377	26,35	29.886	22,75	24.854	19,32
Rechnungsabgrenzungsposten	679	0,51	658	0,50	636	0,49
Aktiva	134.264	100,00	131.352	100,00	128.614	100,00
Gezeichnetes Kapital	17.500	13,03	17.500	13,32	17.500	13,61
Kapitalrücklage	66.316	49,39	66.316	50,49	66.316	51,56
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.816	62,43	83.816	63,81	83.816	65,17
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	5.167	3,85	4.805	3,66	5.003	3,89
Rückstellungen	10.067	7,50	10.478	7,98	13.006	10,11
Verbindlichkeiten	35.213	26,23	32.253	24,55	26.789	20,83
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	134.264	100,00	131.352	100,00	128.614	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

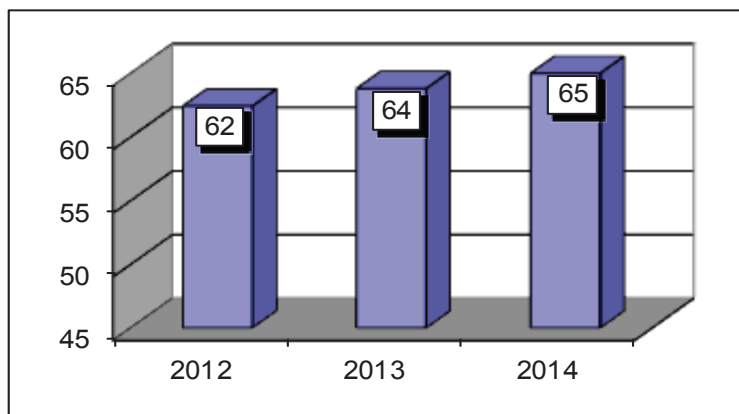
Jahr	2012	2013	2014
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	143.046	156.587	154.554
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	8	12	4
Andere aktivierte Eigenleistungen	421	531	691
Sonstige betriebliche Erträge	9.104	3.899	3.295
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	3	55	63
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	373	53	39
Erträge	152.955	161.137	158.646
Materialaufwand	97.052	108.171	107.674
Personalaufwand	17.115	17.320	17.543
Abschreibungen	6.612	6.678	6.192
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.653	15.174	14.201
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.511	738	331
Aufwendungen	137.943	148.081	145.941
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.012	13.056	12.705
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	1.227	1.441	1.182
Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter	2.021	1.639	3.283
Gewinnabführung an Organträger	-11.764	-9.976	-8.240
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	11.764	9.976	8.240

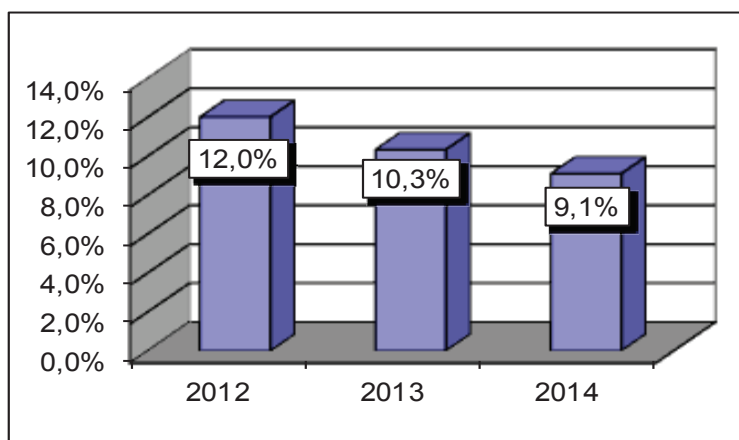
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	134.264	131.352	128.614
% EK	62	64	65



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	11.764	9.976	8.240
Abschreibungen	6.612	6.678	6.192
	18.376	16.654	14.432
Gesamterträge	152.955	161.137	158.646
Cash-Flow	12,0%	10,3%	9,1%



Lagebericht der EWR GmbH für das Geschäftsjahr 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Die EWR GmbH (EWR) ist das vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR), mit den strategischen Geschäftsfeldern Erneuerbare Energien, Vertrieb von Strom, Gas, Wasser, Energie-(effizienz)dienstleistungen und Netzbetrieb. Unser Netzgebiet erstreckt sich auf das Konzessionsgebiet der Stadt Remscheid. Die Aktivitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien werden in Remscheid und über Finanzbeteiligungen bestritten.

Der nach der Gemeindeordnung NRW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen einer sicheren, preiswürdigen und umweltschonenden Versorgung mit

Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Gemäß § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gehen wir im Lagebericht auf die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung ein. Bei der EWR umfassen diese Tätigkeiten den Betrieb der Elektrizitäts- und Gasverteildernetze. Die EWR unterliegt hierbei der Regulierung durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wie bereits im letzten Lagebericht ausgeführt, werden ab dem Geschäftsjahr 2014 die Geschäftsanteile der Gesellschaft von der Stadtwerke Remscheid GmbH (60 %), der Thüga AG (20 %) und von der RWE Deutschland AG (20 %) gehalten. Damit ist die RWE Deutschland AG neben der Thüga auf Grund des zwischen SR und EWR bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weitere außenstehende Gesellschafterin.

II. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

1. Wirtschaftliches Umfeld und Rahmenbedingungen

Der Konjunkturbericht der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid attestierte der bergischen Wirtschaft zum Jahresbeginn 2014 eine insgesamt gute Verfassung. Der Geschäftslageindex wuchs ausgesprochen deutlich gegenüber dem Herbst 2013. Im Städtevergleich konnte sich Remscheid allerdings nicht verbessern; im Städteranking lag Wuppertal vorn, gefolgt von Solingen und Remscheid. Zum Herbst 2014 berichtete die IHK von einem merklich rauer gewordenem Klima. Eine abgeschwächte Nachfrage zur Jahresmitte sowie die politische Krise in Osteuropa haben die konjunkturelle Dynamik spürbar gebremst. Trotz positiver Tendenzen zum Jahresanfang mussten im vierten Quartal des Jahres spürbare Einschnitte hingenommen werden. Beispielsweise nahmen die Industrieumsätze in Remscheid im Jahr 2014 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % ab, während für den IHK-Bezirk noch ein Plus von 3,2 % ermittelt wurde. Mit dieser Entwicklung bewegte sich Remscheid auf dem NRW-Niveau, das einen Rückgang von 0,9 % verzeichnete.

Der Arbeitsmarkt in der Region verzeichnete trotz schwächelnder wirtschaftlicher Gesamtentwicklung einen durchweg positiven Trend. Im IHK-Bezirk sank die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2014 gegenüber Dezember 2013 spürbar, und zwar von 10,4 % auf 9,0 %. In Remscheid veränderte sich die Quote von 9,0 % auf 8,0 % und liegt damit nur noch leicht über dem NRW-Landeswert (7,8 %).

Die insgesamt schwächelnde Konjunkturlage spiegelt sich bei der Remscheider Wirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Die Entwicklung der Industrieumsätze (wie berichtet -0,5 % gegenüber 2013) schlägt sich auch auf den Energieabsatz an die industriellen Kunden unserer Gesellschaft nieder. Die stagnierende Einwohnerzahl Remscheids und der effizientere Umgang mit Energie zeigen ebenfalls ihre Wirkung. Das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hat in unseren Absatzsegmenten Gas und Wärme Mengenverwerfungen historischen Ausmaßes hinterlassen. Der seit Jahren anhaltende Trend sinkender Wasserverbräuche setzte sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr fort.

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die stockende Entwicklung der Remscheider Wirtschaft schlägt sich auch in der Absatzbilanz der EWR nieder. Gepaart mit den historisch milden Witterungsverhältnissen in den Winterquartalen sowohl am Anfang als auch Ende des Geschäftsjahres, können wir in nahezu

allen Kundensegmenten die Absatzprognosen unserer Wirtschaftsplanung bzw. die Ist-Werte des Vorjahres nicht erreichen. Sehr frühzeitig haben wir mit Hilfe unserer Controllinginstrumente diese Tendenzen erfasst und zur Gegensteuerung - soweit möglich und vertretbar - massive Einsparmaßnahmen auf der Kostenseite eingeleitet und umgesetzt.

Die **gesamten Außenerlöse** der Gesellschaft sanken gegenüber dem Vorjahr von 156,6 Mio. € auf 154,6 Mio. € (- 1,3 %). Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - einschließlich Innenumsätze - verzeichnen wir eine unterschiedliche Entwicklung, insgesamt jedoch nahmen die Erlöse von 158,2 Mio. € um ca. 1,1 % auf 156,4 Mio. € ab. In der Sparte Strom verbuchten wir zwar einen Umsatzzuwachs - insgesamt ca. 6,5 Mio. € oder 7,1 % - der im Wesentlichen auf die notwendige Preisanpassung zum 01. Januar 2014 als Folge der erneuten Steigerung der EEG-Umlage zurückzuführen ist. Der geringere Anteil am Erlöszuwachs ist mengengetrieben und beruht auf der Belieferung neuer Individualkunden in fremden Netzgebieten. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - gegenüber dem Vorjahr ein Minus von ca. 7,0 Mio. € oder 15,2 % - ist überwiegend das Resultat des wärmsten Jahres seit der Aufzeichnung von Wetterdaten. Die Erlöse in der Wasserversorgung sanken unter der zusätzlichen Einwirkung negativer Rückrechnungsdifferenzen des Vorjahres um 0,6 Mio. € bzw. 3,8 % auf 14,85 Mio. €. In der Wärmeversorgung fielen die Erlöse - der Entwicklung der Gasversorgung folgend - um nahezu 0,8 Mio. € oder 16,7 % niedriger aus.

In der **Stromsparte** konnte der **Energievertrieb** im Stromnetz der EWR sowie in fremden Netzgebieten insgesamt 521,5 Mio. kWh absetzen und übertraf damit den Vorjahreswert um 30,1 Mio. kWh oder 6,1 %. Mit dem Ansatz unserer ursprünglichen Wirtschaftsplanung für 2014 verglichen, verfehlen wir diesen um etwa 4 %. Überschattet wird der Zuwachs im Vorjahresvergleich durch den Absatzzrückgang bei den Privat- und Gewerbekunden von mehr als 7 % im angestammten Remscheider Marktgebiet, der weniger auf Kundenverluste als auf spezifisch geringere Verbräuche und Einwohnerschwund zurückzuführen ist. Durch den erneuten starken Zugewinn von Individualkunden bzw. Liefermengen in fremden Netzgebieten (ca.+ 27 Mio. kWh) und „Rückkehrer“ im Stammgebiet konnte eine Überkompensation erreicht werden. Der Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** der EWR - hier zeigt sich insgesamt ebenfalls eine rückläufige Entwicklung - sank im Berichtsjahr um 4,0 % auf 553,6 Mio. kWh gegenüber noch 576,4 Mio. kWh im Jahr zuvor.

Der **Energievertrieb** konnte im Bereich der **Gasversorgung** nicht im Ansatz an das Absatzvolumen des letzten Jahres anknüpfen. Neben den extremen witterungsbedingten Einwirkungen waren auch wegen mangelnder Marktpulse im Berichtsjahr bei Remscheider Industrieunternehmen branchenspezifische Minderverbräuche an Produktionsgas zu beobachten. Kundenabwanderungen zu anderen Lieferanten konnten zum Teil durch die Akquisition und Belieferung in fremde Netzgebiete abgedeckt werden. Insgesamt lieferte der Energievertrieb der EWR in eigene und fremde Netzgebiete mit 841,3 Mio. kWh rund 132,0 Mio. kWh oder 13,6 % weniger Erdgas gegenüber dem Vorjahr. Naturgemäß hinterließen die Witterung und konjunkturspezifische Einflüsse auch beim Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** ihre Spuren: Mit 885,8 Mio. kWh wurde etwa 15,8 % weniger Erdgas durch das Verteilernetz der Gesellschaft geleitet.

Rechnerisch und damit allerdings auch umsatzrelevant, fällt der Trinkwasserabsatz der **Wasserversorgung** mit rund 5,8 Mio. m³ um 3,8 % niedriger aus als im Jahr zuvor. Dieser erneut deutliche Rückgang ist das Resultat aus notwendigen Rückrechnungen für das Geschäftsjahr 2013. Um diese Sondereffekte bereinigt wäre eine Absatzminderung von 1,8 % zu konstatieren, die den Trend vergangener Jahre in Folge gesunkener Einwohnerzahlen und Sparbemühungen in Remscheid leider mehr als bestätigt. Einschließlich Rohwasser wurden

im Berichtsjahr insgesamt knapp 6,1 Mio. m³ gegenüber ca. 6,25 Mio. m³ im Vorjahr (- 3,0 %) abgesetzt.

Der Wärmeabsatz in der **Wärmeversorgung** verfehlte mit etwa 39,0 Mio. kWh (gegenüber 47,7 Mio. kWh in 2013) um 18,4 % die Vorjahresmarke und folgt tendenziell in den Ursachen für diese Entwicklung der Gasversorgung.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal den **Absatz- und Umsatzbereich** der Energie- und Wasserversorgung (einschließlich Netzwirtschaft) im abgelaufenen Geschäftsjahr zusammen:

		Absatz *1)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *2) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	668,0	+ 0,6	98,6	+ 7,1
Gasversorgung	Mio. kWh	948,6	./. 13,0	39,2	./. 15,2
Wärmeversorgung	Mio. kWh	39,0	./. 18,4	3,7	./. 16,7
Wasserversorgung	Mio. m ³	6,1	./. 3,0	14,8	./. 3,8
Gesamt				156,4	./. 1,1

*1) einschl. Durchleitung Strom und Gas sowie Eigenverbrauch,

*2) ohne Nebengeschäfte und Auflösung BKZ

Die **betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft - etwa 145,7 Mio. € gegenüber 147,3 Mio. € im Vorjahr - werden insbesondere durch die Material- und Personalkosten, die Abschreibungen sowie die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Größte Einzelposten beim **Materialaufwand** sind die Energie- und Wasserbezugskosten sowie die Transportnetzkosten Strom und Gas, die mit insgesamt 103,9 Mio. € nahezu deckungsgleich die Kostengröße des Vorjahres von 104,0 Mio. € einnehmen. Differenziert betrachtet stiegen die Aufwendungen für den Strombezug und die hierfür zu entrichtenden Netzentgelte einschließlich KWK-Zuschlag um 8,3 %, während die Gasbezugskosten und die entsprechend zu zahlenden Netzentgelte infolge der Witterungseinflüsse um 18,5 % sanken.

Die **Personalkosten** nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 17,5 Mio. € und damit nur etwa um 0,2 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2013. Zum 31.12.2014 beschäftigte die EWR 269 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 4 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die auf kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnete betriebswirtschaftliche Kennzahl sank noch deutlicher von aufgerundet 252 Personen im Vorjahr auf 246 Personen zum Bilanzstichtag. Zum Jahresende befanden sich wieder 14 junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht (bezogen auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und in der Freizeitphase der Altersteilzeit befindliche Beschäftigte) wie im Vorjahr einer Ausbildungsquote von 5,7 %.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen verliefen planmäßig und fließen mit etwa 6,2 Mio. € (ca. 6,7 Mio. € i. Vj.) in die Ergebnisrechnung der EWR ein. Sie orientieren sich an den Nutzungsdauern der aktivierten Wirtschaftsgüter und den Neuinvestitionen der Gesellschaft.

Von den **übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entfällt der „Löwenanteil“ auf die an die Stadt Remscheid zu entrichtende Konzessionsabgabe (KA). Die KA - abgeleitet von den in der Netzwirtschaft durchgeleiteten Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,0 Mio. € um ca. 0,4 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahreswertes.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** der EWR schließt über alle Sparten mit einem Gewinn in Höhe von 12,7 Mio. € (13,1 Mio. € i. Vj.) ab. Damit liegt das Ergebnis - trotz der Absatzeinbrüche in der Gaswirtschaft - nur um ca. 0,4 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis, jedoch um 1,0 Mio. € über unserem ursprünglichen Planansatz. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehenden Gesellschafterinnen Thüga AG und RWE Deutschland AG, der hierauf abzuführenden Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern des Unternehmens, verbleibt ein Überschuss in Höhe von ca. 8,2 Mio. € gegenüber 10,0 Mio. € zum Bilanzstichtag des Vorjahres. Der Vergleich ist nur eingeschränkt zulässig, weil im Vorjahreswert noch der auf die RWE Deutschland AG entfallende anteilige Jahresgewinn enthalten ist. Der erwirtschaftete Jahresgewinn wird auf der Basis des ab 2011 gültigen Ergebnisabführungsvertrages (in geänderter Fassung vom 12. November 2013) an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

3. Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügte die EWR über flüssige Mittel in Höhe von 9,2 Mio. € (7,5 Mio. i. Vj.).

Im Rahmen einer Kooperation mit der Stadtsparkasse Remscheid wurde im Herbst 2014 der „Sparkassenbrief EWR-Energieinitiative“ aufgelegt und interessierten Privatkunden als festverzinsliche Geldanlage angeboten. Über den innerhalb weniger Tage ausverkauften Sparbrief wurden von der Stadtsparkasse 3 Mio. € vereinnahmt und im Wege eines endfälligen Darlehens der EWR für Investitionen in regenerative und energieeffiziente Energieversorgung zur Verfügung gestellt. Die übrigen langfristigen Darlehen von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich - ohne die 3,0 Mio. € Neuaufnahme - auf ein Restvolumen von ca. 7,1 Mio. € (8,1 Mio. € i. Vj.). Einschließlich des zuvor genannten Neudarlehens beanspruchen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 7,9 % der Bilanzsumme.

Für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr verausgabte die Gesellschaft Finanzmittel in Höhe von 8,6 Mio. € gegenüber 9,6 Mio. € im Vorjahr. Diese Mittel wurden in immaterielle Vermögensgegenstände und Sach- sowie Finanzanlagen investiert. Gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten jedoch zurück, und zwar um etwa 1,7 Mio. €.

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen gut 42 % auf die Stromversorgung (einschließlich Straßenbeleuchtung), rund 22 % auf die Gasversorgung, ca. 17 % flossen in die Wasserversorgung und etwa 6 % wurden im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“ investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen gut 13 % der Finanzmittel. In Finanzanlagen, der Beteiligung an Green GECCO, wurden ca. 0,7 Mio. € investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene und fremdbeschaffte Liquidität zurückgegriffen werden. Der Cashflow beläuft sich - bereinigt um das abzuführende Jahresergebnis - auf knapp 5,7 Mio. € (6,0 Mio. € i. Vj.).

Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft 79,8 % der Bilanzsumme gegenüber 76,3 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass die Bilanzsumme um ca. 2,7 Mio. € auf etwa 128,6 Mio. € gesunken ist. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 83,8 Mio. € oder ca. 65,2 % der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir - getrennt nach Energie- und Wasservertrieb sowie Netzwirtschaft - spartenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das im Ergebnis in gleicher Tiefe und Breite in differenzierte Erfolgsrechnungen mündet. Analysiert werden sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich - beispielsweise die Absatz- und Umsatzentwicklungen (gegliedert nach Kundengruppen, Beschaffungs- und Netzkosten), Margenentwicklungen, sonstige Betriebskosten, Investitionen sowie verschiedene Parameter rund um die Personalentwicklung. Diese Instrumentarien verschaffen uns die Möglichkeit, frühzeitig Abweichungen zu erkennen, um bei Fehlentwicklungen, die das geplante Unternehmensergebnis gefährden, Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Zum dritten Mal in Folge wurde der EWR das Creditreform Bonitätszertifikat „CrefoZert“ verliehen und ihr erneut eine sehr gute Bonität bescheinigt. Basis ist eine Analyse der Creditreform Rating AG, deren Neutralität und Objektivität durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zertifiziert wurde.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt - somit auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und Energieeffizienz - sowie unserer Arbeitnehmer.

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Die Zertifizierung muss alle drei Jahre erneuert werden; zuletzt geschah dies mit sehr gutem Ergebnis im November 2013. Im Rahmen des alljährlichen Umweltaudits im Herbst 2014 wurde die erteilte Zertifizierung uneingeschränkt bestätigt.

Arbeitsschutz ist ein stets im Fokus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von der bereits ausgesprochen geringen Anzahl des Vorjahres (5) nochmals auf aktuell 4 Vorfälle - davon 2 meldepflichtig - reduziert. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltag sanken erheblich von 113 auf 10 Tage.

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

IV. Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2014 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2015 bis 2018, erwarten wir für das Jahr 2015 ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von 11,6 Mio. € gegenüber 12,7 Mio. € im Berichtsjahr. Für den Prognosezeitraum 2016 bis 2018 rechnen wir mit einem mittleren korrespondierenden Jahresergebnis um 11,3 Mio. €.

Bei dieser Prognose haben wir auf der Aufwandsseite wieder ein Normaljahr unterstellt und bewegen uns tendenziell damit unter der Ergebnislage des Berichtsjahres. Diese Entwicklung überrascht nicht und es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Gesellschaft, diese Ziele zu erreichen. Verschärfter Wettbewerb auf der Vertriebsseite, Bevölkerungsrückgang in Remscheid und Energieeffizienzmaßnahmen, die ebenfalls zu Verbrauchsrückgängen bei unseren Kunden führen werden, sind als Herausforderungen anzusehen. Gestützt werden die Ergebnisziele durch die aus der ersten Regulierungsperiode stammenden und auf dem Stromregulierungskonto angesammelten Mindererlöse, die in der zweiten Regulierungsperiode 2015 bis 2018 zu Gunsten der Erlösobergrenze verzinslich zu vergüten sind.

Nach Abzug der Ausgleichszahlungen an die außenstehenden Gesellschafterinnen Thüga AG und RWE Deutschland AG, der hierauf abzuführenden Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern des Unternehmens, erwarten wir für 2015 ein an die Stadtwerke Remscheid abzuführendes Jahresergebnis in Höhe von rund 7,8 Mio. € gegenüber 8,2 Mio. € im Berichtsjahr.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2015 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung wieder uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 12,9 Mio. €, das vorsorglich rund 3,0 Mio. € für die Stärkung unserer bestehenden Finanzbeteiligungen im regenerativen Bereich vorsieht. Bei den Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter stehen keine Einzelmaßnahmen von besonderem finanziellem Gewicht hervor. Im Stromverteilnetz wird die bereits in 2013/14 begonnene Erneuerung der über 50 Jahre alten Umspannanlage in Remscheid-Lennep planmäßig fortgesetzt und der Neubau der alten Umspannanlage Luckhausen begonnen. Aufgrund des wachsenden Interesses von Industrie und Gewerbe haben wir für den weiteren Ausbau unseres Breitbandnetzes Finanzmittel in den Investitionsplan eingestellt. Für den Prognosezeitraum 2016 bis 2018 haben wir Gesamtinvestitionen mit einem durchschnittlichen Jahresvolumen von etwa 10,6 Mio. € vorgesehen.

Die Liquiditätssituation der Gesellschaft ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden wir voraussichtlich ergänzend Fremdmittel einsetzen.

Laut IHK-Konjunkturbericht präsentiert sich die bergische Wirtschaft zum Jahresanfang 2015 zwar insgesamt in einer soliden Verfassung, allerdings zeigen die bergischen Großstädte ein uneinheitliches Bild. Remscheid fällt im Städteranking immer noch deutlich ab. Absatzwirtschaftlich können wir jedoch im angelaufenen neuen Geschäftsjahr im Gegensatz zum Vergleichszeitraum des letzten Jahres - insbesondere in der Gasversorgung - eine durchaus erfreuliche Entwicklung konstatieren. Die vergleichsweise deutlich niedrigeren Temperaturen bescherten uns im ersten Quartal 2015 auf der Absatzseite eine solide Grundlage für den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres.

In den ersten drei Monaten des neuen Jahres haben wir in der Stromversorgung beim Gesamtabsatz im eigenen Netz die Ziele unserer unterjährigen Planungsrechnung nahezu erreicht. Einschließlich der Liefermengen an Kunden in fremden Netzgebieten treffen wir zwar mit einer Abweichung von - 0,6 % nicht ganz unsere Prognose, übertreffen jedoch die korrespondierenden Vorjahresmengen um 2,5 %.

In der Gasversorgung zeigen sich die Witterungseinwirkungen besonders deutlich: Die gesamten Gaslieferungsmengen im eigenen und fremden Netzgebiet zeigen gegenüber unserer Planungsrechnung für das erste Quartal einen Zuwachs von 5,5 % und im Ist/Ist-Vergleich sogar ein Plus von mehr als 18 %. Der Wärmeabsatz folgt in seiner Entwicklung tendenziell der Gassparte.

In der Wasserversorgung zeigt sich noch kein klares Bild. Der Wasserabsatz liegt in den ersten drei Monaten marginal über dem Niveau unserer Prognose und den Ist-Werten des vergangenen Jahres.

Wenngleich die absatzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des ersten Quartals gegenüber dem korrespondierenden Vorjahreszeitraum sichtlich bessere sind, können allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt insgesamt noch keine hinreichenden Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2015 gezogen werden.

V. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahreswechsel 2014/2015 sind im Konzern sechs Risiken identifiziert und bewertet - davon vier ausschließlich die EWR betreffend. Zwei dieser Risiken (Wasserpreisabsenkung und rechtsunsichere Preisanpassungsklauseln) werden in der Prioritätenklasse B, die anderen in der Prioritätsklasse C geführt, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das Vertriebs- und Netzzisiko aus dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang in Remscheid.

Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Hierunter fallen u. a. auch Eventualfolgen aus dem weiteren Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 24.10.2014 zur Vereinbarkeit des Preisänderungsrechts in der früheren Tarifikunden- bzw. heutigen Grundversorgung mit den europäischen Transparenzvorgaben der Strom- und Gasrichtlinien. Noch offen und zu entscheiden ist die Rückwirkungsfrage. Die von uns bereits in den Jahren 2012/2013 gebildete Rückstellung haben wir aus unserer Risikoeinschätzung heraus vorsorglich nochmals aufgestockt. Darüber hinaus bestehen keine Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können oder den Bestand der Gesellschaft gefährden.

2. Chancenbericht

Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz breit genutzt. Der Ausbau unserer Beteiligungen an Green GECCO und der THEE und damit im Segment der regenerativen Energieerzeugung ist im Geschäftsjahr 2014 weiter fortgeschritten. Bei Green GECCO kam ein fünfter Windpark mit einer Leistung von 26 MW hinzu. Damit verfügt die Gesellschaft über 53 Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 80 MW. Die THEE konnte im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes einen weiteren Windpark mit einer installierten Erzeugungsleistung von 18 MW an das öffentliche Netz anschließen und damit ihren Gesamtbestand auf

insgesamt 111 Windenergieanlagen mit einer Leistung von mehr als 200 MW ausbauen. Weitere Projekte zum Ausbau des bestehenden Portfolios sind in der Planung.

Neben unserem Engagement in Finanzanlagen der regenerativen Energieerzeugung haben wir eigene Projekte umgesetzt bzw. optimiert. Das im Dezember 2013 in Betrieb genommene Biogas-BHKW am Sauna- und Badeparadies H₂O konnte erstmals ganzjährig seine volle Leistungskraft entfalten und CO₂-neutral rund 7,5 Mio. kWh Strom und ca. 8 Mio. kWh Wärme produzieren. Darüber hinaus haben wir eine weitere Photovoltaikanlage mit 36 Solarmodulen installiert, und zwar auf dem Dach der neuen Stromübernahmestation in Remscheid-Lennep.

Das große Interesse der Remscheider Bürger an regenerativ erzeugtem Strom ist ungebrochen. Das seit Frühjahr 2011 verfügbare neue Stromprodukt „EWR Natur“ (aus 100 % Wasserkraft) erfreut sich weiterhin reger Nachfrage. Wurden im Jahr 2011 „nur“ 800 Haushalte hierüber versorgt, so stieg die Zahl in 2014 auf mehr als 7.100 Haushalte an. Auch für das laufende Geschäftsjahr sehen wir noch Ausbaupotenzial. Unser größter Ökostromkunde außerhalb Remscheids ist der Tierpark Hagenbeck in Hamburg.

Die mit der Entwicklung der Energiewende einhergehenden Anforderungen an Netzinfrastrukturen und dem damit verbundenen Datentransport resultieren nicht allein aus der im Energiewirtschaftsgesetz bereits fixierten Einführung intelligenter Zähler. Den bereits vor zwei Jahren eingeschlagenen Weg, strukturiert und gezielt unser Breitbandnetz auszubauen, verfolgen wir weiterhin konsequent. Neben der Weiterentwicklung der EWR als Infrastrukturdienstleister sind wir in Untersuchungen eingetreten, im Rahmen einer Kooperation als Dienstleister auch in den Telekommunikationsmarkt einzutreten. Die Bewertung des Chancen-/Risikoprofils unter Berücksichtigung einer Markteintrittsstrategie stehen im neuen Geschäftsjahr im Fokus unserer Überlegungen.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg, die Gesellschaft als „den“ lokalen Energieeffizienz- und Energiedienstleister zu etablieren. Hierzu zählt insbesondere der weitere Ausbau des Geschäftsfeldes „Wärmeversorgung/Contracting“, das Wachstumspotenziale ausweist.

VI. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die EWR GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft ist zentraler Bestandteil der konzernweit eingesetzten Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 30. April 2015

Geschäftsführung
Prof. Dr. Hoffmann

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	100.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

York Edelhoff, Vorsitzender
 Therese Jüttner, stellv. Vorsitzende
 Beate Wilding (bis 30.06.2014)
 Burkhard Mast-Weisz (ab 01.07.2014)

Ratsmitglied
 Oberbürgermeisterin
 Oberbürgermeister

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter/-innen	6	8	6

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€ aufgeteilt auf:	2012	2013	2014
Kurzparker	556	635	702
Dauerparker	253	300	313
Dienstleistungen	93	88	86
Gesamtumsatz T€	902	1.023	1.101

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

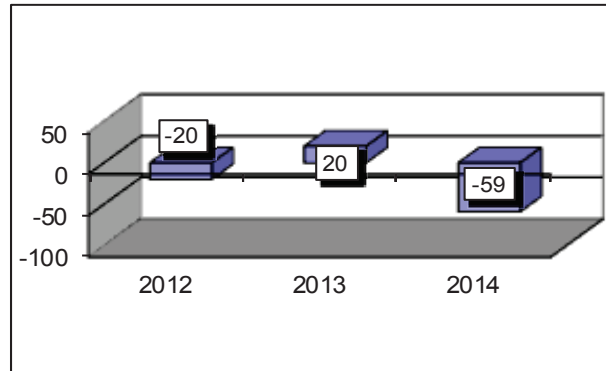
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,03	5	0,14	4	0,12
Sachanlagen	3.388	95,08	3.330	94,68	3.277	94,36
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	3.389	95,11	3.335	94,83	3.281	94,47
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	54	1,52	35	1,00	83	2,39
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	120	3,37	147	4,18	109	3,14
Umlaufvermögen	174	4,89	182	5,17	192	5,53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	3.563	100,00	3.517	100,00	3.473	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,81	100	2,84	100	2,88
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,03	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	99	2,78	100	2,84	100	2,88
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	212	5,96	231	6,57	337	9,70
Verbindlichkeiten	3.252	91,26	3.134	89,11	2.991	86,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	52	1,48	45	1,30
Passiva	3.563	100,00	3.517	100,00	3.473	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	902	1.023	1.102
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	33	64	329
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	1	5
Erträge	935	1.088	1.436
Materialaufwand	199	218	202
Personalaufwand	232	258	246
Abschreibungen	79	86	88
Sonstige betriebliche Aufwendungen	326	391	827
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	95	86	81
Aufwendungen	932	1.039	1.444
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	49	-8
Sonstige Steuern	-23	-28	-51
Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme	20	-20	59
Jahresüberschuss (+)	0	1	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

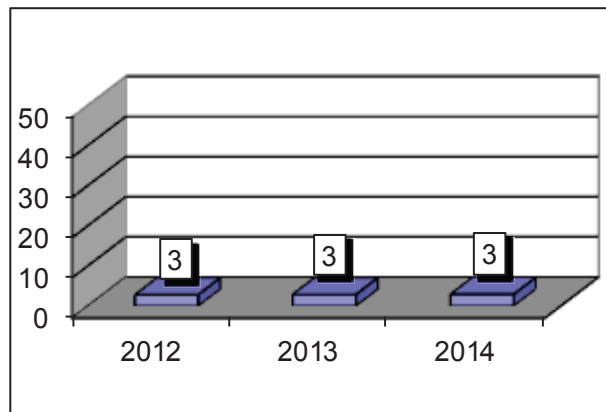
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung (+) / Verlustübernahme (-)	-20	20	-59



Kennzahlen

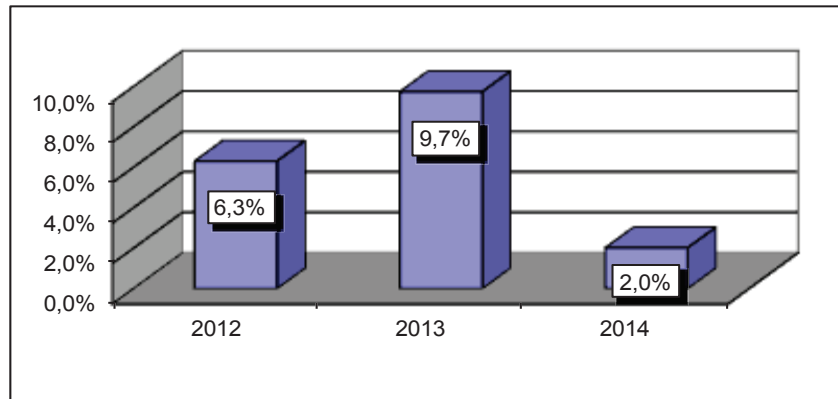
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	100	100
Bilanzsumme	3.563	3.517	3.473
% EK	3	3	3



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Erg. v. Gewinnabf.	-20	20	-59
Abschreibungen	79	86	88
	59	106	29
Gesamterträge	935	1.088	1.436
Cash-Flow	6,3%	9,7%	2,0%



Lagebericht der Park Service Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2014

Grundlagen des Unternehmens

Seit nunmehr 10 Jahren ist die Park Service Remscheid GmbH (PSR) im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH etabliert und mit ihren Geschäftsaktivitäten führend in Remscheid. Der Gegenstand der PSR ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener und gepachteter Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Remscheid GmbH.

Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht nach wie vor im Wesentlichen auf zwei Säulen: dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das operative Geschäft der Gesellschaft ist grundsätzlich als positiv zu beurteilen. Allerdings wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Unterschlagungsfall von erheblichem Ausmaß festgestellt, der auch zurückliegende Jahre umfasst. Gegen den Tatverdächtigen, einem zwischenzeitlich ausgeschiedenen Mitarbeiter, wurde Strafanzeige gestellt. Parallel wurden die zivilrechtlichen Ansprüche über das Arbeitsgericht geltend gemacht. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sowie das arbeitsgerichtliche Verfahren dauern zum Zeitpunkt der Berichterstattung an. Verschiedene Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind von diesem Ereignis tangiert, so dass diese im Vergleich zum Vorjahr zum Teil erheblich abweichen. An geeigneter Stelle werden wir hierauf eingehen.

Die Gesellschaft schließt im Berichtsjahr – aufgrund der durch diesen Ausnahmevergang ausgelösten und notwendigen Bildung von Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten – nach dem erstmals positiven Jahresergebnis 2013 mit einem Verlust vor Ergebnisausgleich ab. Um diese Sondereinflüsse bereinigt, wäre erneut ein angemessener Gewinn erwirtschaftet worden.

Die Gesamterlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen haben wir um die in 2014 unterschlagenen Erlöse, die ausschließlich den Kurzparkerbereich betreffen, gekürzt und dem neutralen Ergebnis zugeordnet. Die so bereinigten Gesamterlöse überschritten im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Wert von 1.069 T€ erneut die Millionengrenze. Damit wurde die korrespondierende Vorjahresgröße um 4,5 % überschritten. Ab August 2014 wurde diese positive Entwicklung durch eine moderate Taktanpassung für Kurzparker in zwei Parkhäusern der PSR gestützt. Einmal mehr erhalten wir die Bestätigung, dass das neue Pachtobjekt an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid - Vertragsbeginn ist der 1. Januar 2013 - einen wichtigen Beitrag zur Erlös- und Ergebnisverbesserung leistet.

Das Segment der Kurzzeitparker - dieses bestreitet knapp 63 % (i. Vj. 62 %) des Gesamtumsatzes - erfuhr trotz der Umgliederung der unterschlagenen Erlöse eine Belebung: Die Umsätze stiegen bereinigt auf rund 670 T€ gegenüber 635 T€ (+ 5,6 %) im Jahr zuvor. Bei der Kundengruppe der Dauerparker verzeichnen wir mit etwa 313 T€ ebenfalls einen Erlöszuwachs, und zwar von 4,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Das Umsatzplus, insbesondere im Kurzzeitparkerbereich, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mangelnden wirtschaftlichen Impulse zur Belebung der Remscheider Innenstadt - insbesondere im unteren Bereich der Alleestraße - nach wie vor das Kurzparkergeschäft belasten und für stagnierende Parkvorgänge sorgen.

Zum 31.12.2014 stehen in den eigenen und gepachteten Parkobjekten wie im Vorjahr insgesamt etwa 1.200 Stellplätze zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag wieder gut 650 von Dauerparkern in Anspruch genommen werden.

Das operative Jahresergebnis der Gesellschaft berücksichtigt mit - 60 T€ bereits Rückstellungen und sonstige Verbindlichkeiten aus dem angesprochenen Unterschlagungsvorgang und ist insofern nicht mit dem Vorjahresergebnis von 22 T€ vergleichbar. Um diesen Sondervorgang bereinigt, wäre das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr deutlich besser ausgefallen. Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Geschäft mit Kurzzeitparkern. Trotz infrastruktureller Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen kann die wirtschaftliche Lage insgesamt als stabil mit positivem Trend bezeichnet werden.

Zwischen der Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresfehlbetrag 2014 vor Verlustübernahme in Höhe von ca. 60 T€ wird entsprechend dieser vertraglichen Vereinbarung von den Stadtwerken Remscheid ausgeglichen; das Ergebnis der Gesellschaft schließt demnach mit Null ab.

Die Park Service Remscheid GmbH kommt nach wie vor mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 246 T€ (258 T€ i. Vj.) ca. 23 % der bereinigten betrieblichen Erträge in Anspruch. Zum Bilanzstichtag beschäftigt die Gesellschaft 6 (i. Vj. 8) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die mit Gründung der PSR übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet sich die Vergütung nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für neue Beschäftigte werden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Für diesen Personenkreis werden ebenfalls Beiträge an die Zusatzversorgungskasse abgeführt. Diese gelten auch für die Altersversorgung.

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3,50 Mio. €. Zum Bilanzstichtag ist der Darlehensrahmen mit 1,28 Mio. € (i. Vj. 1,21 Mio. €) in Anspruch genommen. Die übrigen langfristigen Darlehen von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 1,61 Mio. € (i. Vj. 1,76 Mio. €).

Die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr bezog sich auf die Anschaffung technischer Betriebsmittel in Höhe von ca. 34 T€. Etwa 26 T€ hiervon entfielen auf eine Kehrmaschine. Die Investitionen konnten wie im Vorjahr vollständig aus dem Cashflow in Höhe von 106 T€ (100 T€ i. Vj.) bestritten werden. Zum Bilanzstichtag nimmt das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft 94,5 % der Bilanzsumme gegenüber 94,8 % zum korrespondierenden Vorjahresstichtag ein.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 100 T€ vergleichsweise gering, wobei auf den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Remscheid hinzuweisen ist. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,9 % in etwa auf Vorjahresniveau.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir ein monatliches Berichtswesen ein, das objektbezogenen Erträge und Aufwendungen sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich analysiert. Zu den Berichtsparametern zählen auch die Entwicklung der Ein- und Ausfahrten sowie der Dauerparkverhältnisse je Parkobjekt. Die Betrachtung der bereits angesprochene tendenziell weiter abnehmenden Zahl der Ein- und Ausfahrten der Kurzparker im direkten Jahresvergleich zeigt folgende Entwicklung: Im Jahr 2014 registrierten wir mit mehr als 567.000 Vorgängen ein Minus von 1,9 %. Nur das Parkhaus an der Daniel-Schürmann-Straße verzeichnet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 7,7 %, der aber in die Gesamtbetrachtung bereits eingeflossen ist.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt und unserer Arbeitnehmer. Soweit sinnvoll und angemessen, greifen wir auf die zentralen Managementsysteme der Stadtwerke Remscheid und EWR zurück. Hierzu zählen beispielsweise ein Beschwerde- wie auch ein Umweltmanagementsystem. Der hohe Umweltschutz-Standard dieser Gesellschaften, die seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert sind, wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten.

Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr kein Arbeitsunfall.

Sauberkeit und Sicherheit in den Parkeinrichtungen sind – so auch in 2014 – ein wichtiges Grundelement für die Kundenakzeptanz. Darüber hinaus haben wir die Anzahl der breiten und somit besonders nutzerfreundlichen Stellplätze erhöht. Ende 2014 verfügen wir in unseren Parkhäusern über 200 „XL-Stellplätze“. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle der PSR zu fördern.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2014 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2015 bis 2018, erwarten wir für das Jahr 2015 ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung in der Größenordnung von 30 T€. Die nach dem Unterschlagungsvorgang eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen zeigen bereits

Früchte und lassen die Einschätzung zu, dass wir diese Ergebnisprognose erreichen werden. Für 2016 und in den weiteren Prognosejahren rechnen wir mit Jahresüberschüssen zwischen 40 T€ und 50 T€ p. a.. Das zum Januar 2013 angepachtete Parkhaus an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid leistet dabei insgesamt einen wichtigen Ergebnisbeitrag.

Wenngleich wir unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Annahmen nicht von steigenden Kurzparkereinfahrten ausgehen, sehen wir infolge der im August 2014 für zwei Parkobjekte durchgeführten Taktanpassung als Nachwirkung geringfügig steigende Einnahmen auch in 2015. Eine punktuelle, moderate Preiserhöhung in dem Kundensegment der Dauerparker zum Januar 2016 soll diese Entwicklung stützen.

Fester Bestandteil unserer Aktivitäten ist die Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel in der Innenstadt. Gemeinsam wird das Projekt „Parken & Sparen“ weiterentwickelt. Hierbei können Einzelhändler vergünstigte Wertmünzen erwerben und diese dann kostenlos als Serviceleistung an ihre Kunden weitergeben. Seit der Einführung dieser Aktion in 2006 hat sich der Wertmünzenumsatz mehr als verdoppelt und die Zahl der teilnehmenden Händler von 19 auf 30 erhöht. Gepaart mit dem gefestigt hohen Niveau der Einnahmen aus der Vermietung von Dauerparkplätzen rechnen wir für 2015 und den Prognosejahren 2016 bis 2018 mit einer insgesamt stabilen Erlössituation für die PSR, die pro Jahr jenseits der Millionen-Euro-Grenze liegen wird.

Die für 2015 geplanten Investitionen von 60 T€ beschränken sich auf Ersatzmaßnahmen im Bereich der Betriebsausstattung und die Beschaffung eines PKW. Für den Zeitraum 2016 bis 2018 sind im Jahresdurchschnitt 30 T€ vorgesehen. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow gedeckt. Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Im Prognosezeitraum 2015 bis 2018 rechnen wir weiterhin mit einer kontinuierlichen Rückführung der Fremdverschuldung in der Größenordnung von 100 T€ p.a..

Das angelaufene neue Geschäftsjahr zeigt hinsichtlich der Einnahmeentwicklung insgesamt über unserer Planung liegende positive Tendenzen. Allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2015 gezogen werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Risiken,

die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können sowie bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Konkrete Risiken, insbesondere aus den möglichen Nachwirkungen des eingangs erwähnten Unterschlagungsvorgangs haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen, eröffnen uns die Chancen, die Parkhausfrequenz und damit die Einnahmen der PSR zu steigern und damit die Ertragslage zu stärken. Das angepachtete und auf eigene Rechnung bewirtschaftete Parkhaus an der Daniel-Schürmann-Straße liefert einen wichtigen Ergebnisbeitrag. Die PSR-Parkwertkarte bietet für unsere Kunden Preisvorteile und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Wertkarten-Auflade-Aktionen sind mittlerweile fester Bestandteil unserer Kundenbindungsstrategie. Sie tragen dazu bei, einen gewissen Grundstock an Einnahmen zu sichern. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent. Mit einem neuen Geschäftspartner hat sich die Chance eröffnet, Teilflächen im wenig frequentierten Parkhaus „Am Markt“ für die Aufstellung von Lagerboxen zu nutzen. Die hierüber generierbaren Mieteinnahmen würden zu einer weiteren Ergebnisverbesserung beitragen.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft wird in die konzernweit eingesetzte Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid eingebunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 20. März 2015

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
200.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Beate Wilding (bis 30.06.2014)
Burkhard Mast-Weisz (ab 01.07.2014)
Ilona Kunze-Sill, Vorsitzende
Dr. Heinz-Dieter Rohrweck,
stellv. Vorsitzender

Oberbürgermeisterin
Oberbürgermeister
Ratsmitglied
Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter/-innen	30	34	34

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2012	in %	2013	in %	2014	in %
H ₂ O - Bad	Besucher	520.179	-4,2	517.341	-0,5	493.516	-4,6
	Umsatz T€	3.943	-3,5	4.171	5,8	4.182	0,3
Sportbad	Besucher	153.285	5,8	139.532	-9,0	134.406	-3,7
	Umsatz T€	117	3,5	115	-1,7	114	-0,9
	Gesamtumsatz T€	4.060	-3	4.286	6	4.296	0

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

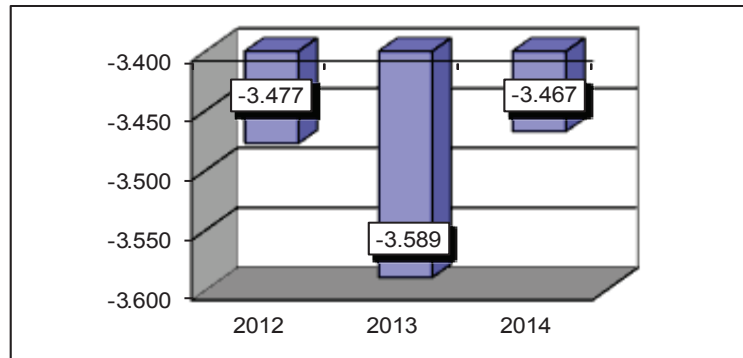
Jahr Bilanz-Position	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	12	0,05	10	0,04	7	0,03
Sachanlagen	19.687	79,48	19.034	75,68	18.450	72,95
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	19.700	79,53	19.044	75,72	18.457	72,97
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	4.144	16,73	5.745	22,84	6.621	26,18
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	927	3,74	363	1,44	215	0,85
Umlaufvermögen	5.071	20,47	6.108	24,28	6.836	27,03
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	24.771	100,00	25.152	100,00	25.293	100,00
Gezeichnetes Kapital	200	0,81	200	0,80	200	0,79
Kapitalrücklage	23.426	94,57	23.426	93,14	23.426	92,62
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	23.626	95,38	23.626	93,93	23.626	93,41
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	366	1,48	492	1,96	497	1,96
Verbindlichkeiten	779	3,14	1.034	4,11	1.170	4,63
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	24.771	100,00	25.152	100,00	25.293	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.112	4.358	4.358
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	378	260	261
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	10	4	4
Erträge	4.499	4.622	4.623
Materialaufwand	4.195	4.226	4.161
Personalaufwand	1.345	1.319	1.418
Abschreibungen	1.420	1.505	1.490
Sonstige betriebliche Aufwendungen	932	1.070	904
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	13	9
Aufwendungen	7.911	8.133	7.982
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.412	-3.511	-3.359
Sonstige Steuern	-65	-78	-108
Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger	3.477	3.589	3.467
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

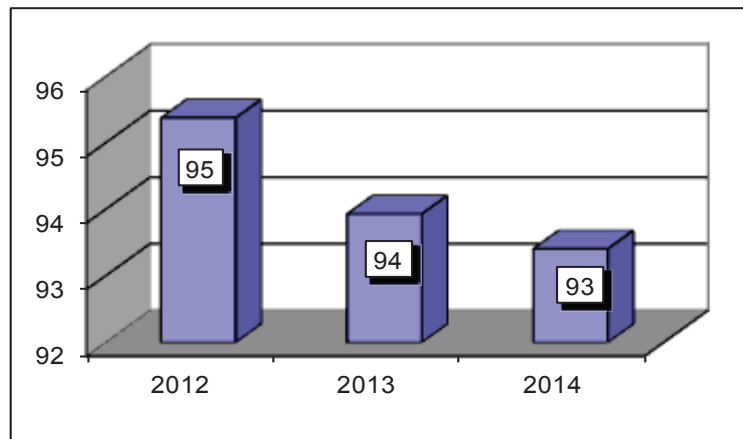
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-3.477	-3.589	-3.467



Kennzahlen

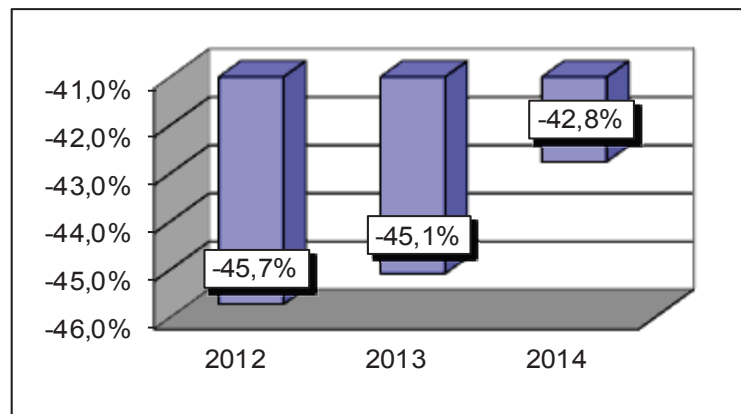
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	23.626	23.626	23.626
Bilanzsumme	24.771	25.152	25.293
% EK	95	94	93



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-3.477	-3.589	-3.467
Abschreibungen	1.420	1.505	1.490
	-2.057	-2.084	-1.977
Gesamterträge	4.499	4.622	4.623
Cash-Flow	-45,7%	-45,1%	-42,8%



Lagebericht de H₂O GmbH für das Geschäftsjahr 2014

Grundlagen des Unternehmens

Die H₂O GmbH ist eine etablierte Gesellschaft im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH. Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid und die Erbringung von Dienstleistungen in den genannten Bereichen.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H₂O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung für die Gesellschaft wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft zählt mit ihrem „Sauna- und Badeparadies H₂O“ zu einer der beliebtesten Bade- und Wellnesseinrichtungen in NRW. Mit der Erneuerung des 17 Jahre alten Gradierwerks wurde das größte Projekt des Berichtsjahres zum Abschluss gebracht. Dieses etwa 40 Meter lange und mit Schwarzdorn bestückte „Freiluft-Inhalatorium“ steht als wohltuende und gesundheitsfördernde Attraktion wieder unseren Gästen zur Verfügung. Die Auswertungen der Besucher- und Einnahmestatistiken zeigen gegenüber dem Vorjahr insgesamt eine leicht rückläufige Tendenz.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden in beiden Einrichtungen, dem Sportbad und dem Sauna- und Badeparadies, insgesamt rund 627.900 Gäste erfasst und damit etwa 29.000 Besucher oder 4,4 % weniger als im Jahr 2013. Differenziert zeigt sich folgendes Bild: Im **Sauna- und Badeparadies** registrierte die Gesellschaft hiervon ca. 493.500 Besucher und damit 4,6 % bzw. 5,3 % weniger gegenüber dem Vorjahr und der in unsere Wirtschaftsplanung eingegangenen Prognose. Der in diesen Besucherzahlen enthaltene wirtschaftlich erfolgreiche **Saunabereich** (einschließlich Massagen) - auf ihn entfallen gut 112.700 Gäste (im Vorjahr 118.400) - zeigt mit einem Rückgang von 4,8 % eine ähnliche Tendenz auf.

Das Sportbad - im Schwerpunkt eine Einrichtung für Schulen und Vereine - besuchten etwa 134.400 Gäste und damit ca. 3,7 % weniger als im Jahr zuvor. Auf das Nutzungsverhalten dieser Klientel hat die Gesellschaft keinen bzw. nur sehr eingeschränkten Einfluss.

Trotz gesunkener Besucherzahlen erreicht die Summe der **Gesamterlöse** und **sonstigen betrieblichen Erträge** beider Betriebsstätten, also einschließlich Pachteinahmen aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich, mit rund 4,6 Mio. € den Vorjahreswert. Mit etwa 4,2 Mio. € (ca. 4,2 Mio. € i. Vj.) werden wie in 2013 etwa 97 % der Gesamterlöse durch das Sauna- und Badeparadies bestritten und die herausragende Stellung bestätigt. Der auf den Saunabereich entfallende Anteil ist mit knapp 2,2 Mio. € ebenfalls ein Spiegelbild des Vorjahres. Die stabile Umsatzlage ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass trotz Gästerückgang die in der Saunalandschaft im Oktober 2013 vorgenommene Preisanpassung im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre volle Wirkung entfalten konnte. Darüber hinaus haben „Wanderbewegungen“ von den kürzeren zu den preislich höheren Aufenthaltszeiten die Umsatzentwicklung gestützt.

Die **betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft - knapp 8,1 Mio. € gegenüber etwa 8,2 Mio. € im Vorjahr (- 1,2 %) - werden insbesondere durch die Material- und Personalkosten sowie Abschreibungen geprägt. Größter Einzelposten beim **Materialaufwand** sind die Energie- und Wasserbezugskosten, die mit insgesamt 1,7 Mio. € (1,9 Mio. € i. Vj.) zu Buche schlagen.

Die H₂O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der **Personalaufwand** liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1.418 T€ (i. Vj. 1.319 T€) und beansprucht zur Deckung 30,8 % (i. Vj. 28,6 %) der betrieblichen Erträge. Zu erwähnen ist, dass die im Jahresabschluss 2010 gebildete Rückstellung für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse zum aktuellen Bilanzstichtag um 90 T€ aufgestockt wurde und im Personalaufwand enthalten ist. Zum Jahresende beschäftigte die Gesellschaft wie im Vorjahr 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das erneut ca. 26 Personen. Für die seinerzeit von SR auf die H₂O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach dem 01.04.2005 eingestellt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft keinem Arbeitgeberverband angehört. Die H₂O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied im von den Statuten geforderten Umfang regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln).

Die **Abschreibungen** belaufen sich planmäßig auf etwa 1,5 Mio. € und bewegen sich damit auf Vorjahresniveau. Sie orientieren sich an der Nutzungsdauer des Anlagevermögens und den Neuinvestitionen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht die H₂O GmbH - bezogen auf die Betrieblichen Erträge der Gesellschaft - einen Kostendeckungsgrad von ca. 57 % und verbessert damit diesen etwa um einen Prozentpunkt (im Vorjahr 56 %).

Der im Geschäftsjahr 2014 ausgewiesene **Jahresfehlbetrag** der Gesellschaft beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf 3.467 T€ und fällt damit 217 T€ niedriger aus, als in der revidierten Wirtschaftsplanung für das Berichtsjahr prognostiziert wurde. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen wir ebenso eine Minderung des Jahresfehlbetrages um 3,4 %. Die Lage der Gesellschaft ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Geschäft. Als starke exogene Einflussfaktoren auf die Besucherströme und damit auf die Einnahmen der

Gesellschaft kristallisieren sich grundsätzlich die Witterungsverhältnisse eines Jahres, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation heraus. Dem gegenüber stehen Attraktivität der Einrichtungen, Kundenfreundlichkeit, Sauberkeit und ein angemessenes Preis-/Leistungsverhältnis. Das hohe Niveau unseres Leistungsangebotes gepaart mit einem konsequenten Instandhaltungsmanagement sorgt regelmäßig für eine außerordentlich erfreuliche Kundenresonanz. Trotz der aufgabenbedingt dauerdefizitären Struktur der Gesellschaft kann die wirtschaftliche Lage insgesamt als stabil bezeichnet werden. Bis zum Ende den Planungshorizonts 2018 rechnen wir in der Tendenz weiter mit einem leichten Rückgang der jährlichen Defizite.

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H₂O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der mit Wirkung zum 1. Januar 2011 angepasst und in der Folge am 02. Dezember 2013 hinsichtlich der Regelung zur Verlustübernahme geändert wurde. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2014 wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund dieses Vertrages ausgeglichen; das Ergebnis der Gesellschaft schließt entsprechend mit Null ab.

Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit gesichert. Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag wie auch zum 31.12.2013 besteht keine Inanspruchnahme des Darlehensrahmens. Ein weiterer Darlehensvertrag zwischen den Gesellschaften erlaubt es, zur Optimierung der Konzernfinanzierung die freie Liquidität der H₂O GmbH für die Muttergesellschaft zu nutzen. Zum Bilanzstichtag gewährte die Gesellschaft den Stadtwerken 3,1 Mio. €. Wie im Jahr zuvor bestehen gegenüber Kreditinstituten keine langfristigen Darlehensverbindlichkeiten.

Für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr verausgabte die Gesellschaft wie im Vorjahr Finanzmittel in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. €. Als größter Einzelposten sind mehr als 0,4 Mio. € in die Erneuerung des Gradierwerkes geflossen, weitere 0,3 Mio. € in den begonnenen Neubau der Filterkreisläufe im H₂O. Mit knapp 0,1 Mio. € wurde die Optimierung der neue Wärmetechnik im H₂O Sauna- und Badeparadies fortgesetzt. Für die Anschaffung diverser Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurden die restlichen 0,1 Mio. € investiert. Zur Finanzierung der Investitionen konnte auf den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie freier Finanzmittel zurückgegriffen werden. Der Cashflow beläuft sich wie im Vorjahr auf ca. 1,6 Mio. €.

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft nimmt zum Bilanzstichtag ca. 73 % der Bilanzsumme ein. Das Anlagevermögen der Gesellschaft wurde 2008 im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid auf die H₂O GmbH übertragen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt in der Folge zum Bilanzstichtag unverändert 23,6 Mio. € oder ca. 93 % der Bilanzsumme.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzen wir betriebsstättenbezogen ein monatliches Berichtswesen ein, das - unterschieden nach Wasser- und Saunalandschaft, Vereins- und Schulsport - die Erträge, Aufwendungen und Investitionen sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich analysiert. Zu den Berichtsparametern zählen in gleicher Tiefe und Breite auch die Entwicklung der Gäste- und Umsatzzahlen. Diese wiederum sind nach

Nutzungsverhalten bzw. Eintrittspreiskategorien segmentiert. So verzeichnen wir beispielsweise in der Wasserlandschaft mit ca. 15.800 Tagesgästen im Berichtsjahr einen Rückgang von rund 16 % gegenüber dem Vorjahr, im Vergleich zu unserer Wirtschaftsplanung jedoch in diesem Segment einen Zuwachs von etwa 0,6 %. Somit wurde der Gästerückgang bereits im Planungsprozess erkannt und in die Wirtschaftsplanung eingearbeitet.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigen wir unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden (durch regelmäßige Umfragen), der Umwelt und unserer Arbeitnehmer. Die in den Bädereinrichtungen eingesetzte Technik trägt dazu bei, die Ressourcen Wasser und Energie effizient einzusetzen. Soweit sinnvoll und angemessen, greifen wir auf die zentralen Managementsysteme der Stadtwerke Remscheid und EWR zurück. Hierzu zählen beispielsweise ein Beschwerde- wie auch ein Umweltmanagementsystem. Der hohe Umweltschutz-Standard dieser Gesellschaften, die seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert sind, wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten.

Die Arbeitssicherheit nimmt in der Gesellschaft - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ereignete sich von den insgesamt 7 im Konzern Stadtwerke Remscheid registrierten, meldepflichtigen Arbeitsunfällen (13 im Vj.) keiner in der H₂O GmbH.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Zurzeit bilden wir - wie auch im Vorjahr - zwei junge Menschen im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die sich in besonderer Weise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben.

Prognosebericht

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2014 unter dem Gebot kaufmännischer Vorsicht aufgestellten, mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2015 bis 2018, erwarten wir für das Jahr 2015 ein negatives Ergebnis vor Verlustausgleich in der Größenordnung von 3,5 Mio. €, das in 2016 leicht sinken wird.

Eine sehr ernstzunehmende Einflussgröße ist die von der Finanzverwaltung mit Wirkung zum 01.07.2015 vorgenommene Änderung der Umsatzbesteuerung von Saunadienstleistungen. Mit der Anhebung von 7 % auf 19 % werden Preisanpassungen mit Augenmaß notwendig sein, die auf die Gästezahlen nicht ohne Wirkung bleiben werden. Wir haben versucht, diesem Aspekt in unserer Wirtschaftsplanung Rechnung zu tragen. Die für 2015 prognostizierten Besucherströme - im Saunabereich etwa 110.000 Gäste - stellen eine echte Herausforderung dar. Für das neue Geschäftsjahr rechnen wir unter Ausnutzung von Preisspielräumen bei insgesamt 488.500 zahlenden Besuchern im H₂O und Sportbad mit einem moderaten Zuwachs der Erlöse um sonstigen betrieblichen Erträge auf knapp 4,8 Mio. €.

Die von den Gästen anerkannt hohe Aufenthaltsqualität in unserem Sauna- und Badeparadies wollen wir auf hohem Niveau halten. Die Revisionswoche nach den Sommerferien 2014

diente bereits dazu, ein umfangreiches Reparatur- und Ausbesserungsprogramm sowohl in der Wasser- als auch Saunalandschaft zu bestreiten. Auch im neuen Geschäftsjahr wird der Fokus auf einem hohen Maß der Qualitätserhaltung liegen. Verschiedene Events sollen im Jahresverlauf die Attraktivität und Anziehungskraft unserer Anlagen abrunden. Mit diesem Paket wollen wir die Herausforderungen des Wettbewerbs annehmen und das hohe Niveau der Gästezahlen im Planungszeitraum stabil halten. Wie schon erwähnt, wird die Umsatzsteuererhöhung im Saunasegment auf 19 % Regelbesteuerung zum 01.07.2015 nicht ohne Auswirkungen bleiben. Der Gesetzgeber sieht diese Saunadienstleistungen nicht mehr als „Verabreichung von Heilbädern“ an, die nach der Verwaltungspraxis bisher mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 % belegt wurden. Bis Ende 2018 rechnen wir mit jährlichen Betriebserträgen in der Größenordnung von rund 5 Mio. €.

Die für 2015 geplanten Investitionen von ca. 0,9 Mio. € werden im Schwerpunkt für die bereits begonnene Erneuerung der Filterkreislauftechnik der Wasseraufbereitungsanlage sowie für eine Überdachung des neuen Gradierwerkes verausgabt. Für den Zeitabschnitt 2016 bis 2018 sind im Jahresdurchschnitt 0,6 Mio. € vorgesehen, die - abgesehen von der Optimierung des Kleinkinderbereiches - sich mehr auf pauschale Ersatzbeschaffungsmaßnahmen beschränken. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow in Verbindung mit dem Verlustausgleich gedeckt. Die Liquiditätsslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert.

Das angelaufene neue Geschäftsjahr spiegelt hinsichtlich Besucherströme und Umsatzentwicklung im Ist/Ist- als auch Plan/Ist-Vergleich noch nicht unsere Erwartungen wider. Allerdings können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den weiteren wirtschaftlichen Verlauf des Jahres 2015 gezogen werden.

Risiko- und Chancenbericht

Die H₂O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Für die Gesellschaft ist kein Risiko identifiziert und bewertet, das im Hinblick auf den Schaden und die Eintrittswahrscheinlichkeit im Rahmen des Risikomanagements behandelt werden müsste. Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen können sowie bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Aufenthaltsqualität in unseren Einrichtungen, Kundenorientierung und Kontinuität stehen im Fokus unseres Handelns. Die H₂O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus festigen. Der auch in 2014 fortgesetzte „Verschönerungskurs“, die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit rund um den Kunden sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurden wieder mit beachtlichen Besucherzahlen honoriert. Unsere Saunalandschaft ist über die Stadtgrenzen hinaus eine anerkannte und beliebte Einrichtung, die höchste Qualitätsmaßstäbe erfüllt. Diese Kundenresonanz eröffnet uns die Chance, die Position des H₂O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die H₂O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Die Liquiditätssteuerung für die Gesellschaft wird in die konzernweit eingesetzte Finanz- und Liquiditätsplanung der Stadtwerke Remscheid eingebunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Remscheid, 20. März 2015

Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

Oliver Wagner	Vorsitzender (bis 26.11.2014)
Ralph Güther	Vorsitzender (ab 26.11.2014)
Wilfried Michaelis	Stellv. Vorsitzender
Michael Schulte	Stellv. Vorsitzender
Frank Meyer	
Andreas Hofestädt	
Peter-Edmund Uibel	
Frank Braken	
Tanja Kreimendahl	
Gerd Peter Zielesinski	(ab 26.11.2014)
Klaus Gräff	
Suna Sayin	
Burkhard Mast-Weisz	Oberbürgermeister
Markus Schlomski	
Heinz-Werner Thissen	
Dr. Thomas Hoffmann	

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**
keine**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

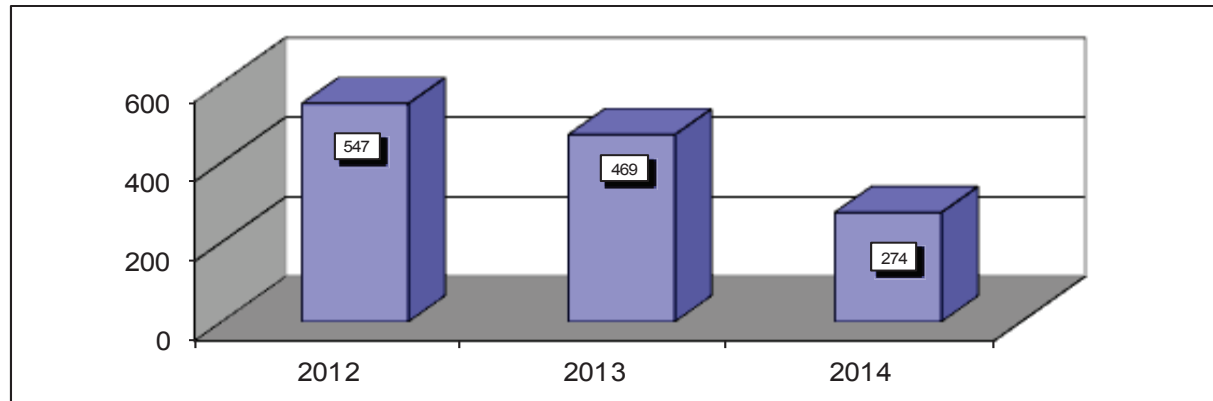
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	2	0,08	2	0,08	1	0,04
Finanzanlagen	2.011	76,89	2.011	78,12	2.011	84,63
Anlagevermögen	2.013	76,97	2.013	78,20	2.012	84,67
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	599	22,89	557	21,64	360	15,15
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4	0,14	4	0,17	4	0,18
Umlaufvermögen	602	23,03	561	21,80	364	15,33
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	2.615	100,00	2.574	100,00	2.376	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	0,96	25	0,97	25	1,05
Kapitalrücklage	1.910	73,03	1.910	74,19	1.910	80,38
Gewinnrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	547	20,92	469	18,22	274	11,53
davon nicht gedeckt	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	2.482	94,90	2.404	93,38	2.209	92,96
Rückstellungen	75	2,86	40	1,55	46	1,94
Verbindlichkeiten	52	2,00	124	4,82	115	4,84
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,24	6	0,25	6	0,27
Passiva	2.615	100,00	2.574	100,00	2.376	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	360	364	358
Erträge aus Beteiligungen	651	559	376
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	3	1
Erträge	1.012	926	735
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	73	67	67
Abschreibungen	0	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	384	399	378
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	1
Aufwendungen	459	467	447
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	553	459	288
Sonstige Steuern	-5	11	-14
Jahresüberschuss (+)	547	469	274
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

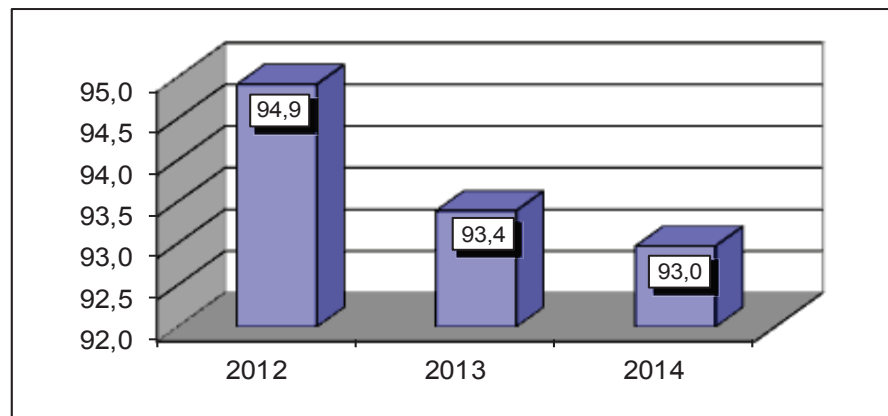
	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	547	469	274



Kennzahlen

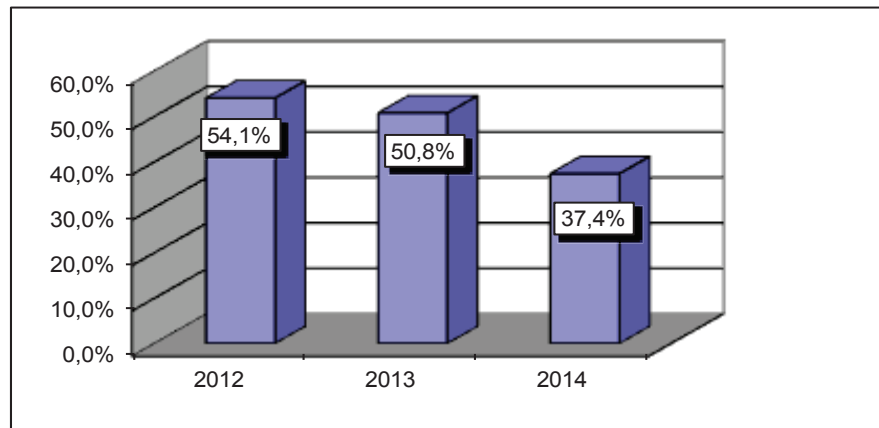
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.482	2.404	2.209
Bilanzsumme	2.615	2.574	2.376
% EK	94,9	93,4	93,0



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	547	469	274
Abschreibungen	0	1	1
	547	470	275
Gesamterträge	1.012	926	735
Cash-Flow	54,1%	50,8%	37,4%



Lagebericht 2014

1. Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Dazu hat sich die BEG an folgenden Unternehmen beteiligt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid
GKR Gesellschaft für Kompostierung und Recycling in Velbert mbH, Velbert
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH, Velbert
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co.KG, Velbert
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungsgesellschaft mbH, Velbert

Die Beteiligungsanteile sind im Anhang dargelegt.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft ist besser durch das vergangene Jahr gekommen als erwartet. Trotz vieler internationaler Krisen ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie seit 2011 nicht mehr. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag nach ersten Berechnungen des statistischen Bundesamtes um 1,5 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %).

2.2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 verlief grundsätzlich zufriedenstellend.

Der Jahresüberschuss beträgt 273,7 T€, geplant war ein Jahresergebnis in Höhe von 340,9 T€.

Das Ergebnis ist geprägt von den Ausschüttungen der Beteiligungen.
Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge (in T€):

Gesellschaft	Ergebnis	Ausschüttung an BEG	Planwert
DBV	907,0	242,8	350,0
GKE	107,5	44,1	30,8
GKR	187,7	48,8	42,6
DGV	81,1	40,5	28,5

Alle Beteiligungsergebnisse lagen, mit Ausnahme der DBV, über den Planwerten. Die Verschlechterung bei der DBV ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Tatsache, dass der Gewinn nicht voll ausgeschüttet worden ist. Ein Betrag in Höhe von 179 T€ wurde den Rücklagen zugeführt. Des Weiteren sind bei der DBV die sonstigen betrieblichen Aufwendungen angestiegen, dies ist vor allem darin begründet, dass die DBV in 2013 erstmalig nur den Plöger Steinbruch beliefert hat, was zu einer deutlichen Erhöhung der Zuführung zur Rückstellung geführt hat.

Die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume verlief im Geschäftsjahr 2014 planmäßig.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage ist im Geschäftsjahr 2014 weitestgehend konstant geblieben. Das Eigenkapital verringert sich um 195,5 T€ aufgrund der Ausschüttung des Jahresergebnisses 2013 (- 469,2 T€) und dem Jahresergebnis 2014 (+ 273,7 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 93,0 % (Vorjahr: 93,4 %).

Zum 31.12.2014 bestanden keine Bankverbindlichkeiten. Die vorhandene Liquidität wurde als Tagesgeld innerhalb der WSW-Unternehmensgruppe angelegt (65 T€, Vorjahr 335 T€).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 273,7 T€ (Vorjahr 469,2 T€). Die Abweichung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus geringeren Beteiligungserträgen (376,2 T€, Vorjahr 559,3 T€).

3. Bericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH, Wuppertal, und die Stadtwerke Remscheid GmbH, Remscheid, mit jeweils 45 % und die Stadtwerke Velbert GmbH, Velbert, mit 10 % beteiligt.

Eine wichtige Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu zählt u.a. auch der Umweltschutz, insbesondere die Abfallentsorgung.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung.

Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer

Kompostierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei den Aufsichtsbehörden angemeldet.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2014 haben sich nicht ergeben.

5. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

5.1. Prognosebericht

Das Ergebnis der BEG ist insbesondere von den Beteiligungserträgen geprägt.

Die Beteiligungen der BEG erzielen auch im Geschäftsjahr 2014 wieder positive Ergebnisse. Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die BEG daher ein Ergebnis nach Steuern von 225,8 T€. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse bei den Beteiligungen geplant. Bei der BEG werden daher auch in den Folgejahren ab 2016 Jahresüberschüsse erwartet, die jedoch voraussichtlich nicht mehr das Niveau der Jahre 2010 bis 2014 erreichen werden.

Die Vermögens- und Finanzlage wird sich in den nächsten Jahren nicht wesentlich verändern. Insbesondere wird die Eigenkapitalquote auf dem derzeitigen Niveau erwartet.

Die Beteiligungen entwickeln sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH

Das Geschäftsjahr **2014** verlief planmäßig. Gestiegenen Umsatzerlösen stehen entsprechend höhere Materialaufwendungen gegenüber.

Aufgrund eines (im Plan berücksichtigten) reduzierten Auftrags für die Alten- und Pflegeheim reduzierten sich die Erträge um ca. 55 T€. Insofern wird das Jahresergebnis nicht das Ergebnis des Vorjahres erreichen. Die GKE erwartet ein Ergebnis von ca. 72 T€ in 2014.

Für die Geschäftsjahre bis 2018 wird ein Ergebnis von rund 70 T€ jährlich geplant.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Im Geschäftsjahr **2014** liegen die Mengen und die Preise über den Planansätzen. In der Hochrechnung für 2014 wird ein Ergebnis von über 700 T€ (Plan 651 T€) erwartet. Erwähnenswert sind folgende Sachverhalte:

- Die Arbeiten am 2. Bauabschnitt der Basisabdichtung der Deponie „Plöger Steinbruch“ sollen in 2014 abgeschlossen sein.
- Die Arbeiten an der Oberflächenabdichtung „Vorschüttung“ auf der Deponie „Solinger Straße“ werden fortgesetzt, so dass mit der Abdichtung des Plateaubereichs (voraussichtlich im Sommer 2016) dieses Projekt endabgerechnet werden kann. Die DBV erwartet einen nennenswerten Deckungsbeitrag für dieses Projekt in sechsstelliger Höhe.

Die Ergebnisse in den Folgejahren werden erwartungsgemäß unter den Ergebnissen der letzten Geschäftsjahre liegen. Zum einen wird hier zukünftig versucht, die Annahmengen stärker zu regulieren, so dass eine ca. 15 -16 jährige Laufzeit erreicht wird, zum anderen sind die volumenabhängigen Kosten, insbesondere im Bereich der Basisabdichtung, und daraus folgend bei den Abschreibungen, deutlich höher, als es dies bei der Deponie Industriestraße zum Schluss war. Des Weiteren wird nicht davon ausgegangen, dass das derzeit hohe Preisniveau dauerhaft bestand hat. Die Mittelfristplanung bis 2019 zeigt jährliche Ergebnisse von rund 600 T€.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Für das Jahr **2014** wurde unter der Annahme des geplanten Verfüllvolumens und einer normalen Kostenbelastung ein Jahresüberschuss von 68 T€ geplant.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 wird die DGV KG voraussichtlich einen Jahresüberschuss nach Steuern von 76 T€ erzielen. Das Geschäftsjahr verlief planmäßig. Die DGV überlässt der DBV Deponiebetriebsgesellschaft die Deponie „Plöger Steinbruch West“ für Abfallmengen der Deponieklasse I gegen Entgelt zur Nutzung. Die Deponie „Industriestraße“ wurde nach vollständiger Verfüllung mit Abfallstoffen Anfang 2013 stillgelegt.

Entsprechend der Gewährleistung der Deponielaufzeit von ca. 16 Jahren durch Mengensteuerung der DBV Deponiebetriebsgesellschaft und dem normalen endlichen Lebenszyklus einer Deponie werden auch bei der DGV die folgenden Jahresergebnisse ein geringeres positives Niveau als in den Vorjahren aufweisen. Der Gesellschaft stehen unabhängig von der Menge kostendeckende Nutzungsentgelte zu. Bis 2019 werden Jahresüberschüsse zwischen 57 T€ und 73 T€ erwartet.

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling in Velbert mbH (GKR)

Für das Wirtschaftsjahr **2014** wurde ein Jahresergebnis von 174 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einer Planverbesserung um ca. 20 T€ aus.

Die Planverbesserung ergibt sich durch höhere Eingangsmengen und damit verbundenen gestiegenen Umsatzerlösen und geringeren Abschreibungen.

Auf Basis bestehender Verträge sind die Bioabfallmengen der Stadt Velbert und der Stadt Wuppertal mittelfristig gesichert. Mit der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, Wuppertal, besteht bis 31.12.2015 ein Vertrag über die Lieferung von biologischen Abfällen.

Laut Entwurf der mittelfristigen Planung der GKR bis 2019 werden in den Jahren 2015 bis 2019 Ergebnisse nach Steuern zwischen 175 T€ und 243 T€ erzielt.

5.2. Chancen- und Risikobericht

Die Ergebnisse der BEG werden in den Folgejahren, insbesondere aufgrund der Entwicklung der beiden Deponien, geringer ausfallen. Für 2015 wird mit einem Ergebnis von 225,8 T€ geplant. Die Vermögens- und Finanzlage bleibt aufgrund des hohen Eigenkapitals in 2015 weiterhin unverändert stabil. Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

Remscheid, 30. April 2015
Die Geschäftsführung

Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
Lierenfelder Str. 40
40231 Düsseldorf
Tel. 0211 / 5824741

Gründungsjahr: 1945

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
ELBA durch den Einzug eigener Anteile	-62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>187.500,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dirk Bögershausen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
	keine	keine	keine

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
Haberstraße 13a
42551 Velbert
Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnausschüttung gesamt	30.000,00	13.220,53	13.220,53
davon an Stadt RS / REB	15.000,00	6.742,47	6.742,47

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

Anzahl der Beschäftigten

Beschäftigte	2012	2013	2014
Mitarbeiter/-innen	1	1	1
Geschäftsführer	2	2	2
Gesamt	3	3	3

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

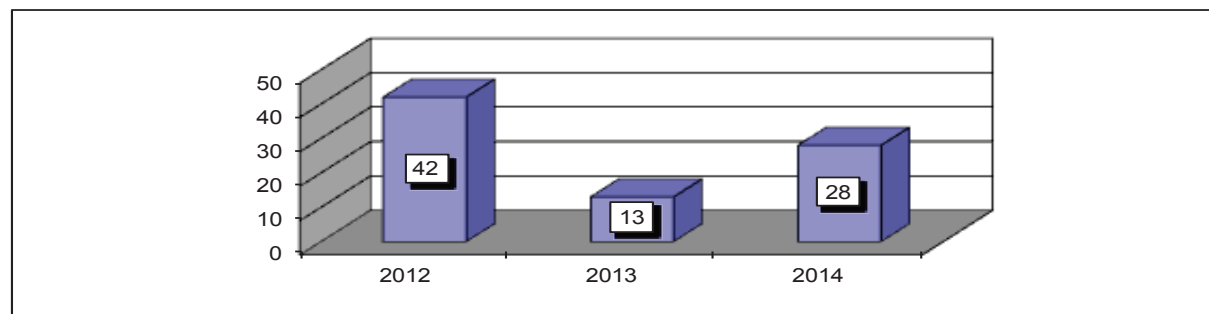
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	1	0,01	1	0,01
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	1	0,01	1	0,01
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	135	1,57	141	1,66	238	2,77
Sonstige Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.459	98,43	8.374	98,34	8.337	97,17
Umlaufvermögen	8.594	100,00	8.515	99,99	8.575	99,95
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	4	0,05
Aktiva	8.594	100,00	8.516	100,00	8.580	100,00
Gezeichnetes Kapital	250	2,91	250	2,94	250	2,91
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	913	10,63	913	10,73	919	10,71
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	6	0,07	0	0,00	6	0,07
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	1.170	13,61	1.163	13,66	1.175	13,69
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	7.360	85,65	7.342	86,22	7.298	85,06
Verbindlichkeiten	64	0,74	10	0,12	107	1,25
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	8.594	100,00	8.516	100,00	8.580	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

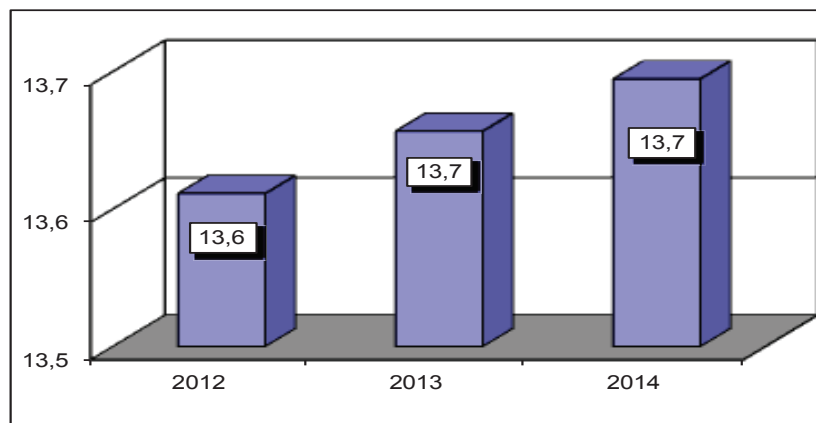
Jahr	2012	2013	2014
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	185	137	153
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6	23	3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	123	120	129
Erträge	314	280	285
Materialaufwand	52	67	61
Personalaufwand	82	85	86
Abschreibungen	1	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	116	108	96
Abschreib. auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	250	260	243
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	64	20	42
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-22	-7	-14
Jahresüberschuss (+)	42	13	28
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	42	13	28

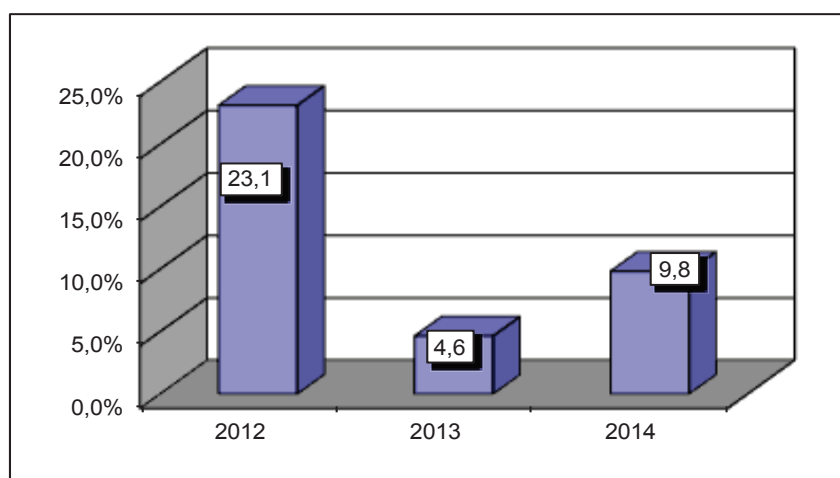
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.170	1.163	1.175
Bilanzsumme	8.594	8.516	8.580
% EK	13,6	13,7	13,7



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	42	13	28
Abschreibungen	1	0	0
Summe	42,8	13	28
Gesamterträge	185	280	285
Cash-Flow	23,1%	4,6%	9,8%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wurde bis zum 31.12.2010 im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

Das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal wurde nach Abschluss der Deponieablagerung zum 01.01.2011 weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Ebenso wurde der Vertrag über die Betriebsführung des Wertstoffhofes zum 31.12.2010 von den Remscheider Entsorgungsbetrieben gekündigt und das für den Wertstoffhof benötigte Betriebsvermögen vertragsgemäß an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zurück übertragen.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2014

2.1 Allgemeine Beurteilung

Nachdem die Verfüllung der Deponie mit den Ablagerungen des Jahres 2010 zur Restprofilierung weitgehend abgeschlossen werden konnte, wurden im Jahr 2014 nur noch untergeordnete Ablagerungen zur Restprofilierung der Deponie vorgenommen. Da weiterhin die Betriebsführung für den Wertstoffhof ebenfalls zum 31.12.2010 einvernehmlich beendet wurde, führte die Gesellschaft seit 2011 keine operativen Tätigkeiten durch. Wesentliche Ertragsquelle waren daher neben einigen Zwischenhandelsaktivitäten im Wesentlichen Zinseinnahmen. Hierdurch konnten die Aufwendungen der Gesellschaft abgedeckt werden.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 28 T€ ab. Somit konnte das geplante ausgeglichene Jahresergebnis von 7 T€ übertroffen werden. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in den geringeren Sonstigen Aufwendungen (-8 T€) sowie den höheren Zinserträgen (+24 T€). Durch das verbesserte Ergebnis ergaben sich allerdings auch gegenüber der Planung höhere Belastungen aus Steuern (11 T€).

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Aufgrund der abgeschlossenen Deponieverfüllung wurden im Jahr nur 8.022 Mg. Rekultivierungsboden auf der Deponie abgelagert.

Auf dem DK-II-Bereich wurden keine Deponieersatzbaustoffe abgelagert.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 153 T€ realisiert. Diese beruhen auf Erlösen aus Zwischenhandelsaktivitäten in Höhe von 63 T€, die im Wesentlichen im Bereich Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände erzielt wurden. Mit der Annahme von Rekultivierungsboden wurden 22 T€ erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse mit Ingenieur- und Beratungsleistungen betragen 68 T€.

Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 16 T€.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen 3 T€. Sie sanken gegenüber dem Vorjahr um 20 T€.

An Zinserträgen konnten 129 T€ erwirtschaftet werden. Trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus stiegen die Zinserträge gegenüber dem Vorjahr um 10 T€.

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 285 T€ erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden somit um 5 T€ höhere Erträge erzielt.

2.2.3 Aufwendungen

Den genannten Erträgen in Höhe von 285 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 257 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 61 T€ (Vorjahr: 67 T€) und die Personalaufwendungen 86 T€ (Vorjahr: 85 T€).

Die Abschreibungen beliefen sich auf 325 € (Vorjahr 53 €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 96 T€ (Vorjahr 108 T€). Gegenüber dem Vorjahr verminderten sie sich um 12 T€.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 14 T€ (Vorjahr: 6 T€). Der Aufwand für sonstige Steuern betrug 242 €.

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 9 T€.

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 28 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 15 T€ verbessert. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in den geringeren Sonstigen Aufwendungen (-12 T€) sowie den höheren Zinserträgen (+10 T€). Durch das verbesserte Ergebnis ergaben sich allerdings auch gegenüber dem Vorjahr höhere Belastungen aus Steuern (7 T€).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2014 eingeplantem Jahresergebnis von 7 T€ ergab sich ebenfalls eine Ergebnisverbesserung.

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2014 verschoben. Mit dieser Maßnahme wurde im Jahr 2014 begonnen. Aufgrund einer langwierigen Abstimmung mit der Bezirksregierung zum eingesetzten Abdichtungsmaterial konnten die Abdichtungsarbeiten allerdings nicht ausgeführt werden. In 2014 wurden daher im Wesentlichen nur vorbereitende Arbeiten durchgeführt. Zwischenzeitlich wurde eine Einigung erzielt. Der Bauabschnitt wird daher im Jahr 2015 fertig gestellt werden können.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31.12.2014 8.337 T€. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anlagen und Guthaben somit um 38 T€ vermindert.

Die Guthaben sind ausschließlich bei deutschen Kreditinstituten (Sparkassen oder Großbanken) in EURO angelegt.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Da mit dem Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Nur ein Mitarbeiter verblieb zur Betreuung der Rekultivierungsarbeiten bei der Gesellschaft.

Am Ende des Geschäftsjahres wurde daher 1 Mitarbeiter beschäftigt.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehrschutt und Sinkkastenrückstände) weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden.

Der Landschaftspflegerische Begleitplan einschließlich des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages wurde im Berichtsjahr bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung steht allerdings noch aus.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.516 T€ (01.01.2014) um 64 T€ auf 8.580 T€ (31.12.2014) erhöht.

Der Anlagenbestand hat sich von 471 € auf 308 € (31.12.2014) vermindert.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.575 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 60 T€ erhöht. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 97 T€ erhöht. Der Kassenbestand und der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten wurden um 37 T€ reduziert.

Gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages wurde in den vergangenen Jahren zum Ausgleich möglicher Fehlbeträge eine Gewinnrücklage gebildet. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 01.01.2014 betrug 913 T€.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Die Mindestausschüttung, die im Wirtschaftsjahr 2013 aufgrund des Jahresergebnisses nicht vorgenommen werden konnten, wurde gemäß den Regelungen des Konsortialvertrages im Wirtschaftsjahr 2014 nachgeholt. Aus dem Jahresüberschuss wurden daher nur 6 T€ gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages der Gewinnrücklage zugeführt. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 31.12.2014 betrug 919 T€.

Der Bilanzgewinn des Jahres 2014 betrug 6 T€.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2013 und 31.12.2014 nur marginal verändert.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2014	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2014
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	250	0	0	250
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Gewinnrücklage	913	6	0	919
Gewinn/Verlustvortrag	0	6	0	6
Gesamt	<u>1.163</u>	<u>12</u>	<u>0</u>	<u>1.175</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2014 beträgt somit 13,69 %. Zum 31.12.2013 betrug sie 13,66 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2014 um 48 T€ auf insgesamt 7.292 T€ vermindert. Hiervon entfallen 7.237 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Der Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 49 T€ für Planungsleistungen entnommen.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der zu berücksichtigenden Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde im Jahr 2014 keine Anpassung vorgenommen. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2014 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2014 in vollem Umfang ab. Steuerrückstellungen wurden in einer Höhe von 7 T€ gebildet.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2014 betragen 107 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 97 T€ erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 153 T€ (Vorjahr: 137 T€).

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 3 T€ erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 129 T€.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagereverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Die Planungen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst nach dem Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung begonnen, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben. Für 2015 sind hierzu weitere Verhandlungen mit der Bezirksregierung vorgesehen.

Ein weiterer Profilierungsbedarf ergibt sich im Weiteren nur aus dem Ausgleich der bis zur Rekultivierung eingetretenen Deponiesetzungen. Die Höhe der Setzungen kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Allerdings sind auf dem Deponieplateau im Bereich der Zwischenlagerflächen für Rekultivierungsboden durch diese Belastung bereits Setzungen eingetreten, die vor dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ausgeglichen werden müssen.

Wichtig für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bis zur Umsetzung der Rekultivierung sind weiterhin die Zinseinnahmen. Diese sind allerdings aufgrund der Wirtschaftslage in der Eurozone weiterhin unbefriedigend.

Insgesamt ist für das nächste Jahr aufgrund gleichbleibender Erträge aus den Guthaben bei Kreditinstituten und den Zwischenhandelsaktivitäten sowie der Kostenentwicklung der Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 100.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet.

Ab dem Jahr 2015 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf weitere Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung ausgeführt werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung weitergebaut.

Zur Folgenutzung der Deponieflächen wird seitens der Stadt Remscheid nunmehr die Nutzung der Deponie als Solarstandort angestrebt. Hierzu wurden im Jahr 2014 Zuschussanträge im Rahmen der Ziel-II-Förderung der EU erarbeitet. Nach den derzeit vorliegenden Plänen lässt sich diese Folgenutzung ohne eine Mehrbelastung der derzeitigen Abdichtungs- und Rekultivierungsplanung verwirklichen. Alternativ wird weiterhin der Ausbau des Wertstoffhofes auf dem Standort untersucht. Hieraus können sich Vorteile bei der Gestaltung der Abdichtung des DK-II-Bereiches realisieren lassen. Somit ergeben sich aus diesen Nachnutzungskonzepten keine Mehrkosten für die Rekultivierung.

Remscheid, den 05.05.2015

gez.
Michael Zirngiebl
(Geschäftsführer)

gez.
Dirk Kentjens
(Geschäftsführer)

5.1 Technische Betriebe Remscheid (Eigenbetrieb)

(bis 31.12.2013: Remscheider Entsorgungsbetriebe)

Allgemeine Unternehmensdaten

Technische Betriebe Remscheid (TBR)
 (bis 31.12.2013: REB Remscheider Entsorgungsbetriebe)
 Nordstr. 48
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996 / Umfirmierung zum 01.01.2014

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Technischen Betriebe Remscheid sind nach § 1 der Betriebsatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung einschließlich Winterdienst
- Friedhofs- und Bestattungswesen
- Forstbetrieb

Die Technischen Betriebe Remscheid nehmen außerdem folgende Aufgaben wahr:

- Bau und Unterhaltung der Straßen, Plätze und Wege der Stadt Remscheid
- Planung, Bau und Unterhaltung der Ingenieurbauwerke,
- Planung, Bau und Unterhaltung und Betrieb der städtischen Verkehrsanlagen einschließlich Verkehrsrechner,
- Planung, Bau, Unterhaltung und Betrieb der städtischen Grün- und Freiflächen, Spielplätze sowie der Außenanlagen von städtischen Gebäuden und der städtischen Kleingartenanlagen,
- KFZ-Werkstatt
- Bearbeitung und Heranziehung öffentlicher Abgaben

Zweck der aufgeführten Entsorgungseinrichtungen der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die Entsorgung des Stadtgebietes von Abfällen und Abwässern, die Reinigung öffentlicher Straßen, Plätze und Wege einschließlich

Winterdienst nach Maßgabe der jeweiligen Satzungen, Betrieb des Wertstoffhofes, Wert- und Schadstoffsammlung, Rekultivierung der Deponie Solinger Straße, Betreuung der Dualen Systeme, Abfall- und Abwasserberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Die Aufgaben werden entsprechend dem jeweils gültigen Abfallwirtschafts- und Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Remscheid durchgeführt. Verpflichtende Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme sind ebenso Grundlagen für die Aufgabenerfüllung der Technischen Betriebe Remscheid. Zur Einrichtung Abfallentsorgung erfüllen die Technischen Betriebe alle Aufgaben des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers.

Zweck der Einrichtung Friedhofs- und Bestattungswesen ist der Betrieb der städtischen Friedhöfe und deren Einrichtungen und Nebenbetriebe sowie die Wahrnehmung der Belange des städtischen Friedhofs- und Bestattungswesens, die sich im Wesentlichen aus dem Bestattungsgesetz NRW und dem Gräbergesetz in den jeweils gültigen Fassungen ergeben.

Zweck der Einrichtung Forstbetrieb ist die nachhaltige Bewirtschaftung des den Technischen Betrieben Remscheid übertragenen Wirtschaftswaldes, die Pflege und Unterhaltung der städtischen Waldparzellen sowie die Wahrnehmung der forstlichen Betreuung im Forstverbandswald, die sich aus dem Bewirtschaftungsvertrag zwischen der Stadt Remscheid und dem Forstverband in seiner jeweils gültigen Fassung ergeben.

Zweck der unter Wahrnehmung folgender Aufgaben aufgeführten Bereiche der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die wirtschaftliche Erbringung der von der Stadt Remscheid übertragenen Dienstleistungen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, die Erhaltung der entsprechenden Infrastruktur sowie der Erhalt der innerstädtischen Naherholung, der Aufenthaltsqualität und des Spiel- und Freizeitangebotes insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die Aufgaben können mit eigenem Personal oder durch Beauftragung Dritter einschließlich Fach- und Beratungsaufgaben wahrgenommen werden.

Die Technischen Betriebe Remscheid betreiben alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Unter Beachtung des § 107 Abs. 2 GO NRW dürfen weitere Tätigkeiten übernommen werden, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind.

Bei der Zweckerreichung verfolgen die Technischen Betriebe Remscheid ökonomische und ökologische Ziele. Ziele des nachhaltigen Umweltschutzes sind Leitschnur für die Betriebsführung.

Organe des Eigenbetriebes

Betriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss: (bis 24.09.2014)

Apmann, Volker -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schad, Axel -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Kleinbongartz, Michael	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Kötter, Markus	Ratsmitglied
Störmer, Bernd F.W.	Sachkundiger Bürger
Blumberg, Marcel	Arbeitnehmersvertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmersvertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmersvertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmersvertreter

Betriebsausschuss: (ab 25.09.2014)

Edelhoff, York -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schlieper, Beatrice -stellv. Vorsitzende-	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Kötter, Markus	Ratsmitglied
Siegfried, Jochen	Ratsmitglied
Kunze-Sill, Ilona	Ratsmitglied
Wolf, Sven	Ratsmitglied
Meyer, Gottfried H.	Sachkundiger Bürger
Blumberg, Marcel	Arbeitnehmersvertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmersvertreter
Mobini, Vahid	Arbeitnehmersvertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmersvertreter

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Anzahl der Beschäftigten**

Beschäftigte (zum 31.12.)	2012	2013	2014
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	130	131	221
Angestellte	55	57	104
Beamte/Beamtinnen	6	6	20
Gesamt	191	194	345

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

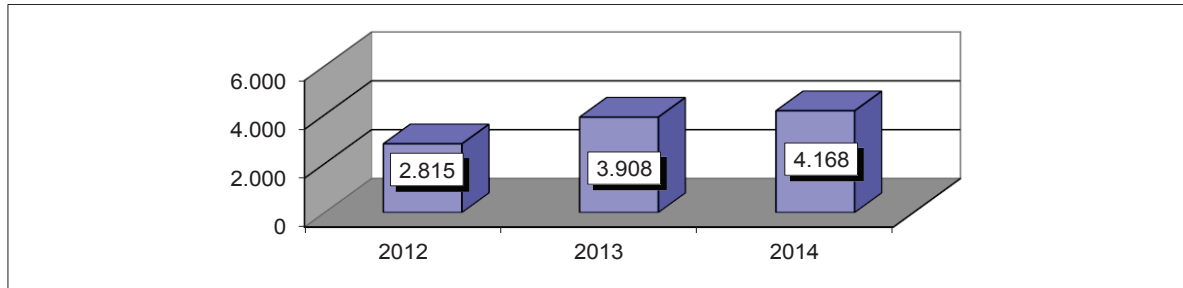
Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	506	0,19	409	0,15	357	0,12
Sachanlagen	255.029	93,96	252.248	95,44	275.155	91,22
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,04
Anlagevermögen	255.663	94,19	252.786	95,64	275.641	91,38
Vorräte	244	0,09	251	0,09	217	0,07
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.954	3,67	9.109	3,45	18.907	6,27
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.531	2,04	2.081	0,79	6.796	2,25
Umlaufvermögen	15.729	5,79	11.440	4,33	25.920	8,59
Rechnungsabgrenzungsposten	32	0,01	81	0,03	91	0,03
Aktiva	271.424	100,00	264.307	100,00	301.652	100,00
Stammkapital	5.000	1,84	5.000	1,89	5.000	1,66
Allgemeine Rücklage	66.637	24,55	66.138	25,02	90.989	30,16
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag, Gewinnvortrag	8.928	3,29	11.743	4,44	13.651	4,53
Jahresüberschuss(+)	2.815	1,04	3.908	1,48	4.168	1,38
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.380	30,72	86.789	32,84	113.808	37,73
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	22.783	8,39	22.570	8,54	22.478	7,45
Empfangene Ertragszuschüsse	2.630	0,97	2.719	1,03	2.766	0,92
Rückstellungen	4.008	1,48	4.362	1,65	10.536	3,49
Verbindlichkeiten	158.623	58,44	147.867	55,95	146.840	48,68
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	1	0,00	5.224	1,73
Passiva	271.424	100,00	264.307	100,00	301.652	100,00

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2012	2013	2014
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	43.718	44.788	46.269
Andere aktivierte Eigenleistungen	732	754	835
Sonstige betriebliche Erträge	1.041	1.199	14.087
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	110	60	96
Erträge aus Beteiligungen	16	6	10
Erträge	45.616	46.807	61.297
Materialaufwand	16.754	17.443	19.237
Personalaufwand	9.756	10.032	18.717
Abschreibungen	7.728	7.781	8.272
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.844	2.667	6.298
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.676	4.891	4.546
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Aufwendungen	42.758	42.813	57.070
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.859	3.994	4.227
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-44	-86	-59
Jahresverlust	0	0	0
Jahresgewinn	2.815	3.908	4.168
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
Verlust	0	3.823	0
Gewinn	2.815	7.731	4.168

Entwicklung der Jahresergebnisse

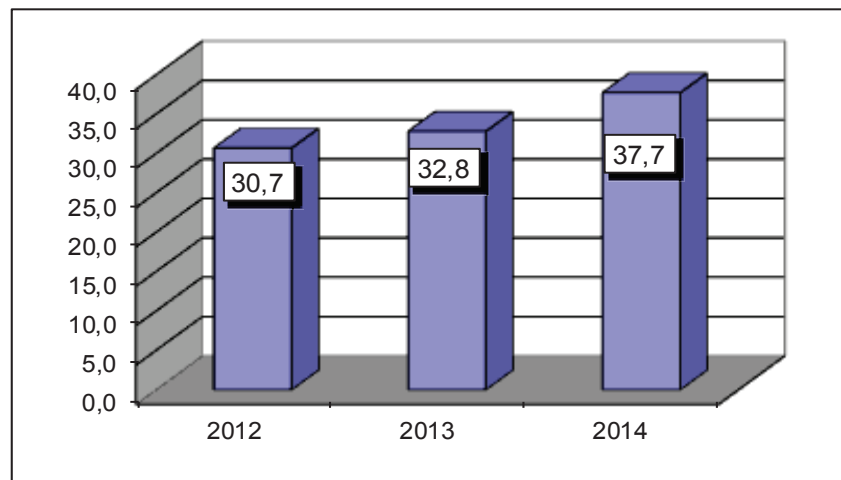
Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.815	3.908	4.168



Kennzahlen

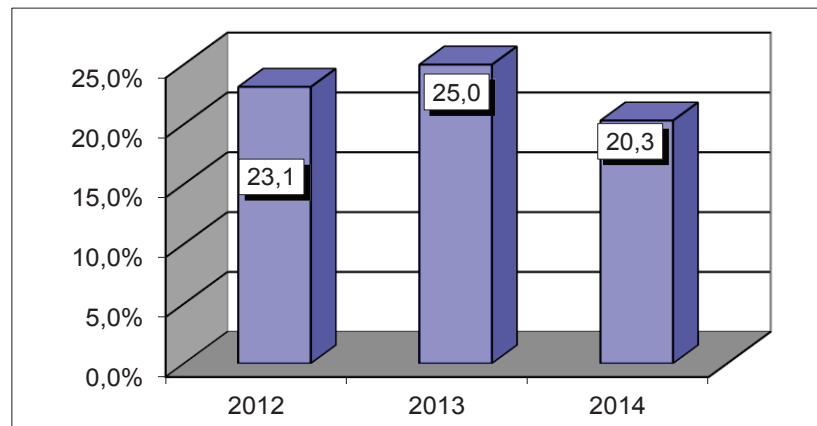
Eigenkapitalquote

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.380	86.789	113.808
Bilanzsumme	271.424	264.307	301.652
% EK	30,7	32,8	37,7



Cash-Flow

Jahr	2012	2013	2014
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	2.815	3.908	4.168
Abschreibungen	7.728	7.781	8.272
Summe	10.543	11.689	12.440
Gesamterträge	45.616	46.807	61.297
Cash-Flow	23,1%	25,0%	20,3%



Lagebericht der Technische Betriebe Remscheid für das Geschäftsjahr 2014

1. Allgemeines

1.1 Gründung und Entwicklung des Eigenbetriebs

Mit Beschluss vom 11. Dezember 1995 hat der Rat der Stadt Remscheid die Umwandlung der Regiebetriebe mit den Gebührenhaushalten Stadtentwässerung, Abfall, Straßenreinigung, Deponie sowie deren gemeinsame Bereiche in einen Eigenbetrieb mit der Bezeichnung Remscheider Entsorgungsbetriebe zum 1. Januar 1996 beschlossen. Grundlage der Entscheidung war ein Gutachten, das vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimale Organisations- und Rechtsform untersuchte. Der Beschluss umfasste auch die Betriebssatzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW).

Mit Beschluss des Rates der Stadt Remscheid vom 11. Dezember 2013 wurde der Betrieb mit Wirkung ab dem 01.01.2014 um die städtischen Regiebetriebe Grünflächen und Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft erweitert. Der Betrieb trägt seit dem 01.01.2014 aufgrund der Betriebserweiterung den Namen

Technische Betriebe Remscheid.

Grundlage der Betriebserweiterung waren wiederum mehrere Gutachten, die vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimalen Organisations- und Rechtsformen untersuchten.

Mit der Betriebserweiterung wurde auch die Betriebssatzung entsprechend angepasst.

1.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebs

Die Technischen Betriebe Remscheid betreiben die nachfolgenden Einrichtungen, die eine wirtschaftliche und organisatorische Einheit darstellen:

- a) Abwasserbeseitigung
- b) Abfallentsorgung
- c) Straßenreinigung einschließlich Winterdienst
- d) Friedhofs- und Bestattungswesen
- e) Forstbetrieb

Zweck der unter a) bis c) aufgeführten Entsorgungseinrichtungen der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die Entsorgung des Stadtgebietes von Abfällen und Abwässern, die Reinigung öffentlicher Straßen, Plätze und Wege einschließlich Winterdienst nach Maßgabe der jeweiligen Satzungen, Betrieb des Wertstoffhofes, Wert- und Schadstoffsammlung, Rekultivierung der Deponie Solinger Straße, Betreuung der Dualen Systeme, Abfall- und Abwasserberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Die Aufgaben werden entsprechend dem jeweils gültigen Abfallwirtschafts- und Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Remscheid durchgeführt. Verpflichtende Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme sind ebenso Grundlagen für die Aufgabenerfüllung der Technischen Betriebe Remscheid.

Zur Einrichtung nach b) erfüllen die Technischen Betriebe Remscheid alle Aufgaben des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers.

Zweck der unter d) aufgeführten Einrichtung Friedhofs- und Bestattungswesen ist der Betrieb der städtischen Friedhöfe und deren Einrichtungen und Nebenbetriebe sowie die Wahrnehmung der Belange des städtischen Friedhofs- und Bestattungswesens, die sich im Wesentlichen aus dem Bestattungsgesetz NRW und dem Gräbergesetz in den jeweils gültigen Fassungen ergeben.

Zweck der unter e) aufgeführten Einrichtung Forstbetrieb ist die nachhaltige Bewirtschaftung des den Technischen Betrieben Remscheid übertragenen Wirtschaftswaldes, die Pflege und Unterhaltung der städtischen Waldparzellen sowie die Wahrnehmung der forstlichen Betreuung im Forstverbandswald, die sich aus dem Bewirtschaftungsvertrag zwischen der Stadt Remscheid und dem Forstverband in seiner jeweils gültigen Fassung ergeben.

Die Technischen Betriebe Remscheid nehmen außerdem folgende Aufgaben wahr:

- a) Bau und Unterhaltung der Straßen, Plätze und Wege der Stadt Remscheid
- b) Planung, Bau und Unterhaltung der zu a) gehörenden Ingenieurbauwerke
- c) Planung, Bau und Unterhaltung und Betrieb der städtischen Verkehrsanlagen einschließlich Verkehrsrechner,
- d) Planung, Bau, Unterhaltung und Betrieb der städtischen Grün- und Freiflächen, Spielplätze sowie der Außenanlagen von städtischen Gebäuden und der städtischen Kleingartenanlagen
- e) Kfz-Werkstatt
- f) Bearbeitung und Heranziehung öffentlicher Abgaben

Zweck der unter a) bis d) aufgeführten Bereiche der Technischen Betriebe Remscheid, einschließlich ihrer Hilfs- und Nebenbetriebe, ist die wirtschaftliche Erbringung der von der Stadt Remscheid übertragenen Dienstleistungen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, die Erhaltung der entsprechenden Infrastruktur sowie der Erhalt der innerstädtischen Naherholung, der Aufenthaltsqualität und des Spiel- und Freizeitangebotes insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die Aufgaben können mit eigenem Personal oder durch Beauftragung Dritter einschließlich Fach- und Beratungsaufgaben wahrgenommen werden.

Die Technischen Betriebe Remscheid betreiben alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Sie darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten übernehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung des Betriebszwecks zuzuordnen sind.

Die Technischen Betriebe Remscheid bestehen aus 6 Geschäftsbereichen sowie einer Betriebsleitungsebene. Die Bezeichnungen lauten wie folgt:

- 0 Betriebsleitung
 - EDV -
 - Zentrale Dienste -
- 1 Geschäftsbereich Entwässerung
 - Planung/Entwurf/Grundstücksentwässerung -
 - Neubau -
 - Betrieb und Unterhaltung -
- 2 Geschäftsbereich Abfallwirtschaft
 - Abfallwirtschaft -
 - Wertstoffhof -
 - Straßenreinigung/Winterdienst -
- 4 Grünflächenunterhaltung und Friedhöfe
 - Grünflächenunterhaltung -
 - Spielplatzunterhaltung -
 - Friedhöfe -
- 5 Straßen- und Brückenbau
 - Neubau -
 - Betrieb und Unterhaltung -
 - Verkehrstechnik -
 - Beitragsabrechnung -
- 6 Fuhrparkmanagement
 - Werkstatt -
 - Fuhrpark/Technik -
- 7 Forstwirtschaft
 - Forstwirtschaft -
 - Holzvermarktung -
- 9 Finanzwesen
 - Finanzbuchhaltung -
 - Controlling/Verwaltung -
 - Grundabgabenveranlagung/Debitorenbuchhaltung -

Aus wirtschaftlichen Gründen findet darüber hinaus in bestimmten Bereichen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung statt, damit eine Doppelverwaltung der typischen Zentralaufgaben vermieden wird. Hierzu gehören u. a. die Personalverwaltung, Darlehensverwaltung, Rechtsberatung sowie Service-Leistungen der Gebäudeverwaltung, Nachrichtentechnik etc.

Entsprechend dem § 3 Absatz 2 der Betriebssatzung und der jeweils anzuwendenden Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung werden die Technischen Betriebe Remscheid von der Betriebsleitung selbständig geleitet; sie ist auch für die wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2014

2.1 Allgemeine Beurteilung

Das Wirtschaftsjahr 2014 war geprägt von der Betriebserweiterung um die Sparten Grünflächen und Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft. Die Betriebserweiterung stellte alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Technischen Betriebe Remscheid vor neue Herausforderungen. Diese Herausforderungen konnten durch die hohe Motivation aller Beschäftigten und die gute Vorbereitung der Betriebserweiterung gemeistert werden. Die bereits in den Jahresabschlüssen der vergangenen Wirtschaftsjahre der Remscheider Entsorgungsbetriebe (jetzt: Technische Betriebe Remscheid) erkennbare wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung der Betriebsergebnisse des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes hat sich auch im ersten Wirtschaftsjahr der Technischen Betriebe Remscheid fortgesetzt.

Durch die Betriebserweiterung, und die damit verbundenen Veränderungen der Kostenstrukturen, sind im Folgenden die Vergleiche mit den Vorjahreszahlen nur bedingt aussagekräftig.

Das Wirtschaftsjahr konnte mit einem Gewinn in Höhe von 4.168,3 T€ (Vorjahr: 3.908,4 T€) abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis somit um 259,9 T€ verbessert.

Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Anlagenabgängen vor allem im Bereich der Entwässerung. Das Jahresergebnis wurde im Wirtschaftsjahr 2014 durch Verlust aus Anlagenabgängen in Höhe von 508,7 T€ belastet. Allerdings fielen diese damit gegenüber der Planung um 491,3 T€ geringer aus.

Eine weitere Belastung ergab sich aus dem Wertanpassungsbedarf des Forderungsbestands. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2014 wird aus der Zuführung zu Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Abgängen aus dem Umlaufvermögen in einer Größenordnung von insgesamt 207,6 T€ belastet.

Durch den milden Winter im ersten Halbjahr 2014 fielen nur geringe Winterdienstaufwendungen an. Auch der Winter im zweiten Halbjahr fiel eher mild aus. Daher konnten auch nur geringe Umsätze mit den Winterdienstleistungen auf Gehwegen für die Stadt Remscheid erzielt werden. Gegenüber der Planung fielen diese um 247,5 T€ geringer aus. Im Gegenzug fielen allerdings die Aufwendungen für Streugut um 71,1 T€ geringer aus.

Eine Belastung ergab sich auch aus der Bildung einer Rückstellung zur Abdeckung der möglichen Belastungen, die sich aus dem Rückbau der Stauanlage Löwenteich ergeben können, in Höhe von 500 T€.

Diese Belastungen konnten durch gegenläufige positive Effekte vollständig ausgeglichen werden.

Die Umsatzerlöse außerhalb der Gebührenerlöse stiegen trotz der geringeren Erlöse aus den Winterdienstleistungen für die Stadt Remscheid gegenüber den Planansätzen um 130,6 T€. Dies liegt vor allem an höheren Erlösen auf dem Wertstoffhof (+48 T€), aus Parkgebühren (+47 T€), aus Ingenieurleistungen Straßen- und Brückenbau und Grünflächen (+182 T€) und aus Holzverkäufen (+73 T€).

Die aktivierten Eigenleistungen stiegen gegenüber den Planwerten um 121,3 T€.

Aus der Auflösung von Pauschal- und Einzelwertberichtigungen sowie aus dem Verkauf von Anlagevermögen konnten Erträge in Höhe von insgesamt 212,5 T€ erwirtschaftet werden, die im Wirtschaftsplan nicht eingeplant waren.

Die Abschreibungen fielen gegenüber den Planansätzen um 110,1 T€ geringer aus.

Der Personalaufwand fiel gegenüber der Wirtschaftsplanung um 137,1 T€ niedriger aus.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid (DBR) konnte im Jahr 2014 ein positives Ergebnis in Höhe von 27,9 T€ erwirtschaften. Die Ausschüttung der DBR führte zu einem Beteiligungsertrag in Höhe von 9,6 T€.

Da die Darlehnszinsen gegenüber der Planung deutlich gesenkt werden konnten, ergab sich trotz der geringen Zinserträge ein gegenüber der Wirtschaftsplanung um 912,5 T€ verbessertes Finanzergebnis (einschl. der Beteiligungserlöse).

Die gute Entwicklung des Wirtschaftsjahres führte dazu, dass die Gebührenabrechnungen der Bereiche Entwässerung, Biotonne, Winterdienst und Friedhöfe jeweils mit einer ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckung in Höhe von insgesamt 1.660,0 T€ abschließen. Diese Überdeckungen führen aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) nicht zu einer Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses. Gleichwohl tragen sie zu einer Stabilisierung der Gebührenentwicklung der kommenden Jahre bei. Seit dem Jahr 2012 werden diese ungewollten Überdeckungen als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Insgesamt fällt das Jahresergebnis gegenüber dem geplanten Jahresergebnis um 834,7 T€ besser aus.

2.2 Aufwands- und Ertragslage sowie Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Die in der Betriebssatzung festgelegten Aufgaben sind im Geschäftsjahr 2014 erfüllt worden. Für die Gebührenbereiche wurden die Leistungen entsprechend der jeweiligen Satzung erbracht. Die vom Rat der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen vorgegebene Gebührenentwicklung konnte hierbei eingehalten werden. In den Bereichen, in denen die Stadtverwaltung mit deren Fachbereichen als Auftraggeberin aufgetreten ist, wurde leistungsspezifisch auf der Basis der Verrechnungssätze und gültigen Materialpreise abgerechnet. Soweit Arbeiten oder Dienstleistungen für Dritte erbracht wurden, erfolgte ebenfalls eine leistungsorientierte Rechnungslegung. Hierbei verliefen die Dienstleistungen für Dritte vor allem im Bereich Straßenreinigung und Stadtentwässerung weiterhin stabil.

2.2.2 Erträge

Die Umsatzerlöse betragen 46.269,3 T€ (Vorjahr: 44.787,7 T€) und setzten sich wie folgt zusammen:

	T€	Vorjahr T€
Werkstatt	97,9	374,0
Abwasserbeseitigung	27.867,1	28.775,6
Abfallbeseitigung	11.610,8	11.420,6
Straßenreinigung	2.944,9	4.217,5
Grünflächen	1.371,9	0,0
Friedhöfe	925,7	0,0
Straßen- und Brückenbau	782,1	0,0
Forstwirtschaft	668,9	0,0
	<u>46.269,3</u>	<u>44.787,7</u>

Der starke Rückgang der Umsatzerlöse im Bereich Werkstatt ergibt sich aus der Eingliederung der Sparten Grünflächen, Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft. Die hier in der Vergangenheit als Umsatzerlöse gegenüber den ehemals städtischen Fachdiensten gebuchten Erträge sind nunmehr dem innerbetrieblichen Leistungsaustausch zugeordnet.

An Eigenleistungen (Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die überwiegend im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 835,3 T€ (Vorjahr: 754,3 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z. B. Aufwendungsersatz Stadt Remscheid, Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen sowie übrige Erträge) konnten in Höhe von 14.087,2 T€ (Vorjahr: 1.199,1 T€) erzielt werden. Der deutliche Anstieg resultiert aus dem Aufwendungsersatz (12.300,0 T€), den die Stadt Remscheid für die Sparten Grünflächen, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft im Jahr 2014 zahlte.

Die Deponiebetriebsgesellschaft mbH (DBR) erzielte im Jahr 2014 ein positives Geschäftsergebnis. Daher konnte im Jahr 2014 ein Ertrag aus der Beteiligung in Höhe von 9,6 T€ (Vorjahr: 5,7 T€) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bei 96,3 T€ (Vorjahr: 60,2 T€).

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 61.297,7 T€ (Vorjahr: 46.807,0 T€) stehen Aufwendungen in Höhe von 57.129,4 T€ (Vorjahr: 42.898,5 T€) gegenüber. Im Jahr 2014 fiel kein außerordentliches Ergebnis an (Vorjahr: 0,0 T€).

Wesentliche Aufwandsarten stellten die Materialaufwendungen mit insgesamt 19.236,9 T€ (Vorjahr: 17.443,0 T€) und die Personalaufwendungen mit insgesamt 18.716,9 T€ (Vorjahr: 10.031,6 T€) dar. Auch hier ergeben sich die Veränderungen im Wesentlichen aus der Betriebserweiterung.

Hiervon betrug der Materialaufwand bei der Abwasserbeseitigung 9.333,5 T€ (Vorjahr: 9.211,6 T€), der Abfallwirtschaft 6.202,2 T€ (Vorjahr: 6.030,6 T€) und der Straßenreinigung 578,3 T€ (Vorjahr: 1.190,3 T€). Bei den neuen Sparten betrug der Materialaufwand bei den Grünflächen 561,0 T€ (Vorjahr: 0,0 T€), den Friedhöfen 138,6 T€ (Vorjahr: 0,0 T€), dem Straßen- und Brückenbau 1.872,6 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) und der Forstwirtschaft 250,4 T€ (Vorjahr: 0,0 T€). Bei den gemeinsamen Bereichen (Betriebsleitung, Finanzwesen und Werkstatt) betrug der Materialaufwand 300,3 T€ (Vorjahr: 1.010,5 T€).

Von den Personalaufwendungen entfielen auf die Abwasserbeseitigung 3.471,8 T€ (Vorjahr: 3.567,8 T€), die Abfallbeseitigung 3.603,7 T€ (Vorjahr: 3.265,3 T€) sowie 1.421,5 T€ (Vorjahr: 1.585,0 T€) auf die Sparte Straßenreinigung. Bei den neuen Sparten betrug der Personalaufwand

bei den Grünflächen 2.016,8 T€ (Vorjahr: 0,0 T€), den Friedhöfen 533,5 T€ (Vorjahr: 0,0 T€), dem Straßen- und Brückenbau 4.389,3 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) und der Forstwirtschaft 972,7 T€ (Vorjahr: 0,0 T€). Weiterhin entfielen auf die gemeinsamen Bereiche (Betriebsleitung, Finanzwesen und Werkstatt) 2.307,6 T€ (Vorjahr: 1.613,5 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen beliefen sich auf 8.271,9 T€ (Vorjahr: 7.780,9 T€) und die Fremdkapitalzinsen auf 4.545,8 T€ (Vorjahr: 4.890,5 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 6.298,5 T€ (Vorjahr: 2.666,7 T€).

Innerbetrieblich wurden in der Summe 2.054,0 T€ (Vorjahr: 2.452,2 T€) verrechnet, die per Saldo die Sparten wie folgt be- bzw. entlastet (- bzw. +) haben: Betriebsleitung und Verwaltung (+600,2 T€; Vorjahr: +546,9 T€), Werkstatt (+529,3 T€; Vorjahr: +1.156,2 T€), Abwasserbeseitigung (-350,4 T€; Vorjahr: -434,0 T€), Abfallentsorgung (-440,4 T€; Vorjahr: -657,6 T€), Straßenreinigung (-185,6 T€; Vorjahr: -611,5 T€), Grünflächen (-14,0 T€; Vorjahr: 0,0 T€), Friedhöfe (-18,1 T€; Vorjahr: 0,0 T€), Straßen- und Brückenbau (-106,0 T€; Vorjahr: 0,0 T€) und Forstwirtschaft (-15,0 T€; Vorjahr: 0,0 T€).

Die Aufwendungen für Steuern betragen insgesamt 59,5 T€ (Vorjahr: 85,9 T€). Hiervon entfielen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag 29,4 T€ (Vorjahr: 54,7 T€).

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt ab mit einem Jahresgewinn von 4.168,3 T€ (Vorjahr: 3.908,4 T€).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2014 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 3.333,6 T€ wurde das Wirtschaftsjahr somit um 834,7 T€ besser abgeschlossen.

Für die einzelnen Leistungssparten stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

Der Bereich Entwässerung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.122,4 T€ (Vorjahr: 3.771,4 T€) ab.

Der Bereich Abfallwirtschaft schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 9,2 T€ (Vorjahr: 19,7 T€) ab.

Der Bereich Straßenreinigung schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von -68,4 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 117,3 T€) ab.

Der Bereich Grünflächen schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von -177,5 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) ab.

Der Bereich Friedhöfe schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 78,5 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) ab.

Der Bereich Straßen- und Brückenbau schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 548,4 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) ab.

Der Bereich Forstwirtschaft schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von -344,4 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) ab.

Die dargestellten Ergebnisse der Betriebszweige berücksichtigen die ihnen anteilig zugeordneten Aufwendungen und Erträge der Bereiche Betriebsleitung, Finanzwesen und Werkstatt.

2.3 Investitionen

Die Gesamtsumme der Investitionen im Anlagebereich betrug in 2014 32.356,3 T€ (Vorjahr: 6.292,9 T€). Hiervon entfielen 25.534,1 T€ auf Anlagengüter, die von der Stadt Remscheid im Zuge der Betriebserweiterung auf die TBR übertragen wurden. Von den Investitionen wurden 188,4 T€ (Vorjahr: 36,6 T€) für immaterielle Vermögensgegenstände und 14.309,7 T€ (Vorjahr: 69,4 T€) für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit und ohne Bauten aufgewendet. Für die übernommenen Forstgrundstücke wurde für das aufstehende Holz zu einem Wertansatz in Höhe von 9.165,8 T€ übertragen. Für die Anlagen der Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Friedhöfe und Forstwirtschaft wurden 6.597,0 T€ (Vorjahr: 3.915,8 T€), für Maschinen und maschinelle Anlagen 389,9 T€ (Vorjahr: 81,4 T€), für Fahrzeuge 1.979,5 T€ (Vorjahr: 454,6 T€), Betriebs- und Geschäftsausstattung 538,9 T€ (Vorjahr: 278,7 T€) investiert. Der Bestand an geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau wurde aufgrund der Zugänge und der vorgenommenen Aktivierungen um -812,9 T€ (Vorjahr: 1.456,4 T€) vermindert.

Für das Jahr 2015 sind Investitionen in Höhe von EUR 15,5 Mio. geplant, die überwiegend auf Anlagen im Geschäftsbereich Abwasserbeseitigung entfallen.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zur Finanzierung der getätigten Investitionen mussten neben der Bereitstellung eigener Mittel keine langfristigen Kreditaufnahmen getätigt werden. Das weiterhin gute Zinsniveau wurde allerdings

genutzt, um einen Teil des Kassenkredits (3,0 Mio. €) bei der Stadt Remscheid in einen langfristigen Kredit umzuschulden. Die Höhe des Kassenkredits wurde daher im Lauf des Jahres 2014 um 3,0 Mio. € vermindert. Investitions- und Ertragszuschüsse für Abwasseranlagen standen in Höhe von 501,3 T€ (Vorjahr: 413,3 T€) zur Verfügung. Die planmäßige Darlehenstilgung betrug 5.680,1 T€ (Vorjahr: 5.408,0 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sich von 147.866,6 T€ - Stand 01.01.2014 - um -1.026,1 T€ auf 146.840,5 T€ - Stand 31.12.2014 - vermindert. Davon entfielen auf Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten am 31.12.2014 126.852,6 T€ (Vorjahr: 129.536,8 T€). Auf Verbindlichkeiten aus Anzahlungen entfielen 5.196,3 T€ (Vorjahr 5.332,5 T€). Auf die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 2.350,6 T€ (Vorjahr: 2.438,6 T€). Darüber hinaus resultieren aus Verpflichtungen gegenüber der Stadt 8.341,50 T€ (Vorjahr: 6.952,9 T€). Der Anstieg ergab sich aus Verpflichtungen zur Straßen-, Brücken- und Stützmauersanierung sowie zur Sanierung von Spielplätzen und zur Unterhaltung der Balkantrasse, die im Rahmen der Betriebsgründung gegenüber der Stadt Remscheid übernommen wurde. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 4,1 T€ (Vorjahr: 10,7 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 4.095,4 T€ (Vorjahr: 3.595,1 T€). Hiervon entfallen 3.343,1 T€ (Vorjahr: 3.117,8 T€) auf Verbindlichkeiten aus ungewollten Gebührenüberdeckungen.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Durch die Betriebserweiterung ergab sich eine Ausweitung des Personalbestandes. Zum 31.12.2013 waren 188 tariflich Beschäftigte sowie 6 Beamte (vor Betriebserweiterung) beschäftigt. Der Personalbestand hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.14	Zugang/ Abgang	Stand 31.03.14	Zugang/ Abgang	Stand 30.06.14	Zugang/ Abgang	Stand 30.09.14	Zugang/ Abgang	Stand 31.12.14
Lohnemp- fänger	219	-2	217	-3	214	7	221	0	221
Angestellte	105	-1	104	-1	103	0	103	1	104
Beamte	21	0	21	0	21	-1	20	0	20
Gesamt	345	-3	342	-4	338	6	344	1	345

Die Personalkosten im Geschäftsjahr 2014 setzten sich wie folgt zusammen:

	T€	(Vorjahr T€)
Löhne	8.435,7	(4.949,2)
Gehälter	5.045,3	(2.551,3)
Beamtenbezüge	1.076,8	(382,2)
Veränderung RST Überstunden	-2,7	(-41,8)
Veränderung RST Urlaub	0,7	(-1,2)
Veränderung ATZ-Rückstellung Lohn/Gehalt	231,2	(-53,4)
Soziale Abgaben	2.636,4	(1.463,8)
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.293,5	(781,4)
Summe	18.716,9	(10.031,5)

Die einzelnen Sparten (einschl. Hilfs- und Nebensparten) schließen mit folgendem Ergebnis ab:

	Löhne/Gehälter und Beamtenbezüge		Soziale Abgaben		Aufwendungen für Altersversorgung		Summe
	T€	(Vorjahr) T€	T€	(Vorjahr) T€	T€	(Vorjahr) T€	
Betriebsleitung und							
Finanzwesen	1.133,4	(903,4)	182,5	(149,4)	495,1	(106,7)	1.811,0
Werkstatt	388,0	(355,5)	78,3	(70,0)	30,3	(28,5)	496,6
Abwasserbeseitigung	3.015,7	(2.782,8)	516,6	(514,2)	-60,5	(270,8)	3.471,8
Abfallbeseitigung	2.716,0	(2.507,7)	529,0	(485,1)	358,7	(272,5)	3.603,7
Straßenreinigung	1.116,3	(1.237,0)	219,2	(245,2)	86,0	(102,9)	1.421,5
Grünflächen	1.609,9	(0,0)	303,9	(0,0)	103,0	(0,0)	2.016,8
Friedhöfe	418,4	(0,0)	77,4	(0,0)	37,7	(0,0)	533,5
Straßen- und Brückenbau	3.545,3	(0,0)	627,3	(0,0)	216,7	(0,0)	4.389,3
Forstwirtschaft	844,0	(0,0)	102,2	(0,0)	26,5	(0,0)	972,7
Summe	14.787,0	(7.786,4)	2.636,4	(1.463,8)	1.293,5	(781,4)	18.716,9

Der durchschnittliche Personalaufwand je Beschäftigtem betrug im Geschäftsjahr 54,7 T€ (Vorjahr: 52,4 T€).

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2014 war das erste Wirtschaftsjahr nach der Erweiterung der Remscheider Entsorgungsbetriebe um die Sparten Grünflächen, Straßen- und Brückenbau und Forst zu den Technischen Betrieben Remscheid. Daher waren viele Vorgänge des Jahres von der Umstrukturierung des Betriebes geprägt. Weiterhin mussten die Abstimmungen mit der Stadt Remscheid zur Vermögensübertragung abgeschlossen werden. Ein erster Schwerpunkt der Umstrukturierung der TBR war die neue Darstellung des Betriebes in der Öffentlichkeit. Zum 01.01.2014 wurden alle Fahrzeuge der TBR mit dem neuen Betriebslogo ausgestattet. Ebenso wurden alle Geschäftspapiere neu gestaltet und zum Jahresbeginn eingesetzt. Die neue Internetseite, die nunmehr auch die neuen Sparten umfasst, wurde ebenfalls zum 01.01.2014 online gestellt. Die Betriebserweiterung und die neue Darstellung wurden in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Entwässerung werden von der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und den hierfür erforderlichen Investitionen bestimmt.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen wurden für die Erweiterung und die bauliche Sanierung bzw. Erneuerung des Kanalisationsnetzes aufgewendet. Eine wesentliche Maßnahme war die Sanierung des Regenwassereinzugsgebietes Kremenholter Bach. Nachdem im vergangenen Jahr als erster Bauabschnitt das Regenklär- und Regenrückhaltebecken gebaut wurde, wurde im Berichtsjahr der Bau der Retentionsräume im Gewässer und der Renaturierung des Baches abgeschlossen. Der letzte Bauabschnitt (Umbau des vorhandenen Rückhaltebeckens Kremenholter Bach) wurde begonnen. Diese Maßnahmen waren weitere Auflagen aus der wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung des Niederschlagswassers aus verschiedenen Einzugsgebieten in den Kremenholter Bach. Durch diese Kombination aus Beckenbau und Maßnahmen im Gewässer soll der gute Zustand des Gewässers, der nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie gefordert wird, trotz der Einleitung des Niederschlagswassers in das Gewässer, erreicht werden.

Weiterhin wurde die Sanierung des Entwässerungsgebietes in Bergisch Born vorbereitet. Das Gebiet muss vom Mischsystem in ein Trennsystem umgebaut werden. Hiermit sind auch erhebliche Eingriffe in die Verkehrsinfrastruktur verbunden, die eine Belastung für die Anwohner darstellen. Daher wurde frühzeitig der Betriebsausschuss und der örtliche Bürgerverein über die anstehenden Maßnahmen informiert.

Die Nachkalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2014 ergab eine Überdeckung in Höhe von 912,2 T€.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurden die Verwertungsverträge für Altpapier und Bioabfälle europaweit ausgeschrieben und neu vergeben. Die Wertstofflöse sanken durch den weltweiten Verfall der Rohstoffpreise insgesamt gegenüber dem Vorjahr. Dennoch wurde neben den Erträgen aus der Vermarktung von Altpapier Erlöse im Bereich Altkleider, Schrott und Elektroaltgeräte erzielt.

Im Jahr 2014 wurde die bisher von der Stadt Remscheid angepachtete Umladestelle für Bioabfall von den TBR saniert. Im Zuge der Gesamtanierung des Geländes der ehemaligen Tierkörperbeseitigungsanstalt wurden die für die Bioabfallumladestelle genutzten Gebäudeteile saniert und logistisch optimiert. Das Gelände wurde von der Stadt Remscheid nach der Sanierung an die TBR veräußert. Somit steht nach Abschluss der Arbeiten langfristig eine Umladeanlage für diese Abfälle zur Verfügung.

Nach Rücksprache mit der Stadt Remscheid soll der Wertstoffhof auch künftig auf der Deponie Solinger Straße verbleiben. Seitens der Stadt ist derzeit der Ausbau der Deponiefläche zu einem Standort für erneuerbare Energien (Solarenergie, Power to gas) geplant. Hier kann sich auch ein nutzungsverträgliches Nebeneinander dieser Standortnutzung mit dem Weiterbetrieb des Wertstoffhofes an dieser Stelle ergeben. Auf dieser Basis wurden die ersten Planungen für den neuen Wertstoffhof beauftragt.

Die erfassten Restmüllmengen waren im Jahr 2014 leicht rückläufig. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Haushaltsstrukturen. Das führte auch zu geringeren Gebührenerlösen im Bereich Restmüll. Durch den Rückgang der Restmüllmengen ergaben sich allerdings auch geringere Entsorgungskosten beim Abfallwirtschaftsverband EKOCity, die zu einer Rückzahlung führten.

Im Jahr 2014 wurde die Erarbeitung des neuen Abfallwirtschaftsplanes des Landes NRW weitergeführt. Hierbei wurden nunmehr neue Entsorgungsregionen definiert. Das EKOCity-Verbandsgebiet blieb erhalten und in eine große Region eingebettet. Somit wird der Bestand dieses Zweckverbandes durch die Abfallwirtschaftsplanung gesichert. Darüber hinaus bestehen durch den neuen Zuschnitt der Entsorgungsregion auch Erweiterungsmöglichkeiten für den Verband.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2014 bei der Gebührenforderung Bioabfall ein Überschuss in Höhe von 44,6 T€ erwirtschaftet. Die Nachkalkulation der Restmüllgebühren für das Jahr 2014 ergab dagegen eine Unterdeckung für den Bereich Restmüll in Höhe von 261,5 T€.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Die Erträge der Gesellschaft beschränken sich daher neben Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der Rückstellung auf die Vermittlung und Betreuung von Entsorgungsdienstleistungen und auf Personaldienstleistungen im Bereich Planung und Bauausführung. Dennoch konnte die Gesellschaft im Jahr 2014 einen Überschuss in Höhe von 27,9 T€ erwirtschaften.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsbereich Straßenreinigung war wie immer geprägt vom Winterdienst. Der Winter des Jahres 2014 war sowohl im ersten wie auch im zweiten Halbjahr sehr mild. Dies führte zu geringen Winterdienstaufwendungen. Dadurch ergab sich eine erhebliche ungewollte Gebührenüberdeckung im Gebührenbereich Winterdienst in Höhe von 618,7 T€. Im Gebührenbereich Sommerreinigung schließt das Wirtschaftsjahr mit einer Unterdeckung in Höhe von 224,0 T€ ab. Der milde Winter führte aber auch dazu, dass die

geplanten Umsatzerlöse aus Winterdienstleistungen für die Stadt Remscheid (Gehwegwinterdienst) ausblieben. Dies belastete auch die übrigen Sparten der TBR.

Im Geschäftsbereich Grünflächen und Friedhöfe lag ein Schwerpunkt in der Verbesserung des Erscheinungsbildes des Stadtparks. Hier wurde eine seit Jahren verfallene alte Toilettenanlage abgerissen. Durch die Beseitigung dieses Schandflecks und durch andere Maßnahmen konnte das Erscheinungsbild des Stadtparks deutlich verbessert werden. Weiterhin wurde der neue Spielplatz im Stadtpark im Jahr 2014 fertig gestellt. Dieser Spielplatz wird sehr gut angenommen. Er setzt einen neuen Akzent im Stadtpark. Durch diese und eine Vielzahl auch kleinerer Maßnahmen ist es gelungen, dem Stadtpark in der Öffentlichkeit ein verbessertes Image zu verschaffen.

Für die Stadt Remscheid wurden Arbeiten an den Spielplätzen sowie der Grün- und Baumpflege an städtischen Liegenschaften und Schulen durchgeführt. Die hierbei im Vorfeld abgeschätzten Aufwendungen und Erlöse waren zutreffend kalkuliert und konnten kostendeckend erzielt werden.

Es zeigte sich allerdings deutlich, dass der für die Pflege der öffentlichen Park- und Grünanlagen sowie des Straßenbegleitgrüns von der Stadt Remscheid gezahlte Aufwendersatz zu gering ist, um den von der Stadt Remscheid und der Bevölkerung erwarteten Pflegestandard zu gewährleisten. Auch die deutliche Mittelreduzierung der Jahre 2012 und 2013 in der Grünpflege hat deutliche Spuren hinterlassen, die im Jahr 2014 aufgeholt werden mussten und das Ergebnis belastet haben. Hier sollte in den kommenden Jahren eine intensive Diskussion zu Standard und Kosten der Grünflächenpflege geführt werden. Dies ist sicherlich angesichts der Haushaltslage der Stadt Remscheid keine einfache Aufgabe.

Um in der seit Langem andauernden Diskussion um die Sanierung des Stadtparkteiches eine verlässliche und seriöse Grundlage zu erhalten, wurde ein Auftrag an den Wupperverband vergeben. Im Rahmen einer Masterarbeit der RWTH Aachen konnte im Weiteren eine umfassende Problemanalyse mit mehreren Handlungsvorschlägen erarbeitet werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit stellen nunmehr die Grundlage für weitere Entscheidungen der Stadt Remscheid dar.

Im Bereich Friedhöfe wurde im Jahr 2014 mit der schon lange überfälligen Sanierung der Friedhofskapelle auf dem Parkfriedhof Bliedinghausen begonnen. Auf dem Waldfriedhof Reinshagen wurde eine neue Kolumbarienanlage gebaut. Für die Friedhöfe wurde insgesamt ein Auftrag zur Erarbeitung eines neuen angemessenen Erscheinungsbildes vergeben. Hier soll, beginnend mit einem neuen Logo über die Geschäftsunterlagen bis hin zur Ausgestaltung neuer Wegweisersysteme auf den Friedhöfen, ein einheitliches und zeitgemäßes Corporate Design für die Friedhöfe erarbeitet werden. Die Gebührenerkalkulation für die Friedhöfe ergab eine ungewollte Überdeckung für das Jahr 2014 in Höhe von 84,5 T€. Hierbei zeigte sich, dass der bislang erhobene Anteil für das öffentliche Grün zu gering ist. Hier muss in den nächsten Jahren eine Anpassung durchgeführt werden.

Für den Geschäftsbereich Straßen- und Brückenbau ergaben sich durch die Eingliederung in die TBR erhebliche Veränderungen. Da das Straßenvermögen nicht in das TBR-Vermögen übernommen wurde, übernehmen die TBR in diesem Geschäftsbereich überwiegend Leistungen, die im Auftrag der Stadt Remscheid wahrgenommen werden. Hier musste also bei der Stadt Remscheid eine Verwaltungseinheit geschaffen werden, die diese Auftraggeberrolle übernimmt. Daher verblieb die Straßenplanung nach den Festlegungen der Stadt Remscheid bei der Stadt und übernahm ab dem 01.01.2014 als „Koordinierungsstelle TBR“ die Rolle des Auftraggebers für die Arbeiten der TBR. Durch diese Neuaufteilung der Auftraggeber – Auftragnehmer Verhältnisse ergaben sich im Jahr 2014 anfängliche Reibungsverluste, die jedoch im Laufe des Jahres abgebaut werden konnten.

Durch den Geschäftsbereich wurden größere Baumaßnahmen für die Stadt Remscheid ingenieurtechnisch betreut. Hier sei nur die Grundsanieung der Neuenkamper Straße (B 229)

und die Sanierung der Brücke Linde genannt. Gerade die Sanierung der Neuenkamper Straße - eine der wesentlichen Verkehrsachsen der Stadt Remscheid - stellte eine große Herausforderung dar. Durch eine gute Baustellenvorbereitung und eine gute Zusammenarbeit mit der ausführenden Firma konnte die Maßnahme erfolgreich abgewickelt werden.

Daneben wurde das mit der Stadt Remscheid vereinbarte und auf die TBR übertragene Deckensanierungsprogramm weitergeführt. Diese Maßnahmen stellen einen sinnvollen Beitrag zum Erhalt der Verkehrsinfrastruktur dar.

Eine weitere wesentliche Aufgabe war die Begleitung des Programms der Telecom AG zum Ausbau des schnellen Internets. Hierdurch kam es zu einer Vielzahl von Aufbrüchen, die aufgrund der Zeitvorgaben der Telecom unter einem erheblichen Zeitdruck umgesetzt werden mussten. Durch die Anordnung von Selbstvornahmemaßnahmen konnten im Zuge dieses Programms einige Gehwege kostengünstig vollständig neu ausgebaut werden. Das Programm der Telecom wird im Jahr 2015 fortgesetzt. Durch die Vielzahl an Aufbrüchen wurden im Jahr 2014 89 T€ Gebühren aus Aufbruchgenehmigungen erzielt. Hierdurch sowie durch höhere Einnahmen aus Parkgebühren sowie aus Ingenieurleistungen konnten im Geschäftsbereich gegenüber der Wirtschaftsplanung 255 T€ höhere Umsatzerlöse erzielt werden.

Im Geschäftsbereich Forstwirtschaft wurde im Wirtschaftsjahr die Reduzierung der Forstreviere von ehemals 4 Revieren auf 3 Reviere umgesetzt. Dies führte zu einer Neuaufteilung der Aufgaben unter den Förstern. Der Prozess ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Zur Bewältigung der Arbeiten müssen noch unterhalb der Förster Forstwirtschaftsmeister eingesetzt werden, die Teile der Aufgaben mit übernehmen können. Diese organisatorischen Umsetzungen wurden im Jahr 2014 begonnen und 2015 abgeschlossen.

Weiterhin wurden gemeinsam mit dem Forstverband Remscheid und der Stadt Solingen die Arbeiten an der Erarbeitung einer neuen Forsteinrichtung vergeben. Die Forsteinrichtung hätte seitens der Stadt Remscheid bereits im Jahr 2012 neu aufgestellt werden müssen. Da sie die Grundlage der bilanziellen Bewertung des Forstvermögens darstellt, war die Erarbeitung zwingend geboten, da ohne die neuen Ergebnisse die Bilanz der TBR zum 31.12.2014 nur eingeschränkt testierfähig gewesen wäre. Die Arbeiten an der Betriebsinventur (Naturalerfassung des Holzbestandes) wurden im Jahr 2015 noch vor Abschluss der Arbeiten an der Prüfung des Jahresabschluss fertig gestellt. Nach der neuen Betriebsinventur und der Bewertung des Bestandes mit den Ertragstafeln der Waldbewertungsrichtlinie des Landes NRW beträgt der Wert des aufstehenden Holzes 15,7 Mio. €. Der von der Stadt Remscheid auf Grundlage der alten Betriebsinventur aus dem Jahr 2002 zum 01.01.2014 übernommene Wert (Anschaffungskosten TBR) betrug 9,2 Mio. €. Der höhere Wert führt nicht zu einer Verbesserung des Ergebnisses des Jahres 2014, da nach den Vorgaben des HGB auch weiterhin der Anschaffungswert (9,2 Mio. €) der in der Bilanz ausgewiesene Anlagenwert für den übernommenen Holzbestand bleibt. Allerdings stellt der höhere Wert eine deutliche Risikoabsicherung dar, da ein möglicher Werteverzehr des Holzbestandes aus Naturkatastrophen wie Sturm oder Waldbrand durch die neue Bewertung künftig ausgeglichen werden kann. Das bilanzielle Risiko für die TBR hat sich hierdurch deutlich verringert.

Eine nicht unerhebliche Belastung des Ergebnisses der Sparte Forstwirtschaft ergab sich aus einer vorsorglich gebildeten Rückstellung für die Stauanlage Löwenteich. Diese historische Stauanlage wurde mit den forstlichen Liegenschaften in das Betriebsvermögen der TBR übernommen. Die wasserrechtliche Erlaubnis für die Stauanlage lief im Jahr 2002 ab. Bereits seit mehreren Jahren werden daher Gespräche mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis als Genehmigungsbehörde geführt. Der Kreis hat nunmehr auch den Rückbau der Anlage als eine mögliche Konsequenz aus der bestehenden wasserrechtlichen Situation dargestellt. Daher wurde im Jahresabschluss auf Grundlage einer Kostenschätzung für den Rückbau der

Stauanlage eine Rückstellung zur Absicherung dieses Risikos in Höhe von 500 T€ gebildet. Diese Ergebnisbelastung im Forstbereich konnte auch nicht durch die im Vergleich zur Planung um TEUR 77 gestiegenen Umsatzerlöse ausgeglichen werden.

Im Geschäftsbereich Finanzen und Controlling wurde die Veranlagung und Verbuchung der Grundabgabenforderungen bereits im dritten Jahr durchgeführt. Durch das aufgebaute Forderungsmanagement konnten die neuen offenen Forderungen aus den Grundabgaben ab dem Jahr 2012 reduziert werden. Der offene Forderungsbestand aus den Benutzungsgebühren der Jahre 2012 bis 2014 zum 31.12.2014 betrug 458,2 T€. Von diesen Forderungen waren zum Zeitpunkt der Prüfung nur noch 138,7 T€ nicht ausgeglichen. Dies entspricht einer Quote der offenen Gebührenforderungen bezogen auf den Gebührenertrag in Höhe von 0,18 %. Vorsorglich wurden aus dem zum Zeitpunkt der Prüfung noch offenen Forderungsbestand Forderungen in Höhe von 101,2 T€ einzelwertberichtigt. Somit waren aus dem Bestand Grundabgabenforderungen zum 31.12.2014 Forderungen in Höhe von insgesamt 154,3 T€ einzelwertberichtigt.

Auch der Bestand an offenen Altforderungen aus Gebührenforderungen vor 2012 konnte weiter abgebaut werden. Dieser betrug zum 31.12.2014 105,7 T€. Im Jahr 2014 wurden Altforderungen in Höhe von 34,8 T€ durch Zahlungen ausgeglichen. 68,5 T€ aus dem Altbestand mussten endgültig ausgebucht werden. Da alle Altforderungen in Vorjahren bereits vorsorglich einzelwertberichtigt waren, ergab sich aus der Ausbuchung jedoch keine Ergebnisbelastung. Darüber hinaus wurden bereits in Vorjahren ausgebuchte Forderungen doch noch beigetrieben. Dies führte zu Zahlungen auf ausgebuchte Forderungen in Höhe von 39,2 T€.

Somit bestehen aus den offenen Forderungen aus Gebührenabrechnungen zum 31.12.2014 keine Bilanzrisiken.

Auch im Jahr 2014 wurden die neu eingeführten Monatsabschlüsse dem Betriebsausschuss zur unterjährigen Berichterstattung vorgelegt.

Im Berichtsjahr wurde der Jahresabschluss des Jahre 2013 vom Rat der Stadt Remscheid festgestellt.

Am 06.09.2014 fand in Remscheid der WDR-2-Tag statt. An diesem Tag wurde vom WDR an mehreren Plätzen und Veranstaltungsorten in der Stadt eine große Veranstaltung durchgeführt. Höhepunkt war ein großes Konzert auf dem Schützenplatz. Dieses Konzert verfolgten alleine ca. 25.000 Menschen. In der Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung und am Veranstaltungstag selbst waren die TBR in vielfältiger Funktion beteiligt. Ein Schwerpunkt war die Erarbeitung und Umsetzung des Verkehrskonzeptes für diesen Tag in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt der Stadt Remscheid. Weiterhin wurden die TBR mit der Entsorgung und der Platzreinigung des Konzertgeländes beauftragt. Darüber hinaus musste im Vorfeld des Konzertes ein weiterer Fluchtweg vom Konzertgelände angelegt werden. Für die Vorbereitung der Maßnahmen stand nur wenig Zeit zur Verfügung, da die Entscheidung zur Durchführung der Veranstaltung in Remscheid erst im Frühjahr 2014 fiel. Dennoch verlief die Vorbereitung zeitgerecht und die Veranstaltung war ein großer Erfolg. Der Tag wird daher allen Beteiligten trotz der erheblichen Arbeit in guter Erinnerung bleiben.

3. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

3.1 Vermögenslage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 264.306,9 T€ - 01.01.2014 - um 37.346,1 T€ auf 301.653,0 T€ - 31.12.2014 - erhöht. Mit der Betriebserweiterung wurden Anlagengüter mit einem Gesamtwert in Höhe von 25.534,1 T€ von der Stadt Remscheid auf die TBR übertragen. Den gesamten Anlagezugängen in Höhe von 32.356,3 T€ (Vorjahr: 6.292,9 T€) standen Anlagenabgänge im Wert von 2.131,7 T€ (Vorjahr: 2.956,5 T€) sowie Abschreibungen in Höhe von 8.271,9 T€ (Vorjahr: 7.780,9 T€) und Abgänge auf Abschreibungen von

902,8 T€ (Vorjahr: 1.566,8 T€) gegenüber. Hieraus ergab sich eine Erhöhung des Anlagevermögens um 22.855,5 T€ (Vorjahr: -2.877,7 T€).

Das Umlaufvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2014 von 11.440,0 T€ - 01.01.2014 - um 14.480,7 T€ auf 25.920,7 T€ - 31.12.2014 - erhöht. Hierbei entfallen 6.796,3 T€ auf den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 2.080,8 T€). Die Vorräte betragen zum Bilanzstichtag 217,0 T€ (Vorjahr: 250,6 T€) und die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 18.907,4 T€ (Vorjahr: 9.108,6 T€). Hiervon entfielen 11.109,2 T€ auf Forderungen gegen die Stadt Remscheid (Vorjahr: 1.853,7 T€). Der starke Anstieg der Forderungen gegen die Stadt Remscheid ergibt sich aus der Betriebserweiterung. Hier ergab sich eine Forderung aus dem übertragenen und noch nicht ausgezahlten passiven Rechnungsabgrenzungsposten für bereits erhaltene Friedhofsgebühren. Hier wurde mit der Stadt Remscheid ein Zahlungsplan zum Ausgleich der Forderungen in den Jahren 2015-2017 vereinbart. Die Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt in den Jahren 2014-2063. Eine weitere Forderung ergab sich aus den übernommenen Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für die von der Stadt Remscheid übernommenen Beamtinnen und Beamten.

Auf der Passivseite hat sich das bilanzielle Eigenkapital von 86.789,0 T€ - 01.01.2014 - um 27.020,0 T€ auf 113.809,0 T€ - 31.12.2014 - erhöht. Der Anstieg des Eigenkapitals ist auf die Betriebserweiterung zurückzuführen, da die Vermögensgegenstände von der Stadt Remscheid als Kapitaleinlage auf die TBR übertragen wurden.

Die Allgemeine Rücklage hat sich von 66.137,7 T€ - 01.01.2014 - um 24.851,6 T€ auf 90.989,3 T€ - 31.12.2014 - erhöht. Der Anstieg ist auf die von der Stadt Remscheid zur Betriebserweiterung vorgenommene Kapitaleinlage zurückzuführen. Gegenläufige Effekte ergaben sich wie im Vorjahr aus der Abstimmung zwischen der Anlagenbuchhaltung und dem Kanalkataster. Hierbei wurden Abweichungen festgestellt, die korrigiert werden mussten. Da in einigen Fällen die Ausweisungen im Anlagevermögen schon vor der Betriebsgründung im Jahr 1996 falsch waren, wurde in diesen Fällen eine Korrektur der Kapitalrücklage vorgenommen. Der Prozess konnte im Jahr 2014 weitgehend abgeschlossen werden. Eine weitere Reduzierung der Kapitalrücklage ergab sich aus der Wertkorrektur einiger von der Stadt Remscheid übertragenen Forstgrundstücke. Diese waren zu hoch bewertet und mussten abgewertet werden. Da der Wert schon mit der Übertragung zu hoch war, wurde eine Korrektur der Kapitalrücklage vorgenommen.

Der Jahresüberschuss belief sich auf 4.168,3 T€. Nach den Vorgaben des Haushaltssanierungsplanes der Stadt Remscheid soll aus dem Jahresüberschuss der Technische Betriebe Remscheid im Jahr 2015 ein Betrag in Höhe von 3,5 Mio. € zur Sanierung des städtischen Haushalts an die Stadt Remscheid ausgeschüttet werden. Hierüber muss der Rat der Stadt allerdings noch im Rahmen der Feststellung des Jahresergebnisses 2014 einen entsprechenden Ausschüttungsbeschluss fassen.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2014	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2014
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	5.000,0	0,0	0,0	5.000,0
Kapitalrücklage	66.137,7	24.851,7	0,0	90.989,4
Gewinnvortrag	11.742,9	3.908,4	-2.000,0	13.651,3
Jahresüberschuss	3.908,4	4.168,3	-3.908,4	4.168,3
Gesamt	86.789,0	32.928,4	-5.908,4	113.809,0

Unter dem Sonderposten für Investitionszuschüsse sind die in der Vergangenheit gezahlten Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und Zuschüsse anderer Zuschussgeber ausgewiesen. Sie werden analog den Abschreibungen aufgelöst. Im Jahr 2014 wurden Zuschüsse in Höhe von 395,3 T€ vereinnahmt (Vorjahr: 268,7 T€). Es waren keine Abgänge zu verzeichnen (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 487,5 T€ (Vorjahr: 481,9 T€). Dies gilt auch für empfangene Ertragszuschüsse. Unter dieser Position sind die Anteile der Straßenentwässerung an den Erschließungsbeiträgen ausgewiesen. Im Jahr 2014 ergaben sich Zugänge in Höhe von 106,1 T€ (Vorjahr: 144,7 T€). Ebenso ergaben sich keine Abgänge (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 59,1 T€ (Vorjahr: 55,5 T€).

Entwicklung der Rückstellungen

Die Bildung der Rückstellungen dient der Vorsorge von Zahlungsverpflichtungen, deren genaue Höhe, Inanspruchnahme oder Fälligkeit zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch ungewiss sind. Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden alle hierfür erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2014 in vollem Umfang ab.

Durch die Betriebserweiterung ergaben sich hier erhebliche Veränderungen. Durch die Erhöhung des Personalstandes mussten die Rückstellungen für Pensionen, Beihilfeverpflichtungen sowie die Urlaubs- und Überstundenrückstellungen angepasst werden. Weiterhin wurde eine Rückstellung für die Betreuung des Brückenparkes Müngsten gebildet. Die Risikorückstellung zur Abdeckung des möglichen Aufwands zum Rückbau der Stauanlage Löwenteich ist unter den Sonstigen Rückstellungen erfasst.

Entwicklung der Rückstellungen	Stand	TBR-	Inanspruch-	Stand
	01.01.2014	Gründung	nahme/ Auflösung/ Umgliederung	
	T€	T€	T€	T€
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.106,0	3.627,0	0,0	6.004,2
Abwasserabgabe/Verbandsbeiträge	497,4	0,0	-188,3	550,7
Beihilfeverpflichtungen	442,3	761,7	-3,2	1.200,8
Urlaubsansprüche	285,2	330,5	-615,7	616,4
Überstunden	86,3	93,3	-179,6	176,9
Altersteilzeit	513,0	0,0	-85,8	725,8
Externe Jahresabschlusskosten	26,5	0,0	-26,5	59,0
Interne Jahresabschlusskosten	25,6	0,0	-25,6	27,3
Rechts- und Beratungskosten	28,8	0,0	-3,3	25,5
Ausstehende Rechnungen	310,5	0,0	-310,5	481,5
Rückstellungen Verb. Brückenpark	0,0	134,4	-119,9	160,4
Sonstige	40,0	7,2	-40,0	507,2
Gesamt	4.361,6	4.954,1	-1.598,4	10.535,7

Die Rückstellungen in Höhe von 10.535,7 T€ setzen sich aus der gebildeten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen für die im Betrieb beschäftigten Beamten (6.004,2 T€) sowie aus den übrigen Rückstellungen (4.531,5 T€) zusammen.

3.2 Finanzlage

3.2.1 Eigenkapitalquote

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Betriebes betrug zum 31.12.2014 139.052,8 T€. Gegenüber dem 01.01.2014 hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital somit um 26.974,8 T€ erhöht.

	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013
	T€	T€
Bilanzsumme	301.653,0	(264.306,9)
Wirtschaftliches Eigenkapital		
Eigenkapital laut Bilanz	113.809,0	(86.789,0)
Sonderposten Investitionszuschüsse	22.478,0	(22.570,2)
Ertragszuschüsse	2.765,8	(2.718,8)
Gesamt	<u>139.052,8</u>	<u>(112.078,0)</u>

Zur Finanzierung des Betriebes und zur Sicherung des Fremdkapitals ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung notwendig. Umso höher der Eigenkapitalanteil liegt, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Eigenbetriebes. Die Empfehlung der Eigenkapitalausstattung lautet 30 %. Die auf das wirtschaftliche Eigenkapital bezogene Eigenkapitalquote zum 31.12.2014 beträgt somit 46,1 %. Zum 01.01.2014 betrug sie 42,40 %.

3.2.2 Liquidität

Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Betriebes gesichert. Bei Bedarf konnten im Rahmen der Kreditlinien für Investitionen jederzeit Darlehensaufnahmen erfolgen. Unabhängig davon, standen dem Betrieb ausreichende Möglichkeiten der Kassenkreditaufnahme zur Verfügung. Unter Berücksichtigung unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten bietet es sich an, aufgrund von Kennzahlen, besonders im Rahmen der steigenden Investition, die Liquidität entsprechend zu verbessern.

3.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 46.269,3 T€ (Vorjahr: 44.787,6 T€). Die Zusammensetzung der Erlöse auf die einzelnen Sparten wurde unter Punkt 2.2.2 bereits erläutert.

An Eigenleistungen (im Wesentlichen Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 835,3 T€ (Vorjahr: 754,3 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z. B. Aufwendungsersatz Stadt Remscheid, Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderpostens Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen und übrige Erträge) konnten in Höhe von 14.087,2 T€ (Vorjahr: 1.199,1 T€) erzielt werden.

Erträge aus Beteiligungen wurden in Höhe von 9,6 T€ erzielt (Vorjahr 5,7 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge aus Geldanlagen lagen bei 96,3 T€ (Vorjahr: 60,2 T€).

4. Hinweise, Risiken und Chancen bei der künftigen Entwicklung

Risiko: Finanzkennzahlen

Die bisherige Lage und der Geschäftsverlauf der vergangenen Geschäftsjahre lassen erkennen, dass die Risiken des Betriebes vor allem aus der Fremdkapitalausstattung und der hohen Investitionslast durch die eingeleiteten Maßnahmen und die aufgebauten Strukturen beherrschbar sind. Auch die Betriebserweiterung zu den Technischen Betrieben Remscheid

hat zu keinen weiteren Verwerfungen geführt. Ein Risiko für den weiteren Geschäftsverlauf der TBR bleibt jedoch der Aufwendersatz, den die Stadt Remscheid für die Sparten Grünflächen, Straßen- und Brückenbau sowie Forstwirtschaft zahlt. Dieser muss den Notwendigkeiten des Betriebes und den von der Stadt Remscheid erwarteten Leistungen und Qualitäten angepasst werden. Derzeit ist der Aufwendersatz für die nächsten Jahre auf dem Niveau von 2014 festgeschrieben. Dies stellt sicherlich noch für das Jahr 2015 und 2016 eine ausreichende Finanzausstattung dar. Eine weitere langfristige Festschreibung auf diesem Niveau oder gar eine einseitige Kürzung des Aufwendersatzes durch die Stadt Remscheid kann zu nicht unerheblichen wirtschaftlichen Problemen für den Betrieb führen.

Risiko: Anpassung der Aufbau-/Ablauforganisation an die Betriebserweiterung zu den TBR

Durch die Erweiterung des Betriebes um die Sparten Forst, Grünflächen, Friedhöfe und Straßen- und Brückenbau und den hierbei von der Stadt Remscheid erwarteten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 2,5 Mio. € hat sich die Aufgabenstellung ab dem Jahr 2014 erheblich verändert. Im Jahr 2014 war daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit die Etablierung und Überprüfung der Strukturen, die sich aus der Betriebserweiterung ergaben. Aus den neuen Geschäftsbereichen und den Erwartungen der Stadt Remscheid zur Haushaltskonsolidierung ergeben sich neue Herausforderungen und Risiken, die neue Controlling-Strukturen erfordern. Diese wurden im Jahr 2014 eingeführt. Sie müssen im Weiteren auf ihre Funktion und Effektivität hin evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Gleichzeitig ergeben sich durch die Zusammenlegung der Bereiche auch Chancen. Die gemeinsame Nutzung des Fuhrparks führt zu einer effektiveren Auslastung der bestehenden Fahrzeuge.

Risiko: Finanzkennzahlen

Im Rahmen der Betriebserweiterung werden nur das Forst- und das Friedhofsvermögen in den Betrieb übernommen. Das Straßen- und Brückenbau- und das Grünflächenvermögen verbleiben bei der Stadt Remscheid. In diesen Sparten wird nur das bewegliche Betriebsvermögen übernommen. Die bilanziellen Risiken beschränken sich daher im Wesentlichen auf das Forst- und Friedhofsvermögen. Das aus der Vermögensübernahme bestehende Risiko der nicht aktuellen Forsteinrichtung konnte durch die Neuaufstellung der Forsteinrichtung und der hier erzielten Ergebnisse ausgeglichen werden. Nicht unerhebliche Risiken bestehen bei dem übernommenen zu hoch bewerteten Gebäudebestand. Hier wurde bei der Bewertung dem baulichen Zustand Rechnung getragen. Weiterhin zeichnen sich Risiken aus dem teilweise überalterten Fahrzeugpark, der von der Stadt im Rahmen der Betriebserweiterung übernommen werden muss, ab. Hier wurden im Jahr 2014 bereits erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Situation unternommen. Dies muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Ein Risiko des Betriebes liegt im baulichen Zustand des Kanalnetzes. Die Ersterfassung des baulichen Zustandes des Kanalnetzes gemäß den Vorgaben der Selbstüberwachungsvorschrift für Kanalanlagen (SÜVKan) ist abgeschlossen. Aufgrund der erheblichen Investitionen in die Substanzerhaltung in den vergangenen Jahren seit Betriebsgründung hat sich der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Streckenanteile erheblich reduziert. Hierbei wird, soweit möglich, auf substanzerhaltende Sanierungsverfahren (Part- und Inliner) zurückgegriffen. Ein in den Jahren 2009/2010 durchgeführtes Gutachten zur Bewertung der Restsubstanz des Kanalnetzes hat gezeigt, dass aufgrund der bisher durchgeführten Sanierungen das Kanalnetz eine der Restnutzungsdauer angemessene Restsubstanz aufweist. Es besteht somit kein Abwertungsbedarf. Dies bestätigt die bisher gewählte Sanierungsstrategie. Die dargestellten Risiken sind somit beherrschbar.

Die im Jahr 2014 festgestellten Anlagenabgänge im Bereich Kanal sind auf eine Abstimmung zwischen der Anlagenbuchhaltung und dem Kanalkataster zurückzuführen. Hierbei wurden Abweichungen festgestellt, die korrigiert werden mussten. Der Prozess wurde 2014

weitgehend abgeschlossen. Hier sind noch z. B. Abstimmungen mit der Stadt Remscheid zur Zuordnung verrohrter Gewässer notwendig. Das Risiko besteht noch in einer Höhe von ca. 179 T€. Es ist jedoch erkennbar, dass den festgestellten Kanalabgängen umfangreiche Kanalzuschreibungen entgegenstehen, die noch nicht bilanziell im Vermögen erfasst wurden.

Risiko: Änderungen der für das Unternehmen relevanten Rechtslage

Mögliche größere Risiken können aus einer Veränderung der gebühren- oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen. Hieraus können sich unter Umständen erhebliche steuerliche Konsequenzen ergeben. Neben den Bestrebungen der EU-Kommission zur Vereinheitlichung der steuerlichen Vorgaben innerhalb Europas, müssen auch die Aussagen des Bundesrechnungshofes zu diesem Thema beachtet werden.

Risiko: Liquidität ist nicht ausreichend gesichert

Die Übernahme der Aufgabe der Veranlagung und Abrechnung der Grundabgaben durch die Technischen Betriebe Remscheid (vormals: Remscheider Entsorgungsbetriebe) hat sich bewährt. Durch den unmittelbaren und direkten Kundenkontakt können Fragen und Probleme bei der Zahlung der Grundabgaben unmittelbar gelöst werden. Weiterhin können die offenen Posten nunmehr laufend ausgewertet und bearbeitet werden. Mögliche Risiken sind früher erkennbar und können unmittelbar angegangen werden. Weiterhin ergeben sich Erleichterungen bei der Vorbereitung der Jahresabschlüsse. Durch die Übernahme konnte auch die Anzahl der erteilten Einzugsermächtigungen erheblich gesteigert werden. Die derzeitige Quote beträgt annähernd 90 %.

Risiko: Kreditkonditionen

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken setzt der Betrieb im Bereich Darlehen gegenüber Kreditinstituten Zinsswaps ein. Der Betrieb ist grundsätzlich risikoavers. Es handelt sich um Micro-Hedges und teilweise auch um antizipatives Hedging. Die Zinsswaps wurden mit externen Kreditinstituten abgeschlossen.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 weist einen geplanten Gewinn in Höhe von 3.481,6 T€ aus. Die Planung basiert dabei auf Erträgen von 61.679 T€ und Aufwendungen von 58.198 T€. Hierbei beträgt der geplante Materialaufwand 23.500 T€. Die Personalkosten werden in Höhe von 19.094 T€ geplant. Die Abschreibungen werden mit 8.273 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 2.438 T€ in der Planung berücksichtigt. Das Finanzergebnis fließt mit einem Ergebnis von -4.880 T€ in die Planung ein. Sonstige Steuern werden in Höhe von 5 T€ berücksichtigt.

Im Geschäftsbereich Entwässerung liegt dem Investitionsbereich das Abwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahre 2020 zugrunde. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt. Hier bleibt abzuwarten, welche Anforderung das Land NRW im Rahmen des zweiten Bewirtschaftungszyklus zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie formuliert. Hier deuten sich verschärfte Anforderungen an die Abwasserreinigung auf den Kläranlagen, aber auch der Niederschlagswasserbehandlung, an.

Bei dem Geschäftsbereich Abfallwirtschaft besteht weiterhin die Zielsetzung der Kosten- und Gebührenstabilität. Um dieses Ziel weiterhin zu erreichen, müssen die Aktivitäten zur Erfassung und Vermarktung von Wertstoffen weiter ausgebaut werden. Die weitere Entwicklung zum Wertstoffgesetz, und hier insbesondere zur Einführung und Trägerschaft der Wertstofftonne, wird einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben. Im Bereich Wertstoffhof müssen die operativen Möglichkeiten weiter optimiert werden. Im Jahr 2014 wurde hier eine Schadstoffannahmestation eingerichtet.

Damit ist der Wertstoffhof die zentrale Annahmestelle für Schad- und Wertstoffe in Remscheid.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung wird in seiner Kostenentwicklung stark durch die Leistungen des Winterdienstes beeinflusst. Die harten Winter der letzten Jahre und die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität des Winterdienstes haben zu weiteren Investitionen und Vorhalteleistungen geführt, die insgesamt die Kosten für den Winterdienst erhöhten. Diese wurden allerdings im milden Winter des Jahres 2014 nicht benötigt.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Die Aufgaben der kommenden Jahre liegen in der Rekultivierung der Deponie. Neue Geschäftsfelder sind für die Gesellschaft nicht vorgesehen.

In den neuen Sparten werden die Schwerpunkte neben der wirtschaftlichen Konsolidierung weiterhin auf der Erarbeitung von Konzepten zur Umsetzung des von der Stadt Remscheid vorgegebenen Personalabbaus erarbeitet werden. Hierbei muss als erste Maßnahme die Zusammenlegung des Geschäftsbereiches Grünflächen und Friedhöfe mit dem Geschäftsbereich Forstwirtschaft umgesetzt werden. Weiterhin muss die innerbetriebliche Zusammenarbeit weiter verbessert werden, um durch die gemeinsame Nutzung von Geräten und Ressourcen die Effektivität weiter zu steigern.

Neben diesen Themen wird im Geschäftsbereich Straßen- und Brückenbau die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle der Stadt Remscheid weiter verbessert und optimiert werden.

Der Geschäftsbereich Grünflächen und Friedhöfe war durch die Mittelkürzungen der Stadt Remscheid in den vergangenen Jahren stark betroffen. Hieraus ergaben sich unvermeidbare Pflegerückstände, die noch weiter aufgearbeitet werden müssen.

Für den Geschäftsbereich Forstwirtschaft müssen die Arbeiten an der Forsteinrichtung abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage muss dann auch der politische Beschluss zur Festlegung des Bewirtschaftungszieles für den Remscheider Wald neu gefasst werden.

Im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes wurde von der Stadt Remscheid ab dem Jahr 2014 ein von den Technischen Betrieben Remscheid zu erbringender Konsolidierungsbeitrag in Höhe von jährlich 2,5 Mio. € eingeplant. Dieser soll aus dem Gewinn abgeführt werden. Die bislang bestehenden finanziellen Spielräume, die insbesondere zur Gestaltung der Gebührenentwicklung genutzt wurden, bestehen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in dem bisherigen Maße. Weiterhin soll der Gewinnvortrag in den Jahren 2015 – 2017 schrittweise zugunsten der Stadt Remscheid abgebaut werden.

Die Quote unserer Auszubildenden lag in 2014 bei 4,75 % und wird sich in 2015 voraussichtlich auf 4 % der Arbeitnehmer vermindern.

Die Quote der geringfügig Beschäftigten in 2014 betrug 1,02 %. Die Quote wird im Jahr 2015 auf unter 1 % sinken.

6. Nachtragsbericht

Neben den oben dargestellten Entwicklungen haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2014 ergeben.

Remscheid, 20. September 2015

gez. Michael Zirngiebl
(Betriebsleiter)

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat: (bis 10.10.2014)

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Jochen Siegfried	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Roland Kirchner	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Kerstin Komm	Personalvertreterin
Bernd Behrendt	Personalvertreter
Elke Überholz	Personalvertreterin
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Verwaltungsrat: (ab 11.10.2014)

Burkhard Mast-Weisz, Vorsitzender	Oberbürgermeister
Peter Otto Haarhaus, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Lothar Krebs, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Brigitte Neff-Wetzel	Ratsmitglied
Jens Nettkoven	Ratsmitglied
Rosmarie Stippe Kohl	Ratsmitglied
Sven Wolf	Ratsmitglied
Carola Kohlstedt	Personalvertreterin
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter
Ursula Heners	Personalvertreterin
Elke Überholz	Personalvertreterin
Stefan Grote	Personalvertreter

Vorstand:

Frank Dehnke, Vorsitzender
Ulrich Gräfe

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2012	2013	2014
	€	€	€
Gewinnausschüttung	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2012	2013	2014
Mitarbeiter/-innen	354	327	336

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2012		2013		2014	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Barreserve	24.176	1,70	26.247	1,89	24.121	1,70
Schuldtitel und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	45.508	3,20	11.225	0,81	12.775	0,90
Forderungen an Kunden	883.665	62,21	904.020	64,94	939.437	66,12
Wertpapiere	422.672	29,76	407.632	29,28	405.128	28,51
Beteiligungen	27.612	1,94	25.787	1,85	22.955	1,62
Treuhandvermögen	2.244	0,16	1.842	0,13	2.550	0,18
Sachanlagen	10.435	0,73	8.898	0,64	8.830	0,62
Sonstige Aktiva	2.922	0,21	5.486	0,39	4.326	0,30
Rechnungsabgrenzungsposten	1.217	0,09	866	0,06	694	0,05
Aktiva	1.420.451	100,00	1.392.003	100,00	1.420.816	100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	199.558	14,05	175.936	12,64	148.334	10,44
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.040.686	73,26	1.043.934	75,00	1.097.543	77,25
davon: Spareinlagen	290.872	20,48	299.774	21,54	327.769	23,07
befristete Einlagen	117.384	8,26	116.962	8,40	107.359	7,56
übrige Einlagen	632.430	44,52	627.197	45,06	622.415	43,81
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch.	9.207	0,65	9.156	0,66	6.513	0,46
Treuhandverbindlichkeiten	2.244	0,16	1.842	0,13	2.550	0,18
Sonstige Verbindlichkeiten	8.085	0,57	1.807	0,13	1.677	0,12
Rechnungsabgrenzungsposten	1.137	0,08	774	0,06	635	0,04
Rückstellungen	23.669	1,67	20.310	1,46	24.353	1,71
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	37.157	2,62	37.920	2,72	37.664	2,65
Eigenkapital	98.708	6,95	100.324	7,21	101.547	7,15
Passiva	1.420.451	100,00	1.392.003	100,00	1.420.816	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2012 T€	2013 T€	2014 T€
Zinserträge	45.017	40.792	37.580
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	11.933	8.749	8.296
Provisionserträge	9.746	9.962	9.916
Sonstige Erträge	2.322	3.686	1.875
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	6.670	0	2.963
Erträge	75.688	63.189	60.630
Zinsaufwendungen	23.530	18.096	15.571
Provisionsaufwendungen	267	326	331
Personalaufwendungen	20.089	19.831	19.872
Sachaufwendungen	8.883	8.349	8.656
Steuern	1.075	4.938	4.106
Sonstige Aufwendungen	7.162	2.172	7.006
Abschreibungen a. Anlagevermögen	1.834	1.589	1.409
Abschreibungen a. Forderungen	0	1.095	0
Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken	9.739	3.353	2.366
Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen	1.666	1.825	90
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
Aufwendungen	74.245	61.574	59.407
Jahresüberschuss (+)	1.443	1.615	1.223
<u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u>	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	1.443	1.615	1.223

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der substantiellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow
$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen

Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung.

Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.) und Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.).
Aufwendungen	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage- und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.

Eigenkapital	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
Erträge	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Eigenkapital des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich des Fremdkapitals ergibt das bilanzielle → Eigenkapital.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
Gewinn- und Verlustrechnung	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.

Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Investitionen	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
Kapitalrücklage	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des →Gezeichneten Kapitals übersteigen.
Liquidität	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsfähigkeit). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.
Passiva	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.

Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
Rücklagen	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage.
Rückstellungen	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
Stammkapital	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Umlaufvermögen	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
Umsatz	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.
Verlustvortrag/-rücktrag	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2015 (GV.NRW.S.208); [In Kraft getreten am 11.02.2015]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform von Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte

Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder

sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem

Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in

Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108b Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmgleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die

Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabchluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118 Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (FiskVtrUG) vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398) [in Kraft getreten am 19.07.2013]:

§ 53**Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen**

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54**Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde**

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.